Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Arbeiterjugend-Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leichenfeldstr. 14. Fernruf 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Leichenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 29. Januar 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 24

Die Krise der hallischen Metallindustrie

Neue Massenentlassungen

Katastrophale Folgen der Niederlagenstrategie der Rößler und Ko. — Organisiert Euch! Führt selbständig die Kämpfe — Kommt zum Kampfkongreß der Opposition

Unser Arbeiterkorrespondent schreibt uns:

„Konzern" Prinzler (Büschdorf)—Eberhardt (Halle) hatte vor [illegible] die Absicht, die Rückereimaschinenfabrik Herbit aufzukaufen. [illegible] dieser Fischzug nicht gelungen, die Verhandlungen [illegible] Herbst kam an die zahlungsfähigere Habamsa. Diese [illegible] der Prinzler-Eberhardt, d. h. der dabei entgangene [illegible] durch verschärften Lohnabbau wettgemacht werden.

[illegible]wurde bei Eberhardt die Abschlagszahlung einführt, während sogar bei Prinzler am vergangenen Freitag Akkordpreisreduzierungen von 30 bis 50 Prozent in der Gießerei vorgenommen wurden.

[illegible]ementen Kollegen ließen sich das nicht gefallen und nahmen [illegible]richten Sonnabend in einer gut besuchten Belegschaftsversammlung dazu Stellung. Obwohl die oppositionellen Kollegen den [illegible]mmelten klarmachten, daß die Hinzuziehung der Gewerkschaftsleitung nur die Sache verschleppen würde und diese günstigstenfalls [illegible]liche Kompromiß mit dem Unternehmer abschließen würden, [illegible] doch beschlossen, zunächst einen Verbandsvertreter hinzuzuziehen. Der dann anwesende Renegat Drescher tat auch weiter [illegible] es das, was die oppositionellen Kollegen vorausgesagt [illegible]. Er verschob erst die Verhandlung bis auf Dienstag, also [illegible] Tage, um dann bekanntzugeben, daß die Kollegen noch bis [illegible]nstag warten müssen, da der Unternehmervertreter keine [illegible]zeit hat.

Dienstagmorgen beschloß die Belegschaft kurzerhand, die Arbeit einzustellen. Der Betriebsrat solle verhandeln!

[illegible]triebsleitung wies aber jede Verhandlung ab und forderte [illegible]fortige Arbeitsaufnahme. Darauf setzte sich der [illegible] wiederum mit der Gewerkschaft in Verbindung und [illegible] Drescher den Bescheid: Ihr müßt bis zum Mittwoch [illegible], aber es fügte er höhnisch hinzu, wendet Euch an die Kampf[illegible]. Auf jeden Fall wird ein Streik vom Verbande nicht [illegible]ert!

[illegible] beschlossen die Kollegen gegen eine starke Minderheit, [illegible]nau das Verhandlungsergebnis abzuwarten. Immerhin [illegible] eine Stunde die Arbeit geruht.

[illegible]arbeiter! Zieht daraus die Lehren. Die Verbandsbürokratie hat das Bestreben, den geschlossenen Widerstand der Belegschaft zu brechen, jede Kampfmaßnahme [illegible]ten um dann, wenn die Zeit die erste Erregung abkühlt, das Diktat der Unternehmer hinzunehmen. Ueberall [illegible]folge des Verrats der Bürokratie die Metallindustriellen

Auto-Kühn hat zum Freitag Stillegungsverhandlungen beantragt. Die Firma Herbst & Co. (Diemitz), früher eine Weltfirma, beschäftigt heute nur noch zirka 50 Arbeiter.

Diese setzen sich zusammen aus 11 Wochenlöhnern und 40 Angestellten und Beamten, darunter ein Direktor und 2 Betriebsleiter. Auch von Herbst & Co wurden Stillegungsverhandlungen beantragt; die Stillegung wurde bewilligt. Es sollen zunächst weitere 50 Prozent der Belegschaft entlassen werden und am 4. Februar soll der ganze Betrieb geschlossen werden.

So könnten wir täglich Berichte aus der mitteldeutschen Metallindustrie veröffentlichen (natürlich müssen wir das, Genosse Arbeiterkorrespondent! D. Red.). Doch vom Verband wird nichts gegen diese Zustände unternommen. Im Gegenteil, Rößler triumphiert im „Volksblatt", daß die Metallarbeiter bei 42stündiger Arbeitszeit viel Geld verdienen. Die arbeitslosen Metallarbeiter und die Kurzarbeiter, die neuen Massenentlassungen und Stillegungsverhandlungen kümmern ihn nicht. Seine Kreaturen Drescher und König und die anderen Brandlerianer sind eifrig bemüht, den geschlossenen Widerstand der Metallarbeiterschaft zu brechen.

Nun, wir Metallarbeiter ziehen die Lehren aus diesen Ereignissen. Es rumort in den Betrieben. Die Kollegen von Prinzler

haben trotz Dreschers Drohungen am Sonnabend durch ihren einstündigen Streik das sozialfaschistische Tarifprinzip durchbrochen und uns den Weg gezeigt.

Kollegen, weiter auf diesem Wege! Jeder Vorstoß der Unternehmer wird in jedem einzelnen Betrieb, in jeder einzelnen Abteilung mit Streik beantwortet. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zeigt uns den Weg zum erfolgreichen Kampfe. Stellt Euch überall hinter die Forderungen der Opposition. Wählt Kampfleitungen, entsendet Delegierte zum Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition und nehmt selbst als Gäste an diesem Kongreß teil.

★

Diese Arbeiterkorrespondenz ist eine ernste Mahnung an alle klassenbewußten Arbeiter der hallischen Metallindustrie! Sie muß der Ausgangspunkt zu einer breiten Mobilmachung der Kollegen durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit dem Ziele sein, unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen in allen Betrieben und Abteilungen gegen die Vorstöße des Unternehmertums die Gegenoffensive einzuleiten. Der Bezirkskongreß der Gewerkschaftsopposition, der am kommenden Sonnabend und Sonntag in Halle stattfindet, wird die Mittel und Wege auf das genaueste umreißen.

Siebenstundentag und Lohnerhöhung

ist die Parole, um die der Oppositionskongreß den Kampf organisiert. Also wählen wir Delegierte!

Revolutionäre Führung in jedem Betrieb!

In diesem Zeichen stehen die Betriebsrätewahlen!

Die deutsche Arbeiterklasse steht gegenwärtig vor der großen Aufgabe, den verstärkten Angriffen des Trust- und Finanzkapitals, des kapitalistischen Staatsapparates, geführt von der sozialfaschistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, den wuchtigsten organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Die Arbeiterschaft kann unter keinen Umständen die Massenentlassungen, die Verschärfung der Ausbeutung durch neue Rationalisierungsmaßnahmen, die Lohnkürzungen und die absolute Verschlechterung der Lebenshaltung durch Steuer- und Zollerhöhungen, Steigerung der Mieten und der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und der Verkehrsmittel widerstandslos hinnehmen. Sie muß um höhere Löhne und um den Siebenstundentag kämpfen.

In dieser Situation ist es notwendig, daß sich die revolutionäre Führung des Proletariats, die Kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in jedem Betriebe durchsetzt. Es ist notwendig, daß sich die Angehörigen der revolutionären Führung in allen Betrieben wirklich als Führer erweisen, die den Belegschaften einige Schritte voraus gehen. Diese Führung muß sich in jeder Frage der Situation gewachsen zeigen und so wird sie von der Arbeiterschaft als unumstrittene einzige Führung anerkannt werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß bei jeder Betriebsbewegung um eine Lohnzulage oder um Abstellung irgendeines Mißstandes führen, sie muß sich aber besonders bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen bewähren.

Es muß der revolutionären Gewerkschaftsopposition gelingen, in den Betrieben ihr Kampfprogramm zu verfechten, rote Betriebsräte aufzustellen und rote Betriebsrätewahlen zu organisieren. Gerade in der Bewältigung dieser Aufgabe muß sich die revolutionäre Führung bewähren, wenn sie in den bevorstehenden Kämpfen wirklich die Führung des Proletariats sein will. Eben deshalb sind gerade jetzt die Betriebsrätewahlen so außerordentlich wichtig. Jedes Zurückweichen vor den sozialfaschistischen Drohungen und Machenschaften, vor dem Unternehmerterror erschüttert das Vertrauen der betreffenden Belegschaft zur revolutionären Gewerkschaftsopposition und schädigt die Gesamtbewegung. Die roten Betriebsrätewahlen sind ein Teil der großen Arbeit zur Herausbildung einer revolutionären Führung in jedem Betrieb. Darum heran an die Organisierung roter Betriebsrätewahlen!

In jedem Betrieb ein revolutionäres Kampfprogramm!

In jedem Betrieb Aufstellung roter Betriebsratslisten und ein scharfer Kampf gegen die sozialfaschistischen Betriebsräte und gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie.

Nur durch entschlossenes Auftreten können die führenden Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Arbeitermassen der Betriebe fest um sich scharen und erzielen, daß diese Massen gegen Maßregelungen roter Betriebsrätekandidaten und gegen die spalterischen Maßnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie wirkungsvoll kämpfen.

In Betriebsversammlungen, vor den Arbeitermassen des Betriebes, muß das Kampfprogramm zur Diskussion gestellt werden, müssen die roten Kandidaten aufgestellt werden.

Nur auf diesem Wege wird sich die Arbeiterschaft trotz der Sabotage der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, trotz des Terrors der Unternehmer und des Staatsapparates ihre unbestrittene revolutionäre Kampfführung schaffen, und nur, wenn in allen Betrieben dieser Weg eingeschlagen wird, wenn überall die revolutionären klassenbewußten Arbeiter sich an die Spitze der Betriebsbelegschaften stellen und die notwendigen Kampfmaßnahmen durchführen, wird eine breite Massenbewegung entstehen, die die erfolgreiche Gegenwehr der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive und gegen das Aushungerungsprogramm der Koalitionsregierung ermöglichen wird.

Die Schupo in die Flucht geschlagen

Auf dem Hungermarsch nach Hamburg — Jugend in vorderster Kampffront

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 29. Januar.

[illegible]rn mittag fand im Holsteinischen Haus in den Kohlhöfen für Hamburg eine überfüllte Versammlung der Erwerbslosen statt, die zum Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition Delegierte wählte und in der 17 Jungarbeiter in den Kommunistischen Jugendverband und vier [illegible] in die Kommunistische Partei eintraten.

Berichte einer Reihe von mörderischen Attacken, die [illegible] Schupo nach dem Versammlungsende bis in die Nachtstunden hinein unternommen wurden, geben die [illegible] der Mannschaft Befehl, scharf zu schießen. Tatsächlich eine Reihe von Schupo der Aufforderung nach und [illegible] zwei Arbeiter schwer. Die bis zur Raserei erbitterten [illegible] gingen darauf zum Angriff über, Tischbeine flogen [illegible], und in wenigen Sekunden sah man in den [illegible] keinen Schupo mehr.

Riesenaufgebot der Polizei

(Eig. Drahtm.) Kiel, 28. Januar.

[illegible] Hunderte Erwerbslose hatten sich heute in der [illegible] Zentralhalle eingefunden, um von dort aus [illegible]marsch nach Hamburg anzutreten. Kaum hatten [illegible] verlassen, als aus der Schupo der Schlachtruf er[illegible] Gummiknüppel heraus! **Das war das Signal zu einer [illegible] Attacke, bei der eine Reihe von Arbeitslosen verletzt [illegible] verhaftet wurden. Trotzdem zogen die Hungermarschierenden in der Richtung Elmshorn—Preetzsch—[illegible] weiter. Alle Ausgänge der Stadt waren mit Ueberfallkommandos und berittener Polizei besetzt. Uniformierte und Kriminalbeamte fuhren ununterbrochen in Autos, auf Rad- und Motorrädern hin und her.**

Ganz Elmshorn glich einem Militärlager. Als die Erwerbslosen bis hinter Elmshorn gekommen waren, galoppierte die berittene Schutzpolizei im schnellsten Trab in die Manifestanten hinein, die nach Elmshorn zurückgeworfen sind und dort verhaftet wurden. Sämtliche Häuser Elmshorns wurden durchsucht und jeder, der den Bullen irgendwie verdächtig erschien, verhaftet.

Trotzdem ist es über 50 Demonstranten gelungen, die Kette der Polizeihorden zu brechen und den Hungermarsch nach Hamburg anzutreten.

Im Kampf mit Grzesinski-Garden

(Eig. Drahtm.) Flensburg, 29. Januar.

Von hier aus hat sich eine starke Delegation der Erwerbslosen zum Hungermarsch nach Hamburg aufgemacht. Auf der Landstraße nach Schleswig waren drei Lastautos voll Schupo alarmiert, die aber nicht wagten, den Erwerbslosenzug zu sprengen. So gelangte er nach Schleswig, das vollständig abgeriegelt wurde, worauf man die Erwerbslosendelegation verhaftete und per Lastauto nach Flensburg zurücktransportierte. Inzwischen ist es einer Flensburger Delegation gelungen, auf illegalem Wege die Stadt zu verlassen.

Die Herren Sozialfaschisten in Norddeutschland haben den Hungermarsch der Erwerbslosen verboten, aber deren Zahl wird immer größer und ihr Hunger immer wütender. Sie pfeifen auf das Verbot. Sie fürchten nicht mehr die schwer bewaffneten Polizeiknüppel, die sich an Proletariern vergreifen und ihren **Hunger mit blauen Bohnen stillen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0001

Der Oppositionskongreß steht vor der Tür

Die mitteldeutsche Arbeiterschaft blickt erwartungsvoll auf ihn, denn er soll die revolutionäre Einheitsfront der Betriebsarbeiterschaft mit den kämpfenden Erwerbslosen formieren. Der Kampf Betrieb für Betrieb um die Forderungen der Opposition

zerschmettert den arbeiterfeindlichen Dreibund

von Unternehmern, Staatsgewalt und sozialfaschistischer Gewerkschaftsbürokratie. Es darf keinen Betrieb, keine Gewerkschaft geben, die nicht vertreten ist. Darum

entsendet Delegierte!

Wuchtige Kampfkongresse

der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Der **pfälzische Bezirkskongreß** der revolutionären Gewerkschaftsopposition nahm trotz des über Kaiserslautern verhängten Belagerungszustandes einen glänzenden Verlauf. Weit über die Hälfte der etwa 100 Delegierten war unmittelbar in den Betrieben gewählt worden. Der provokatorische Aufmarsch der Polizeimannschaften konnte nicht verhindern, daß zweimal am Tage die Massen zur Begrüßung des Kongresses aufmarschierten. Auf dem Kongreße selbst sprachen parteilose, sozialdemokratische und christliche Arbeiter ihre Bereitwilligkeit aus, unter Führung der Kommunistischen Partei die kommenden Kämpfe zu organisieren. 15 Delegierte, darunter ein christlicher und zwei Sozialdemokraten, erklärten auf der Tagung ihren Eintritt in die Kommunistische Partei.

Die Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition für das **Münsterland** nahm einen glänzenden Verlauf. 82 Delegierte, darunter 49 Parteilose, 4 Mitglieder des KPD., 34 freigewerkschaftlich Organisierte, 41 Unorganisierte, 4 christliche Gewerkschaftler, 3 Ausgeschlossene sowie 216 Gäste zeigten, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auch im Münsterland fest verankert und auch im Vormarsch ist. Der Genosse Fritz Emmrich, Mitglied des Reichskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition, hielt das Referat zu den Fragen des Kampfes gegen die Trustdiktatur und das Massenelend. Er konkretisierte die Aufgaben der revolutionären Arbeiterklasse, insbesondere für die Textilindustrie. Die Diskussionsredner erklärten sich alle im Sinne der revolutionären Gewerkschaftsopposition bereit, den Kampf aufzunehmen unter Anwendung der neuen Kampfformen und Kampfmethoden. Nach der Konferenz formierte sich ein großer Demonstrationszug nach dem Marktplatz. Ein Aufgebot von Landjägern und Polizisten versuchte die Kundgebung mit Gummiknüppelattacken auseinanderzusprengen. Dennoch durchbrach die revolutionäre Gewerkschaftsopposition das Demonstrationsverbot.

Die Konferenz für das Münsterland und die Durchbrechung des Grafenjustischen Demonstrationsverbotes zeigte, daß die rote Front und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition marschiert.

Entlassungen ohne Ende

Bei der Firma **Radiatorenwerke** in Neuß wurden am Freitag 140 Arbeiter entlassen, nachdem bereits in der vorhergehenden Woche 120 Arbeiter auf die Straße geworfen wurden. Diese Maßnahmen sind zurückzuführen auf die Einführung des laufenden Bandes im Betrieb, es sind also ausgesprochene Rationalisierungsmaßnahmen. In **Dortmund** wurde im Laufe des Januars auf dem Eisen- und Stahlwerk Hösch insgesamt 350 Arbeitern gekündigt. Ein Teil davon ist bereits entlassen. Der andere Teil wird in den nächsten Tagen zur Entlassung kommen. Außerdem ist geplant, in den nächsten Wochen noch weitere Massenentlassungen durchzuführen. In **Hemelingen bei Bremen** beginnt jetzt in der Zutefabrik die Entlassungsoffensive, nachdem in der letzten Zeit dauernd Ueberstunden gearbeitet wurden. Ein Teil der Arbeiterinnen ist bereits entlassen, darunter vier Arbeiterinnen, die in der nächsten Zeit ihrer Niederkunft entgegensehen. Zur Durchführung der Entlassungen ist extra der Generaldirektor in die Fabrik gekommen. Die Arbeiter müssen sich gegen diese Unternehmermaßnahmen zur Wehr setzen. Unter Führung selbstgewählter Kampforgane müssen sie die notwendigen Abwehrmaßnahmen organisieren. Bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen dürfen nur rote Betriebsräte gewählt werden.

Stillegung der Wernigeröder Steinindustrie

In Wernigerode wurden am 22. Januar der Betrieb von **Wolfram** stillgelegt, am 8. Februar liegt der Hauptbetrieb **Wegener** still und zum 15. Februar soll der Betrieb **Strup** stillgelegt werden. Damit ist die gesamte Steinindustrie mit einer Belegschaft von über 500 Mann stillgelegt, was für diesen Ort für den Arbeiter den Verlust ihrer letzten Arbeitsstelle bedeutet. Die Steinwerke, die früher in städtischem Besitz waren, sind mit Hilfe der Sozialfaschisten im vorigen Jahr an Privatunternehmer ausgeliefert worden. Am 1. Januar lief der Tarif für die Steinarbeiter ab und die Unternehmer verlangten einen Abbau der Hungerlöhne. Während der Verhandlungen, die die Reformisten am grünen Tische führen, ergebnislos verlaufen, gehen die Unternehmer dazu über, die Betriebe stillzulegen.

Tarifabschluß mit 30 Prozent Lohnabzug

Eine sozialfaschistische Heldentat hinter dem Rücken der Arbeiter

Der vom Hauptvorstand des **Metallarbeiterverbandes** in **Eisenach** eingesetzte „Diktator" **Matthies** hat eigenmächtig, ohne Zustimmung der Arbeiter, mit der Direktion der Kammgarnspinnerei einen Tarifvertrag für die Handwerker dieses Betriebes abgeschlossen, der so ungeheure Verschlechterungen (30 Prozent Lohnabzug) bringt, daß sogar ein Gauleiter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins den von Matthies abgeschlossenen Vertrag als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnete. Die von diesem Tarifvertrag betroffenen Arbeiter nahmen in einer Betriebsversammlung Stellung. Matthies versuchte seine Schandtat zu rechtfertigen, doch die Zwischenrufe, wie Lump und Arbeiterverräter, waren Beweis genug, wie die Arbeiter über seinen Verrat dachten. Der Vorsitzende des Betriebsrates erklärte, daß er zwecks Regelung der tariflichen Angelegenheiten Matthies zu einer Aussprache in den Betrieb gerufen habe. Matthies habe es aber abgelehnt, mit dem Betriebsrat über diese wichtige Frage zu sprechen, sondern habe es vorgezogen, stundenlange Verhandlungen mit dem Betriebsdirektor ohne Hinzuziehung der Arbeitervertretung zu führen. Die Versammelten forderten auf dem schnellsten Wege eine Revision des Tarifvertrages und erklärt sich bereit, den Kampf gegen diesen Schandvertrag und für eine Lohnerhöhung aufzunehmen.

Im niederschlesischen Bergbau

haben am 27. Januar die ersten Schlichtungsverhandlungen über den am 31. Januar ablaufenden Lohntarif stattgefunden. Die Gewerkschaftsbürokraten hüllen sich in Schweigen und wollen den Arbeitern keinen Bericht darüber geben. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition fordert die Arbeiter auf, den Kampf um die Forderung: 9,60 Mark Hauerdurchschnittslohn aufzunehmen. Der Lohnkampf in Waldenburg kann nur dann von Erfolg sein, wenn er unter Führung von in Belegschaftsversammlungen gewählten Leitungen gegen die Sabotage der Gewerkschaftsbürokraten organisiert und durchgeführt wird.

Die Hungerpeitsche des Reichstag

SPD. verhindert Arbeitszeitverkürzung — Das Brot wird verteuert

Schiebung zur Verteuerung des Weizens

(Eig. Bericht.) Berlin, 22. Januar.

Der demokratische Reichshungerminister **Dietrich** hat eine neue Verordnung erlassen, wodurch der Weizenpreis verteuert werden soll. Dadurch wird den Großagrariern auferlegt, auch noch während des Monats Februar 50 Prozent Inlandsweizen dem Auslandsweizen beizumengen. Die Nachfrage nach deutschem Weizen soll so künstlich gesteigert werden, obwohl die vorhandenen Vorräte bedeutend zusammengeschmolzen und der Preis in den letzten drei Monaten um 40 bis 50 Mark die Tonne, also um 10 bis 20 Prozent gestiegen ist.

Dieser Preis von 240 bis 250 Mark die Tonne genügt den Junkern und Großbauern immer noch nicht, obwohl ihre Produktionskosten höchstens 200 Mark die Tonne betragen. Die Verordnung des Ministers fand die Genehmigung des Volkswirtschaftsausschusses. Auch die SPD. betonte, daß sie nicht aus prinzipiellen, sondern nur aus sachlichen Gründen dagegen stimme. Einzig die kommunistische Fraktion stellte fest, daß es sich um eine indirekte Liebesgabe für die Junker und Großbauern handelt, wodurch der Arbeiter gezwungen werden soll, entweder schlechteres und teureres Weizenbrot oder aber mehr Roggenbrot zu verzehren. Diese Brotverteuerung ist eine Provokation der Arbeiterklasse.

„Beratung der Arbeitszeitfrage nicht zweckmäßig"

Die Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages am 28. Januar hat wieder einmal das schändliche Betrugsmanöver der Sozialdemokraten im Bunde mit dem ADGB. enthüllt. Während sie in der Presse, in Aufrufen und Artikeln von der Notwendigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit reden und gegen die katastrophal steigende Arbeitslosenziffer, sich im Bunde mit den anderen bürgerlichen Parteien gegen die Beratung der Arbeitszeitfrage.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte bereits verlangt, an Stelle der Beratung des Zündholzmonopols die Arbeitszeitfrage und die Frage der Arbeitslosenversicherung zu beraten. Auch das lehnte dieselbe Einheitsfront ab.

Auf die kommunistische Forderung, die Arbeitszeitfrage zu behandeln, erklärte der Vertreter der Regierung, daß es zweckmäßig sei, vor der Beratung des Arbeitschutzgesetzes die Arbeitszeitfrage neu zu regeln. Genossin Arendt erinnerte nochmals das Verhalten der SPD.-Vertreter als Gegner an der Arbeiterschaft. Dieselben Sozialdemokraten, die Arbeitszeitfrage vor den Arbeitern von der Notwendigkeit der Arbeitszeit reden, sitzen jetzt stumm da, wo es sich handelt, die Frage vor das Parlament zu bringen. Das Verhalten bis zur Beratung des Arbeitschutzgesetzes bedeutet Verschleppung der Arbeitsplanes Vertagung auf unabsehbare Zeit.

Genossin Arendtse verlangte dann noch, den Kommunistischen Gesetzentwurf auf Gewährung einer Blindenrente, der einem Ausschuß zur Beratung überwiesen, zu beraten. Es schwiegen sich sämtliche anderen Parteien aus, der Reichstag begnügte sich mit der Erklärung, daß die Regierung aufgefordert werden solle, sich darüber zu äußern. Der Ausschuß beschließt die Stimmen der Kommunisten, am 7. Februar mit der Beratung des Berufsausbildungsgesetzes zu beginnen.

Bergarbeiterschutz im Landtag abgelehnt

Aber Subventionen für die Grubenbarone bewilligt — SPD. gegen die Berg

Am Dienstag wurde im Landtag über die zum Bergetat vorliegenden Anträge abgestimmt. SPD. und Zentrum stimmten dabei rücksichtslos alle kommunistischen Anträge auf Verbesserung des Bergarbeiterschutzes nieder.

Insbesondere wurde abgelehnt, im Bergarbeitsgesetz für die jugendlichen Bergarbeiter einen Urlaub von vier Wochen festzusetzen.

Abgelehnt wurde auch, den Bergarbeitern, die infolge der Zechenstillegung jetzt eine längere Fahrt bis zur Arbeitsstelle machen müssen, die Verkehrsmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dagegen wurde von Zentrum und Sozialdemokraten ein Antrag angenommen, zwei neue Oberbergratsstellen zu schaffen! Weiter wurde in einem Antrag die Regierung ersucht, den Siegerländer Grubenkapitalisten neue Subventionen zu geben.

Für die Bergarbeiter nichts, für die Grubenkapitalisten Millionen als Subventionen und neue Oberbergratsstellen — das ist die Politik der zentrümlichen und sozialdemokratischen Bergarbeiterführer. Bergarbeiter, merkt Euch das für die Betriebsrätewahlen. Wählt nur rote Betriebsräte!

Kommunistische Anträge für Forstarbeiter und Kleinbauern angenommen

Bei den Abstimmungen zum Forstetat, die in der Landtagssitzung vom Dienstag vorgenommen wurden, kam eine Reihe KPD.-Anträge zur Annahme. So der Antrag, neue Unterförsterstellen in erster Linie Staatsforstarbeitern zu übertragen, die in trostlosem Zustand befindlichen Holzabfuhrwege in ordnungsmäßigen Zustand zu bringen, Wiesen- und Ackerland aus dem staatlichen Forstbesitz den kleinen Besitzern, Kleinpächtern und Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Eine Reihe weiterer kommunistischer Anträge, wie Ueberlassung von Brennholz, die Abgabe von Beeren- und Lesescheinen und die Tarifabänderung für die staatlichen Forstarbeiter betreffend, wurden abgelehnt. Wir werden auf diese Dinge in unserer nächsten Beilage „Haus — Hof — Garten" ausführlich eingehen.

Kommunistische Abgeordnete vor Gericht

Am 24. Januar standen 20 kommunistische Bürgerschaftsmitglieder aus **Hamburg** vor Gericht, weil sie im vorigen Jahre sich gegen den Hinauswurf durch die sozialfaschistische Polizei handgreiflich gewehrt hatten. 19 Genossen wurden zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl sie arbeitslos und nicht wie sozialdemokratische Senatoren 30 000 Mark Gehälter haben. Ein einziger Angeklagter wurde freigesprochen, und zwar ein inzwischen aus der KPD. ausgetretener Renegat, der hier gleich vom Gericht eine Belohnung für seine niedrige Handlungsweise bekam.

Der Faschismus in den Parlamenten

Auf dem in **Kassel** tagenden Provinziallandtag für Hessen-Waldeck kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen und zu Gummiknüppelattacken der Polizei. Als der kommunistische Redner in seinem Schlußwort fragte: „Kann ein Erwerbsloser mit 10 Mark Wochenunterstützung leben?", ertönte von der Tribüne ein vielstimmiges „Nein!". Der sozialfaschistische Provinziallandtagspräsident **Thöne** verließ fluchtartig die Sitzung und erschien wenige Minuten später an der Spitze von Polizei wieder. Mit Gewalt, mit Gummiknüppeln und Karabinern wurden daraufhin die Tribünenbesucher von der Tribüne und aus dem Sitzungshause entfernt. Alle proletarischen Anträge wurden sodann abgelehnt.

Die Stadt **Köln** steht bekanntlich unter Finanzdiktatur, die zwar nicht ganz so offen verkündet wurde wie in Berlin, aber trotzdem besteht. Für die Erwerbslosen hat man natürlich keine Pfennig, da muß gespart werden. Dagegen sollen jetzt nach einem Antrag des Magistrats insgesamt 800 000 Mark teils als Zuschuß, teils als „Kreditsumme", für einen faschistischen Schützenrummel von der Stadt bewilligt werden!

In **Lengefeld** (Sachsen) ließ der Stadtverordnetenvorsteher, ohne daß es sich um eine „geheime" Sitzung gehandelt hätte, mit Polizeigewalt sämtliche Zuhörer aus dem Sitzungssaale werfen, weil die vereinigte Front von den Sozialfaschisten bis Nationalfaschisten keine Zeugen für ihre arbeiterfeindliche Politik wollte.

In der Kreistagssitzung **Rothenburg** (Mark Brandenburg) fragte der sozialfaschistische Landrat: „Erhebt Einspruch gegen die Beratung des kommunistischen Antrages wegen beihilfe Ueberspruch?" Auf die zweimalige Aufforderung erhob sich dann der faschistische Bürgerblockgeneral v. Luck und erhob pflichtgemäß Widerspruch gegen die sofortige Beratung.

Klassenurteil gegen Leipziger Arbeiter

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 29. Januar.

Gestern wurde in dem Massenprozeß gegen 27 revolutionäre Arbeiter in Leipzig das Urteil gefällt. Genosse Bock erhielt wegen schweren Aufruhrs 7 Monate, der Arbeiter Grossel 6 Monate und 22 andere Genossen je 3 Wochen Gefängnis, obwohl der Zeugenapparat des Staatsanwalts kläglich versagt hatte.

In dem Urteil kommt die Wut der Klassenrichter gegen den nicht zu verbietenden KPD. zum Ausdruck. Ihn will man mit diesem Urteil treffen. Aber nur gemach! Die revolutionäre Arbeiterschaft wird sich durch keine noch so scharfen Klassenurteile abhalten lassen, gegen den Terrorfeldzug der Sozialfaschisten und des Bürgertums anzukämpfen.

Statt Gefängnis — Pension für M

Der Oberbürgermeister von Berlin, Sturek-SPD, hat festgestellt, daß er seine volle Pension erhalten wird, trotzdem er beantragt. Böß erhält also 28 000 Mark jährlich. Der sozialfaschistische Magistrat, der zugleich über neue Erhöhungen verhandelt, schludert diesem Korruptionsbonzen Zehntausende nach, anstatt dafür zu sorgen, daß er als Schieber ins Gefängnis kommt.

Haltet uns fest, sonst geschieht noch m

So heißt es bei den Bonzen vom Verband der Industriearbeiter. Sie haben nämlich eine gemeinsame Eingabe unternommen und — eine Denkschrift an die „geistigen Arbeitgeberschaften" gerichtet, in der sie die siebenstündige Arbeitszeit (unter Tage!) erbitten. Das „Volksblatt" rechnet den Lohngerber noch einmal nach, daß man in den vergangenen Jahren sämtliche Wünsche der Unternehmer zur Produktionssteigerung erfüllt hat, weshalb man untertänigst erwartet, daß die Bonzen dafür jetzt gnädigst die Siebenstundenschicht unter Tage bewilligen werden.

Durch die Zusammenarbeit der Sozialfaschisten mit den Unternehmern sind die Kumpels bisher betrogen worden. Die Denkschrift aber ist eine Fortsetzung dieses Betrugs. Sieben Stunden unter Tage, sieben Stunden Arbeitszeit über Tage, Schichtlohn und Lohnerhöhung — das sind die Forderungen der Unternehmer, die Bergarbeiter sich zu eigen machen müssen. Organisiert Betrieb den Kampf um diese Forderungen. Verjagt die faschistischen Betriebsräte, wählt nur rote Betriebsräte.

„Negersteuer" in Gotha

In Gotha hat der Stadtvorstand, in dem auch die Sozialfaschisten vertreten sind, eine Vorlage über die Einführung einer Wohnsteuer, also einer „Negersteuer", vorbereitet. Die steuerpflichtigen Bevölkerung sollen 6 Mark entrichten.

Spanien im Umbau

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29.

Der spanische Diktator Primo de Rivera ist zurückgetreten

Zu der Rebellion der Massen gegen den spanischen Diktator schreibt die „Rote Fahne":

„Die Cliquenkämpfe im Heere werden die nächsten Wochen. Bei den Entwicklung der kommenden Wochen kann es ist klar, daß hinter diesen Cliquenkämpfen stärkere und auf Dauer wirksamere Kräfte stehen. Die Sorge der Bourgeoisie (und ihrer ausländischen Geldgeber) um eine zweckmäßige Gestaltung ihres Unterdrückungsapparates, die werktätigen Massen, deren Rebellion sich im Hintergrund aller Zwistigkeiten innerhalb der herrschenden Klasse erhebt, wird um so größer, als das Massenelend in Spanien wächst."

Die „Vereinigte Königs- und Laurahütte" hat, wie jetzt bekannt wird, 400 Kumpels gekündigt.

Die Generalversammlung des Baugewerksbundes in Remscheid, nahm mit 65 gegen 8 Stimmen eine Entschließung in der der schärfste Protest gegen das Republikschutzgesetz gegen den Polizeiterror erhoben wird.

Der kommunistische Redakteur Steffan Heimann hat eine gelegter Revision zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wegen „Beleidigung" des badischen Innenministers.

Eine Reichsspende ergab die Sammlung „Brüder in Not" zugunsten der deutsch-russischen Kulaken. Das ganze Sammelsurium hat 300 000 Mark zusammengekratzt. Wenn es ins Beutel geht, sind also die Sympathien für die „Brüder" groß.

Den deutsch-russischen Kulaken soll nach einer neuen Erklärung des preußischen Landwirtschaftsministers in weitestem Maße entgegengekommen werden, um sich in Deutschland niederlassen.

Die Volks-Konservative Vereinigung, (das sind die Teile der Deutschnationalen) hat gestern in Berlin eine Gründungsversammlung abgehalten und einen Beschluß gefaßt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0002

Hoover diktierte Mexikos Bruch mit der Sowjetunion

Moskau, 27. Januar. Zur Abberufung der mexikanischen Botschaft aus Moskau bemerken die „Iswestija", daß diese Abberufung die Entwicklung der Sowjetunion weder auf ihrem Gebiet noch auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues noch auf außenpolitischem Gebiet auch nur im geringsten aufhalten kann. Zu bedauern ist dieser Vorfall lediglich deshalb, weil er überaus deutlich für die Kampfmethoden ist, die die kapitalistische Welt gegen die Sowjetunion anwendet. Die „Iswestija" drückt die Meinung Ausdruck, daß das Vorgehen der mexikanischen Regierung von der Regierung der Vereinigten Staaten diktiert worden ist. Die mexikanische Regierung hat sich nicht einmal die Mühe gegeben, zu der gegen die Sowjetunion erhobenen völlig unbegründeten Beschuldigung im Zusammenhang mit dem angeblichen „ausländischer Kommunisten" irgendwelche Beweise vorzubringen. Sofern der Akt der mexikanischen Regierung gegen die Sowjetunion gerichtet ist, so macht sie einfach von Schablonen Gebrauch, die von so geübten Meistern wie den englischen Konservativen erprobt worden sind.

Das Blatt erinnert daran, 1924 habe die mexikanische Regierung aus eigener Initiative die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen und somit die Unabhängigkeit ihrer Außenpolitik demonstriert. Dies war jedoch eine Periode, in der die mexikanische Kleinbourgeoisie in der nationalen Befreiungsbewegung, die gegen die Raubpolitik des amerikanischen Finanzkapitals gerichtet war, die Führung zu übernehmen suchte.

Diese Politik hat seitens der Vereinigten Staaten erbitterten Kampf ausgelöst, wonach die Kleinbourgeoisie vor der Entfaltung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zurückgeschreckt, an der nationalen Befreiungsbewegung Verrat übte und sich mit den Vereinigten Staaten einigte.

Bezeichnend für den Sieg des amerikanischen Dollars ist die jüngste Wallfahrt des neugewählten mexikanischen Präsidenten nach Washington zu Hoover. Erst unlängst schloß sich Mexiko demonstrativ an die Démarche Stimsons angesichts des Ostchinabahnkonfliktes an. Gegenwärtig demonstriert Mexiko durch sein Vorgehen gegen die Sowjetunion die völlige Abhängigkeit seiner Außenpolitik von den Vereinigten Staaten.

Das Blatt vermutet, Washington sei, als es Mexiko zum Bruch mit der Sowjetunion bewog, vom Wunsche ausgegangen, vor der ganzen Welt den ausschlaggebenden Einfluß der Vereinigten Staaten auf dem ganzen amerikanischen Kontinent zu demonstrieren. Insbesondere jetzt, wo in London eine Konferenz tagt, die sich mit der neuen imperialistischen Aufteilung der Welt beschäftigt, ist eine derartige Demonstration für Washington nicht ohne Nutzen.

Protest gegen den Terror in Mexiko

Neuyork, 28. Dezember. Wie aus Montevideo gemeldet wird, fanden dort wieder große Kundgebungen gegen den Terror in Mexiko statt. Hunderte Arbeiter sammelten sich vor der mexikanischen Gesandtschaft. Die dort stationierten Polizisten wurden zeitgehalten und die Fenster der Gesandtschaft mit Steinen bombardiert. Die bald eintreffende polizeiliche Verstärkung war machtlos.

Streik der Telefonangestellten in Rosario

Neuyork, 28. Januar. Aus der argentinischen Stadt Rosario wird gemeldet, daß dort die Angestellten des Fernsprechamtes in den Streik getreten sind. Der Ausstand wird mit aller Schärfe geführt. Sämtliche Telephonkabel bis auf eins, das nach Buenos Aires führt, wurden von den Streikenden zerschnitten, damit ihnen keine Streikbrecher in den Rücken fallen können.

Barrikadenkämpfe in Bombay

Die Unabhängigkeitskundgebungen in ganz Indien von den Kommunisten beherrscht — Arbeiterwehren treiben Polizei und Militär zu Paaren Rote Fahnen verdrängen die nationalbürgerliche Flagge

London, 27. Januar. Anläßlich des von dem Nationalkongreß in Lahore zur Ablenkung der indischen Volksmassen von dem ungeheuerlichen Verrat, den die Führer der nationalen Bourgeoisie an ihnen verüben, einberufenen sog. Unabhängigkeitstages, fanden gestern in ganz Indien gewaltige Massendemonstrationen gegen den englischen Imperialismus statt. Ueberall wurden die Kundgebungen, entgegen den Wünschen und Erwartungen der nationalreformistischen Politiker von den Kommunisten beherrscht.

In Bombay, wo fast hunderttausend Menschen an der Hauptkundgebung teilnahmen, gelang es einer 300 Mann starken Abteilung der Arbeiterwehr der Baumwollfabriken, die Tribünen zu erobern und statt der indischen Nationalflagge die rote Fahne zu hissen. Unter rasendem Beifall hielt einer der Führer der Arbeiterwehr eine leidenschaftliche Anklagerede gegen die Gewaltherrschaft des englischen Imperialismus und gegen den ungeheuerlichen Verrat der indischen Bourgeoisie an den Interessen der indischen Volksmassen.

Die von den nationalen Führern zu Hilfe gerufene Polizei war den Massen gegenüber völlig machtlos. Infanterietruppen wurden zur Unterstützung der Polizei herbeigeholt. Als diese Maschinengewehrfeuer gegen die Demonstranten zu eröffnen begann, entspannten sich erbitterte Straßenkämpfe, die bis spät in die Nacht dauerten. Den Arbeiterwehren, die in einer Stärke von 2000 Mann aufmarschiert waren, gelang es an verschiedenen Stellen die Truppen abzudrängen und teilweise zu entwaffnen.

Im Verlauf der Kämpfe wurden in den Arbeitervierteln Barrikaden errichtet. Nur in einem Falle gelang es der Polizei und dem Militär, mit Hilfe von Panzerwagen eine Barrikade zu erobern. Spät nach Mitternacht wurde die Polizei, die erhebliche Verluste zu verzeichnen hat, zurückgezogen. Von den Arbeitern wurden etwa 20 verletzt.

Auch in Kalkutta beherrschten die Kommunisten die Kundgebungen. Auch hier kam es zu ernsteren Zusammenstößen.

In allen Versammlungen und Kundgebungen in ganz Indien ertönte tausendstimmig der Ruf: Nieder mit England! Es lebe die Revolution!

Anläßlich des Unabhängigkeitstages hat der englische Vizekönig Lord Irwin wieder einmal eine „Botschaft an das indische Volk" erlassen, in der er mit provokatorischer Schärfe erklärt, daß die Regierung mit allen Mitteln die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten und selbst vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückscheuen werde.

Die Ereignisse des gestrigen Tages in Indien, vor allem in Bombay, sind von großer geschichtlicher Bedeutung. Sie haben den eindeutigen Beweis erbracht, daß das revolutionäre Proletariat seinen Platz an der Spitze des nationalrevolutionären Kampfes gegen den englischen Imperialismus erobert hat. Die indische Bourgeoisie, die durch den Unabhängigkeitstag ihren Verrat maskieren wollte, wurde durch die Arbeiterschaft schmählich entlarvt. Im Bezirk Bangalore hatte die nationalreformistische Bezirksverwaltung bereits aus Furcht vor den Massen die Kundgebungen, die von derselben nationalen Bourgeoisie einberufen waren, verboten.

Turksib wird bereits am 1. Mai dem Verkehr übergeben

Moskau, 28. Januar. Die Turkestan-Sibirische Eisenbahn (Turksib), deren Bau 1926 in Angriff genommen wurde, und die eine Länge von 1445 Kilometer aufweist, wird bereits am 1. Mai 1930 (anstatt wie planmäßig veranschlagt am 1. September), dem Verkehr übergeben werden. Auf einer Strecke von etwa 1100 Kilometern ist der Verkehr bereits eröffnet. Der Ausgangspunkt der Eisenbahn in Sibirien ist die Station Semipalatinsk an der Omsker Eisenbahnlinie, der Endpunkt in Turkestan die Station Jugowsja an der Taschkenter Eisenbahn. Somit durchquert die neue Bahnlinie das gewaltige Gebiet der Republik Kakakstan, das drei Millionen Quadratkilometer umfaßt. Die Eisenbahn wird vor allem die Baumwollgebiete Mittelasiens mit sibirischem Getreide, mit Holz, mit Kusnetzk-Kohle beliefern und gleichzeitig den Baumwolltransport besorgen.

Riesiger Maschinenbaukonzern in der Sowjetunion gebildet

Moskau, 28. Januar. In der Maschinenbau- und Metallindustrie der Sowjetunion ist ein Konzern, „Maschinostroi" mit einem Grundkapital von 700 Millionen Rubel gegründet worden, der die einschlägigen Trusts, die Maschinenbauanstalten, darunter die im Bau befindlichen großen Luganser und Uraler Werke und die Werkzeug- und Kugellagerfabriken umfaßt. Für die einzelnen Arbeitsgebiete wird der Konzern auch besondere Trusts ins Leben rufen, und zwar für Diesel-Lokomotiven, für Kessel- und Turbinenbau, für Schiffbau, für Waggonbau, für die Herstellung von Werkzeugen, von maschinellen Ausrüstungen für die Hüttenindustrie und für die Naphthaindustrie, für chemische Apparaturen und für Ausrüstungen zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe.

Auch Neuyorks Zörgiebel verbietet

Neuyork, 28. Januar. Anläßlich des Begräbnisses eines Genossen, der vor einigen Tagen bei einer Demonstration von der Polizei erschossen wurde, hat die Kommunistische Partei in Neuyork für heute eine Massenkundgebung einberufen. Vor der aufgebahrten Leiche des Erschossenen soll zunächst auf dem Union-Square eine Protestkundgebung abgehalten werden. Anschließend soll der Sarg im geschlossenen Demonstrationszuge durch das ganze Konfektionsviertel zum Friedhof begleitet werden.

Gestern abend hat die Polizei die Aufbahrung der Leiche und die Demonstration verboten. Es wurde lediglich eine Protestversammlung in einem geschlossenen Raum genehmigt. Im Falle der Durchbrechung dieses Verbots droht die Polizei mit den schärfsten Maßnahmen.

In Vancouver fanden gestern große Arbeitslosenkundgebungen statt. Es kam zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei schoß mit Karabinern in die Menge hinein. Zehn Arbeiter wurden verletzt, über 50 verhaftet.

Flottenkonferenz stockt

London, 28. Januar. Die Flottenkonferenz ist vollends ins Stocken geraten. Seit der Wiederaufnahme der Verhandlungen am Montag finden nur Besprechungen zwischen den Führern der einzelnen Delegationen über die Tagesordnung statt. Man „hofft", bis Donnerstag über die Reihenfolge der zur Verhandlung stehenden Punkte eine Einigung zu erzielen.

In der Frage der „Abrüstung" nach Gesamttonnage oder nach Schiffskategorien wurde lediglich eine tagesordnungsmäßige „Verständigung" erzielt, derzufolge die Frage der Gesamttonnage (der französische Standpunkt) vor der Frage der Quotenverteilung nach Schiffskategorien behandelt werden soll.

DAS HINTERHAUS

v. Walter Hoffmann

(Fortsetzung.)

Wenn es nur nicht so kalt wäre, dachte er.

Verflucht, was war das? . . . .

Dort, wo sich der Weg ins Dunkle verlor, kam schwankend ein Lichtpunkt näher. Rudolf vernahm verworrene Stimmen. Mit ein paar Sätzen war er an der Miete, in welcher sein Vater herumwühlte.

„Vater", flüsterte er und deutete auf den Lichtpunkt.

Beide legten sich hinter die Miete.

Zwei dichtvermummte Wächter gingen laut erzählend vorbei. Beide trugen den Karabiner über die Schulter.

Sie waren vom Gutsherrn angestellt, um das Gut vor Verwüstung und Diebstahl zu schützen. Verwüstung und Diebstahl — —

Der Alte und sein Sohn quetschten sich an die Erde. Vom Weg aus konnte man sie unmöglich sehen, auch wenn man mit der Laterne leuchtete.

Wie quälend lange es dauerte, bis die beiden nichtsahnenden Wächter vorüber waren. Von der feuchtkalten Erde kroch die Kälte in ihre Leiber.

Der Lichtpunkt entfernte sich wieder.

Die Leute wurden verwortener und hörten ganz auf. Der Alte nahm den vollen Kartoffelsack auf den Rücken und beide stiegen durch die dunkle Nacht nach Hause.

Sie hatten jetzt wieder für eine Weile zu essen.

Nachher lag Rudolf mit wachen Augen im Bett. Es begann bereits Morgen zu werden, aber er konnte nicht einschlafen. Ein Schüttelfrost nach dem anderen jagte durch seinen Körper.

Und die Gedanken jagten durch seinen Körper.

„Du sollst nicht stehlen!"

Vor ihm stand der strenge Lehrer mit dem Stock in der Hand „Du bist ein Dieb!"

„Nein!", schrie Rudolf ihn an, „Sie lügen; wir haben Hunger." Aus Rudolfs Poren rann der Fieberschweiß.

Der Wind pfiff stärker und riß das letzte Blatt von den drei Kastanienbäumen, die auf der grauen Straße standen.

Er kam um die Häuserecke gerast und wirbelte, kalt kreischend, über den Hof.

Er rüttelte an den gardinenlosen Fenstern des Hinterhauses und blies in die schmalen Ritzen hinein.

Der Abend kam früher, der Morgen später.

Zusammengeschlungen lagen die Menschen des Nachts und warteten frierend auf den Morgen.

Noch wenn der Mond sich hinter zerrissenen, jagenden Wolken verbarg und tiefe, traurige Dunkelheit die Erde bedeckte, waren Rudolf und sein Vater schon auf der Straße.

Rudolf schob einen kleinen Karren vor sich her.

Endlos war die Karawane, in welche sie sich in der Hauptstraße einreihten. Eine endlose, grauer Zug.

Und alle schoben oder zogen einen Karren.

Die Räder klapperten und knarrten über das holprige Pflaster. Sonst war es ruhig.

Die Menschen sprachen nichts.

Der Wind pfiff durch ihre zerrissenen Kleider und sang mit dem Knurren des hungrigen Magens vereint eine quälende Melodie.

Die Vorstadt war hinter ihnen. Die graue Schlange kroch unaufhaltsam die holprige Landstraße weiter.

Rudolf trippelte in seinen zerrissenen Schuhen nebenher. Er versuchte, Schritt zu halten mit den anderen; aber er konnte es noch nicht. Kamen sie durch ein Dorf, so kläfften die Hunde.

Aber unbeirrbar schob sich die graue Schlange weiter.

Und Stunde um Stunde verging.

Dort, wo die riesigen Kartoffelfelder des Rittergutes beginnen, bog die Karawane plötzlich in einen Feldweg ein.

Das Klappern der Räder verstummte. Hie und da quietschte eine Karre.

Rudolf fühlte, wie ihm das nasse Gras die Stiefel aufweichte.

Kreuz und quer ging der Feldweg. Sie mußten aufpassen, daß sie die Rücken ihrer Vordermänner nicht verloren.

Jetzt stoppte mit einemmal der Zug.

Es war etwas dämmerig geworden. Vor ihnen lag ein unübersehbares, ausgebuddeltes Kartoffelfeld.

Von zwei Seiten wurde es von einer Mauer Menschen umgeben. Hungernden, wie die, welche noch kamen.

Auf dem Felde aber trabte eine Kavalkade Polizisten, und wer über den Wiesenrain trat, wurde über den Haufen geritten.

Die hungernden Menschen standen am Rande des Feldes und warteten. Es wurde heller. Dichte Nebelschwaden wälzten sich über die nasse Erde.

Die Karawane aber war immer noch nicht zu Ende.

Unaufhaltsam schoben sich die Karren näher und stauten sich am Rande.

Plötzlich ging ein Ruck durch ihre Reihen. Alle umfaßten die Hackenstiele fester und drängten an den Rand.

Und dann stürmte die lebende Mauer auf das Riesenfeld und zerteilte sich.

Die Gendarmen hatten die schon einmal aufgewühlte Erde freigegeben. Rudolfs Vater war mit in der ersten Reihe.

„Hierher", rief er Rudolf zu, der ihm nachkeuchte, und hackte wie verrückt in der armen Erde herum.

Spärlich waren die Kartoffeln, die er zutage förderte.

Hack, hack, hack. Der Hunger schwang die Peitsche.

„Da ist wieder eine."

Rudolf raffte die kleinen Knollen in den Sack. Seine Hände waren klamm vor Kälte, seine Füße waren schon stundenlang naß. Eine warme Kindertränе fiel in die aufgewühlte Erde.

Vereinzelt ritten die Gendarmen durch die wühlenden Menschen.

„Um 8 Uhr muß das Feld freigemacht werden!" rief einer in Rudolfs Nähe.

Die Hacken versanken noch eifriger in die weiche Erde.

Der Gendarm ritt langsam vorbei.

„Platz da!"

Er war fett und hatte ein herrisches Aussehen. Schwerbewaffnet. Ein guter Sklave des Dienstherrn. Die Herren hatten die Gendarmeriewachen für die Nacht verdoppeln lassen.

Jetzt war es unmöglich, an die Mieten heranzukommen.

O, wie die Arbeiter diese elenden, bestochenen Polizisten haßten.

Auch Rudolf haßte sie mit dem ganzen Instinkt seiner Klasse.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0003

Die kommissarische Verwaltung der ADK. Halle

setzt einen neuen Verwaltungsdirektor ein

Die sozialpolitische Reaktion, gestützt auf Herrn Finger, hat bekanntlich in der ADK. eine kommissarische Verwaltung eingesetzt. Diese kommissarische Verwaltung versucht nun, im Unternehmerinteresse, ganze Arbeit zu leisten. Herr Zwanzig ist ihr Höriger. Obwohl zum 7. Februar die Neuwahl des Vorstandes durch die Ausschußmitglieder angesetzt ist, hat der kommissarische Vorstand bereits einen neuen Verwaltungsdirektor in Gestalt eines Gustav Langer aus Liegnitz gewählt. Schon am 1. Februar soll dieser neue „Herr" seine Tätigkeit aufnehmen. Die gesamte bürgerliche Presse ist davon unterrichtet, daß es sich hier um einen „tüchtigen" Verwaltungsbeamten handelt. Daß dieser neue „Herr" nur im Unternehmerinteresse handeln wird, werden die Versicherten der ADK. Halle sehr bald merken.

Man hatte es jetzt besonders eilig, da die kommunistische Fraktion die Einberufung einer außerordentlichen Ausschußsitzung, die auch am 31. Januar stattfindet, verlangt hat. Es ist selbstverständliche Pflicht des Ausschusses, etwas über die ungesetzlichen Maßnahmen des kommissarischen Vorstandes zu hören. Wie es auch notwendig ist, daß der kommissarische Vorstand die besondere Eile begründet, mit der er einen neuen Direktor anstellt. Die Kasse wird durch die dadurch entstehenden Mehrausgaben, die unseres Erachtens vollkommen unnötig sind, schwer belastet. Dann soll Herr Zwanzig noch Bericht erhalten über den Stand der Bauarbeiten beim Neubau der ADK. Es ist Pflicht der versicherten Vertreter, etwas zu hören, ob der ADK. durch den durchgebrannten Laue Verluste entstanden sind. Die kommunistische Fraktion ist schließlich der Auffassung, daß durch die Errichtung einer Badeanstalt der Kasse viel Geld gespart werden kann. Deshalb verlangt sie hier endlich klare Verhältnisse. Die Versichertenvertreter müssen ja von den diesen Geschäften, die mit Versichertengeldern von den Arbeitgebern gemacht werden. Die Arbeitgeber wollen aber verhindern, daß die Außenstände der Arbeitgeber von nahezu einer halben Million beschleunigt eingetrieben werden.

Die kommunistische Fraktion, die für sich in Anspruch nehmen kann, rücksichtslos gegen alle Korruptionserscheinungen (nicht nur der von Pfeifer und Kloemann, sondern auch gegen die der Arbeitgeber) energisch gekämpft zu haben, wird volle Klarheit verlangen. Sie wird im Interesse der Versicherten mit allen Mitteln gegen die Auslieferung der ADK. Halle an die sozialpolitische Reaktion kämpfen. In diesem Kampfe muß den Kommunisten die vollste Unterstützung aller Versicherten gewiß sein.

Die hallische Zimmerer-Generalversammlung ein billiger Triumph des „Volksblattes"

Der Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Halle, hielt am vergangenen Sonntag seine Jahreshauptversammlung ab. Dieselbe wies einen stärkeren Besuch auf als die früheren Versammlungen. Förster hatte vorgearbeitet. Wollte er sich doch das Vertrauen der hallischen Zimmerer wieder ausstellen lassen. Der hundertprozentige Nur-Gewerkschaftler hielt eine fünfviertelstündige Rede. Er sang in einer Tour den alten Vers, daß nur die Gewerkschaftsverbandspolitik allein der Arbeiterschaft zum Segen gereiche. Er hängte den Finanzs dem Mitgliederbericht an. Die oppositionellen Genossen vertraten in der Diskussion die klaren revolutionären Auffassungen, die sich bekanntlich auch im Zimmererverband immer mehr Bahn brechen. Sie fragten Förster, warum er nicht auf die Ausschlußmaßnahmen des Zentralvorstandes eingegangen ist. Und sie forderten die Stellungnahme zu der Spalterpolitik des sozialfaschistischen Hauptvorstandes. Ein leidhaftiger Polier namens Förkel sprang Förster zur Seite. Er versuchte eine Attacke gegen die Kommunistische Partei zu reiten. Er meinte, man könne doch Förster Hermann und Leute seines Schlages nicht als verfaulte Elemente bezeichnen. Versucht wären nur die, die den Ausschluß Fürsters aus der Kommunistischen Partei beschlossen hätten. Die Versammlung war sehr erregt über die Provokationen des Poliers, der übrigens froh war, seine „Mission" erledigt zu haben.

Der Antrag, daß sich die Versammlung gegen die Schreibweise des „Klassenkampf" wendet und Förster in Schutz nimmt, wurde mit 48 gegen 29 Stimmen angenommen, weil sich ein Teil der mit der Opposition sympathisierenden Genossen der Stimme enthalten hat, weil sie sich nach ihrer Meinung in dieser persönlichen Sache nicht entscheiden wollten. Mit der Politik Fürsters sind die, die sich der Stimme enthielten, in keiner Weise einverstanden und es ist ein billiger Triumph, wenn das „Volksblättchen" eine Niederlage der Lerchenfeldstraße daraus konstruiert.

Bei der Wahl erhielt Förster für seine Funktion zum ersten Kassierer nur 38 Stimmen. (Vorher waren es 48 bei der Abstimmung über den Antrag.) 15 Kollegen stimmten gegen Förster, die übrigen enthielten sich der Stimme, um damit ihr Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen. Es sei hervorgehoben, daß das letztere falsch ist, weil sich Leute kundgeben nicht offen gegen die Politik des Gewerkschaftslegalisten aussprachen. Die Kameraden haben im übrigen bekundet, daß sie sich für die Beschickung des Bezirkskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition entschieden. Förster sowie seine Freunde im „Volksblatt" werden feststellen müssen, daß die hallischen Zimmerer auf dem Kongreß vertreten sind und daß sie sich den anmaßenden Befehlen des sozialfaschistischen Zentralvorstandes widersetzen. Der Porthusfieg wird Herrn Förster nicht viel nützen. Die Generalversammlung hat dazu beigetragen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit im Zimmererverband beschleunigt wird und daß es im schnellen Tempo aus dem reformistischen Sumpf des Förster zum revolutionären Klassenkampf geht.

Aus dem Saalkreis

Wie das Kreisfürsorgeamt mit Ausgesteuerten umspringt

Aus Schkeuditz wird uns berichtet:

Stellt ein ausgesteuerter Erwerbsloser einen Antrag an das Kreisfürsorgeamt, so wird er abgewiesen, obwohl die Bedürftigkeit von seiner Gemeinde befürwortet wird, denn es ist schon vier Monate her, daß der Antragsteller keinen Pfennig Unterstützung erhalten hat und dazu noch Frau und Kinder ernähren muß. Also bekommt der Antragsteller ablehnenden Bescheid. Ja noch mehr, man gibt ihm noch den „guten" Rat, er solle sich selbst nun bald einmal energisch nach Arbeit umsehen, was soviel heißen soll wie: Du willst ja gar keine Arbeit haben.

Diese Herren wissen ja nicht, was es heißt, arbeitslos, stellenlos zu sein und denken deshalb, der Prolet reist nur auf Unterstützung und läßt Arbeit sein. Sie wollen auch nicht merken, daß das Heer der Arbeitslosen von Tag zu Tag immer größer wird und die Aussicht, Arbeit und Verdienst zu finden, immer geringer wird. Bei der Lohnzahlung wurden den Leuna-Proleten 4. B. in die Lohntüten Zettel beigelegt, worauf geschrieben stand, daß bis auf weiteres keine Entlassungen mehr vorgenommen werden. Aber schon am nächsten Tage wurden weitere Entlassungen vorgenommen und der Zettel hatte also nur den einen Zweck, die Leuna-Proleten zu beruhigen.

Erwerbslose des Arbeitsgebiets Bit

Unser Antrag an das Arbeitsamt Halle, eine Ste[illegible] einer der Gemeinden Bruckdorf oder Zwintschöna zu [illegible] vom Verwaltungsausschuß abgelehnt worden. Der Ver[illegible] ausschuß setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen: 5 Arbeitnehmer (lies: sozialfaschistische Gewerkschaft[illegible]), 5 Vertretern öffentlicher Körperschaften (Landrat) als Zusammensetzung für die werktätige Bevölkerung nicht verständlich. Diese Herrschaften brauchen ja auch den Wa[illegible] 14 Kilometer jeden Tag (pro Woche vier- bis sechsmal) zu [illegible] peln nicht zu machen. Für diese Herren sind ja [illegible] Stadtwege Autos vorhanden.

Erwerbslose! Faßt in Versammlungen Resolutionen [illegible] schärfsten Protest gegen diese Willkür. Werdet Mitglieder der KPD. Nur diese tritt für Eure Anliegen ein!

6 Monate Gefängnis für einen Je[illegible]

Die Arbeiter Br. und B., Ammendorf, hatten sich an einem Prozeß teilgenommen. Da ihnen durch [illegible] „dicke Luft" im Gerichtszimmer die Kehle trocken [illegible] und sie sich von der erhaltenen Zeugengeldern ein [illegible] Gemüte ziehen" wollten, kehrten sie in mehreren [illegible] Sie kamen dabei auch in das Elsterta[illegible] Ammendorf [illegible] treten des Hofes fanden sie den Gänsestall offen [illegible] die Gelegenheit nicht zu verpassen und um zu einem [illegible] zu kommen, „erleichterten" sie den Wirt um einige [illegible]

Auf dem Nachhauseweg sah Br. vor einer Baufe[illegible] rad des Malermeisters L. stehen. Er dachte sich, was [illegible] kann auch ich. Und flugs bestieg er das Rad. [illegible] waren ihm bei der Flottmachung behilflich. Schon [illegible] dannen. Aber bald machte er in seinem angetrunkenen [illegible] der kühlen Erde Bekanntschaft.

Br. und B. hatten sich jetzt wegen gemeinsamen Gi[illegible] triebsstoffdiebstahles (für das Motorrad) zu verantwo[illegible] Gericht verurteilte Br. zu vier Monaten und B. zu [illegible] Komisch und geradezu lächerlich ist dabei, daß es [illegible] „Brennstoffdiebstahl" um das riesige Objekt von [illegible] einem Pfennig handelt. Der kühne Motorradfahrer [illegible] „lange" Strecke von 25 Meter zurückgelegt. Dafür [illegible] Monate Gefängnis beantragt.

Ja, Ja! Wir haben eben eine Republike, in der die [illegible] Volke ausgeht!

An alle Arbeitereltern!

Der Vorbereitungsunterricht zur diesjährigen Jug[illegible] im Gange. Noch fehlen viele Kinder von Euch [illegible] Pfaffentum. Laßt Euch nicht durch süße Worte und [illegible] Geschenke verleiten. Erzieht Eure Kinder als klassenbe[illegible] letarier. Die Zeit ist ernst, der Kampf wird immer [illegible] Darum heraus aus der Kirche! Meldet Eure Kinder [illegible] gionsunterricht ab. Hinein in den Verband proletari[illegible] denker (mit Feuerbestattung).

Der Unterricht findet an folgenden Stellen statt:

Für Süden: Restaurant Polzin, Ecke Tor- und Th[illegible]

Norden: „Volkspark", regelmäßig jeden Mittwoch [illegible] 7 Uhr. Für die Kinder, welche Mittwochs keine Zeit h[illegible] tags von 5 bis 7 Uhr in Nottrotts Restaurant, Unterstra[illegible]

Walhalla

Dir. O. Kleinhanns. Tel. 283 85

Letzte 3 Tage!

Das grandiose Varieté-Programm mit 10 Welt-Attraktionen

Gewaltige Preise ab 50 Pf.

Ab 1. Februar:

2. Gastspiel Apollotheater Wien

Die erfolgreichste Operette all. Zeiten

Ein Walzertraum

Musik von Oscar Straus

Die große Stabbelebung

Sonntag, 14 Uhr: 481

Einmalige Wiederholung

„Dornröschen"

Kl. Preise von 30 Pf. bis 1,25 Mk.

Der Vorverkauf hat begonnen

Stadt-Theater

Heute, Mittwoch, ab bis 23 Uhr

Madame Pompadour

Operette v. Leo Fall

Donnerstag

20 bis 22½ Uhr

Der Londoner verlorene Sohn

Schauspiel von W. Shakespeare

Anfang der dritten Stammkarten-Rate 481 erbeten

Neuheit preiswert

Schlafzimmer-Schränke

Eiche, Birke, Nußb. imit.

130 cm m. Waschtisch . . 81.–

133 cm m. 3 teilig. Unsicht . . 102.–

13 cm m. W. u. Spiegel . . 125.–

150 cm m. W. u. Spiegel . . 156.–

Fine garderoben 20.– bis 75.–

Gebr. Junghlut

Albrechtstr. 37

Gute Romane

liefert im

„Klassenkampf"

Zoologischer Garten

Donnerstag den 30. Jan., 20 Uhr

8. Symphonie-Konzert

des Hallisch... Symphonie-Orchesters

Leitung: Benno Pilz 480

Solistin: Elfriede Hirte, Halle (Gesang)

Wagner: Vorspiel zu „Parsifal"

Beethoven Konzertarie „Ah perfido", Symphonie Nr. 3 (Eroica)

R. Strauß „Apollotempel", für Gesang mit Orchester-Begleitung

Vierteljahrs-Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Halle, Vierteljahr Oktober/Dezember 1929

A. Ordentlicher Haushalt

	Jahresoll (ein schließlich Rechnungsoll der Vorjahre)	Mk.-Einn. oder Mk.-Ausgabe im Berichtsvierteljahr	Mk.-Einn. oder Mk.-Ausgabe vom 1. 4. bis 31. 12. 1929
	1000 RM.		
a) Einnahmen			
1. Steuern	16 763	4 202	11 906
2. Von den Unternehmungen und Betrieben und der Vermögensverwaltung abgelieferte Ueberschüsse	5 365	1 200	3 814
3. Sonstige Einnahmen:			
Allgemeine Verwaltung	3 068	811	2 280
Schulwesen	2 465	617	1 649
Tiefbauwesen	903	232	783
Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen	2 222	515	1 621
Wohnungswesen	4 926	1 377	4 180
Besondere gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	1 871	536	1 539
Uebrige Kämmereiverwaltungen	1 366	301	971
Einnahmen insgesamt:	38 959	9 791	28 743
b) Ausgaben			
1. Allgemeine Verwaltung	8 392	2 095	6 164
2. Schulwesen			
a) Volksschulen	3 557	988	2 797
b) Sonstige Schulen	3 970	976	2 971
3. Tiefbauwesen	2 894	568	2 214
4. Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen	8 226	2 109	6 341
5. Wohnungswesen	5 106	936	4 837
6. Besondere gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	2 695	741	2 372
7. Uebrige Kämmereiverwaltungen	4 576	1 068	3 108
Ausgaben insgesamt:	39 410	9 481	30 804
472 Mithin Mehrausgabe:	457		2 061
bezw. Mehreinnahme:		310	

B. Außerordentlicher Haushalt *)

	Mk.-Einn. oder Mk.-Ausgabe im Berichtsvierteljahr	Mk.-Einn. oder Mk.-Ausgabe vom 1. 4. bis 31. 12. 1929
	1000 RM.	
a) Einnahmen		
1. Schuldenaufnahme	2 605	[illegible]
2. Fondseinnahme	598	[illegible]
3. Sonstige Einnahmen	332	[illegible]
Einnahmen insgesamt	3 505	[illegible]
b) Ausgaben		
1. Tiefbauwesen	770	[illegible]
2. Wohnungswesen	2	[illegible]
3. Sonstige Aufwendungen der Kämmereiverwaltung	939	[illegible]
4. Außergewöhnliche Zuschüsse und Neuinvestierungen für Unternehmungen u. Betriebe und Vermögensverwaltung	3 468	[illegible]
Ausgaben insgesamt:	5 179	[illegible]
Mithin Mehreinnahme:		
bezw. Mehrausgabe:	1 674	[illegible]

*) Die Ausgaben für den außerordentlichen Haushalt werden von Fall zu Fall durch Gemeindebeschlüsse bewilligt. Ein Haushaltsplan wird für die außerordentlichen Einnahmen u. Ausgaben nicht aufgestellt.

Bekanntmachung

Durch die Mehrheit der wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages „Vereinigte Bürgerschaft", laufende Nr. 26, ist die Reihenfolge, in der die noch vorhandenen Bewerber dieses Wahlvorschlages zu berufen sind, gemäß § 8 des Gemeindewahlgesetzes vom 1. Februar 1924, wie folgt geändert:

Nr. 7 Willy Wagner, Elektromeister, Marktplatz 41.
Nr. 8 Camillo Herold, Kaufmann, Bahnhofstraße 28.
Nr. 9 Wilhelm Meldenhauer, Invalide, Kerstenstraße 8.
Nr. 10 Karl Dittmar, Oberstenerlestetär, Am Finanzamt 2.
Nr. 11 Otto Reinhardt, Bäckermeister, Johannistor 8.
Nr. 12 Otto Keibe, Oberpostschaffner, Martinstraße 21.
Nr. 13 Edmund Kneubel, Fleischermeister, Marktplatz 23.
Nr. 14 August Hartmann, Materialienverwalter, Albertstraße 7.
Nr. 15 Wilhelm Kunze, Bergmann, Meisdorfer Straße 44.
Nr. 16 Dr. Ferdinand Mette, Kreistierarzt, Bahnhofstraße 20.
Nr. 17 Franz Kulpe, Schneidermeister, Augustaplatz 5.
Nr. 18 Fritz Barth, Kaufmann, Bahnhofstraße 42.
Nr. 19 Reinhold Honigmann, Reichsbahnoberstestätt, Am Plattenberg 18.
Nr. 20 Dr. med. Karl Eiler, prakt. Arzt, Marktplatz 20.
Nr. 21 Wilhelm Arndt, Invalid, Augustastraße 19.

Hiernach treten als Ersatzmänner für die in den Magistrat gewählten bisherigen Stadtverordneten Sattlermeister Friedrich Schüttenhübel, Landwirt Wilhelm Agthe, der Elektromeister Willy Wagner, Marktplatz 41 und der Kaufmann Camillo Herold, Bahnhofstraße 28, als Stadtverordnete ein.

Gegen diese Feststellung kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach dieser Bekanntmachung bei uns Einspruch erheben. 477

Hettstedt, 28. Januar 1930. Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Berger.

Billige ? Nahrungsmittel ?

(Aufklärung morgen)

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inse[illegible]

Inventur-Ausverk[illegible]

Beginn: Donnerstag, den 30. Januar, früh 8 Uhr

Gewaltige Preisherabsetzungen

10 % Rabatt auf alle im Preise nicht herabgesetzten Waren, m. Ausnahme v. Markenartikeln

Heinrich Arnold, Bitterfeld

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0004

Rund um den Erdball

Inventur in Oesterreich

Die Schwebebahn bei Insbruck ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten und soll, da Tirol die erforderlichen Mittel nicht auftreiben kann, an Italien verkauft werden.

200 Bergleute verschüttet

Grubenunglück in Japan

Wie von der Insel Formosa (Japan) gemeldet wird, wurden bei einem Grubenunglück 200 Bergleute verschüttet. Die Rettungsmannschaften konnten bisher nur 34 Bergarbeiter befreien.

Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß zwei große Bienenkörbe, die mit Bergarbeitern besetzt waren, in die Tiefe stürzten.

Raubmord in Königshütte

Die Täter entflohen

Der 62 Jahre alte Wechselstubenbesitzer Danziger in Königshütte wurde auf dem Treppenflur seines Hauses von zwei Räubern überfallen und durch mehrere Revolverschüsse niedergestreckt. Dem Getöteten wurde eine Aktentasche mit 1200 Mark und eine größere Summe in ausländischer Währung geraubt. Die Leiche zeigte sechs Schußverletzungen. Die Verfolgung der Täter war ohne jeden Erfolg.

12 Fischer ertrunken

an der Küste von Spanien

Infolge des Sturmes der letzten Tage ist an der Küste von Spanien in der Nähe von Vigo ein Fischerboot gestrandet. 12 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Von einem anderen Fischerboot mit 20 Mann Besatzung ist man bis jetzt ohne Nachricht.

Bluttat in Erdeborn

„Ich bin angeschossen"

In der Nacht zum Montag geriet der Fleischer Wilhelm Eube in Erdeborn bei Eisleben mit einem anderen Manne in Streit, wobei er eine blutende Kopfverletzung davontrug. Eube eilte in seine Wohnung zurück, holte eine Taschenlampe und wollte seinen Gegner suchen. In diesem Augenblick fiel ein Schuß, und Eube stürzte mit dem Rufe **„Ich bin angeschossen"** in seine Wohnung zurück, wo er verstarb.

Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Vernehmungen vorgenommen, in deren Verlauf der Landwirt Karl Friedemann unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet wurde. Besonders belastend für ihn ist die Tatsache, daß in seiner Wohnung ein Revolver gefunden wurde, mit dem noch vor kurzem geschossen sein muß. Der Verhaftete leugnet die Tat, gibt aber zu, sich in der Nähe der Eubenschen Wohnung bewegen zu haben.

Großfeuer im Lagerschuppen

Seit Dienstag morgen wütet auf dem Lagerschuppengrundstück Horstshof in Braunschweig ein Großfeuer. In diesen Lagerschuppen sind große Mengen von Oel, Firnis und Farben aufgespeichert. Die Gebäude standen in hellen Flammen, so daß sich die Feuerwehr auf den Schutz der Häuser beschränken mußte.

Französisches Postflugzeug verloren

Das seit Sonntag vermißte Postflugzeug, das kurz vor seinem Verschwinden die Landung in Tanger funktelegraphisch angekündigt, scheint verloren zu sein. Wahrscheinlich hat es bei der Vorbereitung der Landung in Tanger infolge des Sturmes die Richtung verfehlt und ist ins Meer gestürzt. Aufgabe des kürzlich verlorenen Flugzeuges war, die Post der Südamerikaflieger von Casablanca beschleunigt nach Innerfrankreich weiterzubefördern, eine Verbindung, die bereits 200 mal ausgeführt worden ist.

Aus 70 Meter Höhe abgestürzt

Schweres Flugzeugunglück in Kansas — Fünf Personen getötet

Ein von Kansas-City nach Wichita unterwegs befindliches Verkehrsflugzeug ist in der Nähe des Flugplatzes Fairfax abgestürzt. Die vier Reisenden und der Pilot wurden auf der Stelle getötet. Das Flugzeug ging bei dem Absturz in Flammen auf.

Das planmäßige Flugzeug aus Wichita war kurz zuvor mit zehn Passagieren gelandet. Ein zweites Flugzeug mit vier Passagieren, das bald nach der Ankunft des ersten über dem Flugplatz erschien, kreiste in Höhe von etwa 70 Metern, um auf die Gelegenheit zum Landen zu warten. Plötzlich stürzte es senkrecht ab. Als es auf dem Erdboden aufschlug, geriet es sofort in Brand.

Die fünf Insassen konnten nur noch als verkohlte Leichen geborgen werden.

Autounglück in Stuttgart

Zwei Tote

Am Dienstag, früh gegen 4 Uhr, überfuhr vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof ein Auto das letzte Parksignal und überschlug sich. Die beiden Insassen wurden getötet, der Chauffeur trug schwere Verletzungen davon.

Eisenbahnunglück in Australien

Zwei Tote, ein Schwerverletzter

Die Lokomotive und der Tender eines mit Ausflüglern besetzten Zuges entgleiste zwischen Kattoonba und Sidney und stürzte die Böschung hinab. Der Lokomotivführer und der Heizer fanden den Tod.

Streit um die heilige Therese

In Konnersreuth herrscht der gute Glaube

Der praktische Arzt Dr. Aigner hatte über das Wunder von Konnersreuth, also über die stigmatisierte Therese Neumann bei einer Gerichtsverhandlung ein Gutachten abzugeben. Indem Aigner den Artikel eines kommunistischen Blattes zitierte, in dem die Ausdrücke „Volksbetrug" und „Irreführung" vorkamen, fühlte sich der katholische Schriftsteller Ritter von Lama beleidigt. Die beiden Herren verklagten sich gegenseitig und wurden zu 300 bzw. 200 M. Geldstrafe verurteilt. Beide Parteien legten Berufung ein, die vor einem Münchener Gericht verhandelt wurde.

Bei dem Prozeß behauptete Dr. Aigner, daß die Zustände der Therese nichts mit Theologie zu tun hätten. Von einer Verletzung des Naturgesetzes kann jedoch nicht die Rede sein.

Bei der Zeugenvernehmung erklärte ein Sanitätsrat Seidel, daß er die Erscheinungen der heiligen Therese **nicht auf natürliche Weise** erklären könne. Darüber könne nur die **kirchliche Oberbehörde** entscheiden. Von Volksbetrug könne man **nicht reden, es herrsche in Konnersreuth der gute Glaube.**

Prof. Ewald erklärte, er könne kein Urteil abgeben, da ihm die Beobachtung der heiligen Therese im Krankenhaus **nicht** gestattet worden sei.

Nachdem sich die beiden Professoren gründlich geäußert hatten, wurde die Berufung verworfen.

An Thereses Zuständen ist also nach wie vor nicht zu tippen.

Technik und Wissenschaft

Chemikalien statt Fleisch

Millionen von Kulis können kein Fleisch essen. Um ihnen ihre Ausbeutung möglichst angenehm zu machen, setzen ihnen ihre chinesischen Kapitalisten das Natriumsalz der Gutaminsäure vor. Dieses hat keinen Nährwert, aber einen fleischartigen Geschmack. Die Produktion des Salzes ist in den letzten drei Jahren um 100 Prozent gestiegen, in gleicher Weise also der Betrug an dem hungernden Kuli. So verfüßt man in China genau so wie in Europa im Namen der Menschlichkeit den Hunger.

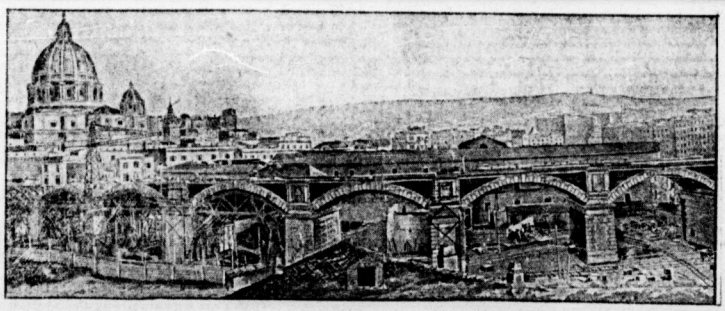
Mechanisierte Großküche

In Deutschland gibt es zur Zeit etwa 100 elektrische Großküchen. Entsprechend der kapitalistischen Struktur des Landes befinden sie sich sämtlich in Gastwirts- oder Hotelbetrieben. In die Großküche gehört eine Wasserenthärtungsanlage, die das Wasser für Tee, Kaffee und sonstige empfindliche Speisen vorbereitet und außerdem für die Wäscherei, für Kesselspeisung usw. Wasser liefert. Das Geschirr wird am besten in zwei Geschirrwaschmaschinen gereinigt, von denen die eine für Kaffeegeschirr usw., die andere für großes Eßgeschirr, das durch Saucen und Fettreste verunreinigt ist, verwendet wird.

Die Küchenarbeitsmaschinen werden, um die unnützen Wege vom Standort der Maschine zum Herd zu vermeiden, fahrbar hergestellt. Neben einer Durchtreibemaschine für Kartoffelbrei, Gemüsepüree usw. und neben den Schälmaschinen ist eine Universalküchenmaschine nötig, die Kartoffeln, Rüben, Bohnen, Gurken usw. schneidet und Mandeln, Meerrettich, Brot und Gewürze reibt.

Auch ein besonders konstruierter Kochtopf gehört auf den elektrischen Herd. Dieser Topf besitzt einen hohlgedrehten Boden, der sich bei der Erhitzung so verändert, daß er sich vollkommen dicht auf die Kochplatte auflegt. Bei einem gewöhnlichen Kochtopf wölbt sich bekanntlich beim Erwärmen der Boden, so daß der Topf sich von der Platte abhebt, zu wackeln beginnt und die Wärme der Platte schlecht aufnimmt.

Im Augenblick kommen außer den Gastwirtsangestellten, deren Zahl etwa ¾ Millionen beträgt, nur die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft an ihren Schlemmerstätten mit den Großküchen in Berührung. Aber es kann nicht verkannt werden, daß diese Großküchen bereits eine Vorstufe zu der **proletarischen** Großküche sind, die berufen sein wird, die kleinbürgerlich unrentable und unmechanisierbare Haushaltsküche abzulösen.



Der Papst fährt Eisenbahn

Nachdem der Papst mit Mussolini Frieden geschlossen hat und Italien unter dem Zeichen des Kreuzes sowie das Hakenkreuzes steht, beginnt der Papst, seinen Machtbereich zu erweitern. Der neue Vatikanstaat hat nunmehr auch seine Eisenbahn erhalten, die ihn mit der Außenwelt verbindet. Die Eröffnung der Bahn soll am 11. Februar erfolgen. Der preußische Konkordatsminister Braun wird also in Zukunft vom Anhalter Bahnhof direkt nach der Eisenbahnstation Sankt Peter fahren können!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0005

Mansfelder Kreise

Höhnstedter Einwohner gegen den SPD.-Mann Frötel als Amtsvorsteher

Aus der letzten Einwohner-Protestversammlung in Höhnstedt haben wir der breiten Oeffentlichkeit mitzuteilen: Zu dem Thema „Der Kreistag und der neue Amtsvorsteher" sprach der Genosse Merzinski, Eisleben.

Höchst entrüstet und aufs größte empört ware nauch indifferente Versammlungsteilnehmer, als sie Kenntnis erhielten von dem Kuhhandel und dem ständigen Zusammengehen der SPD. mit den Bürgerlichen. Jeder konnte sich noch der Versprechungen eines gewissen Böttge in den Wahlversammlungen erinnern. Vom großmäuligen Rott-Reaktionär Wenzel bis herunter zu Jahn und Böttge (SPD.) bestand Einigkeit im Kreistag. Die Höhnstedter Arbeiterschaft ist überzeugt, daß in den kommenden vier Jahren jeder Antrag der Arbeiterschaft zunichte gemacht wird. Ein Beweis ist schon die Einsetzung des Terrormannes Frötel als Amtsvorsteher gegen den Willen der Bewohner.

Wie die Jahn und Frötel zusammen gearbeitet haben, zeigt folgendes: Als die Gemeindewahl getätigt war und der Renegat Frötel seine Liste zustande brachte, mußte sein Schwager Jahn dafür sorgen, daß er zum Dank für seinen Eintritt in die SPD. irgendwo unterkam. So wagte sich Jahn u. a. bei unserem Gemeindevorstand Steinkopf, der zugleich Amtsvorsteher war, zu verlangen, als Spitzenkandidat der Mitte (der auf Grund der Zusammensetzung der erste Schöffe zustand) unbedingt seinen Schwager Frötel zu wählen, andernfalls sorge er dafür, daß er kein Amtsvorsteher wieder würde. Die Liste der Mitte hatte ja selbst ähnliche Leute, die auf dieses Pöstchen warteten, und somit nahmen sie Frötel nicht und es ergab sich daraus, daß in der letzten Kreistagssitzung auf Vorschlag des Jahn und Wenzel mit den Stimmen der oben angegebenen Einheitsfront der ehemalige Frötel als Amtsvorsteher gewählt wurde. Schindberhannes, der als Zuhörer anwesend war, sah sehr gut, daß Herr Wenzel hinter seiner Hand wie ein Clown über das ganze Gesicht lachte.

Da Frötel sich im ganzen Orte kolossal verhaßt gemacht hat, löste dieses Resultat große Empörung aus. Jeder wollte ihn als Amtsperson nie wieder sehen. Ein Beschwerdeschreiben an den Landrat wurde abgegeben beantwortet. Auf Grund all dieser Maßnahmen wurde in der Versammlung eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Es sei hier noch erwähnt, daß in der Versammlung unsere Parteiaufnahmen um 15 Mitglieder erhöht werden konnten. Das bedeutet

eine Mitgliederzunahme von 30 Prozent.

Eine Tellersammlung ergab den Betrag von 19,06 Mark, wo als einziger unter 350 Personen der Fahrradhändler K. Hopperdietzel keinen Fünfer übrig hatte.

Den Höhnstedter Arbeitern sagen wir: „Weiter in diesem Sinne. Kommt zu uns und stärkt unsere Kampffront. Abonnieret den „Klassenkampf", in dem wir Euch laufend über die örtlichen Verhältnisse informieren!"

Teutschenthal. JSB. gegründet auf der LPL-Feier. Am 25. Januar hielt die KPD. im vollbesetzten „Mürdenhof" ihre diesjährige LPL-Feier ab. Nachdem der Genosse Müller die Anwesenden begrüßt hatte, wurden die neugewonnenen Mitglieder eingeführt. Der Genosse Otto König, Unterröblingen, würdigte das Leben und Wirken unserer großen Führer. Danach sprach der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Betriebsrats der Leuna-Werke, Heinrich Schmitt, Halle. Er schilderte die wirtschaftlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung unserer großen ermordeten und verstorbenen Vorkämpfer. Die Schalmeienkapelle bot revolutionäre Lieder, während die Proletarische Tribüne, Halle, die Uraufführung „Kampf den Kulacken" gab. Eine wohlgelungene Feier. Nur die Proletarische Tribüne muß etwas mehr den Tagesaufgaben entsprechend arbeiten. Für die JAH. wurden sechs Neuaufnahmen und die Vorarbeiten zur Gründung einer Jung-Spartakus-Gruppe gemacht. — Am Sonntag, dem 26. Januar, wurde in Teutschenthal eine Jung-Spartakus-Gruppe gegründet. Auf den ersten Ansturm 20 Mitglieder. Jung-Proletarier, vorwärts in dem Sinne.

Kein

Betrieb darf vorhanden sein, der nicht auf dem Landeskongreß vertreten ist. Jeder

Betrieb

der noch nicht zum Kongreß Stellung genommen hat, muß dies sofort tun; denn

ohne

revolutionären Kampf kein Sieg der Arbeiter! Darum wählt

Delegierte

zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Halle am 1. und 2. Februar.

Fünf Mark Miete für ein drei Monate alt

Eine menschenfreundliche Seele ist der Hauswirt Fr. Greppin. Sein Mieter Oswald Reinziger nahm vor kurzem sein Kind seines Bruders in seinen Haushalt auf. Die Frau des Bruders starb bei der Geburt eines Zwillingspaares. Die Wohnverhältnisse waren dort überaus traurig, er wohnte mit seinem Kind bei den Schwiegereltern, deren starke Familie selbst sehr dringend benötigte. Als nun der Bruder Wohnungsamte zwei Räume zugewiesen erhielt, war ihm sofort reits gestorben. Anständigerweise brachte R. die Kinder in seine unter, konnte aber den Unterhalt auf die Dauer nicht Die Brüder nahmen ihm je ein Kind ab, das älteste bei Schwiegereltern. Der Hauswirt P. stellte nun dem Mieter einen eingeschriebenen Brief zu, dessen Inhalt von Engstirnigkeit eines Hauspaschas zeigt. Er beruft sich auf des Mieterschutzgesetzes (Ueberlassung des Mietraumes Personen) und droht mit Räumung der Wohnung.

Hier ist ein drei Monate altes Kind die dritte Person, lachen doch die Hühner. Petzold war bis in die allerjüngste Mitglied der Wohnungskommission. Außerdem sind überschlaue Herr vom Mieter von der Zeit der Geburt des Kindes außer der gesetzlichen Miete eine Entschädigung von (!) monatlich. Wie denn, Herr Petzold, wenn man in ihrer Mieter sich erdreistet, selbst ein Kind zu gebären, Entschädigung verlangen sie dann? Auf Ihre weiteren Maßnahmen kann man wirklich gespannt sein. Die Arbeiterschaft solcher Leute gern erinnern.

Greppin. In einer gut besuchten Mitgliedersammlung der Ortsgruppe Greppin sprach der Genosse über die politische Lage und die kommenden Aufgaben der Vor allem muß zu der Kommunalwahltätigkeit Stellung den, daß man die Kampagne gegen den Young-Plan nachlässigt hat. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum wählen gab der Pol.-Leiter den Jahresbericht; auch hier daß eine Aufwärtsentwicklung in der Partei vorhanden neue Leitung, die aus jungen Kräften besteht, wurde gewählt. Alle Kräfte angespannt, dann geht es vorwärts

Wittenberg. Motorradunfall. Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich am Sonnabend gegen 14 Uhr auf Berliner und Bugenhagenstraße. Der Fahrer Körnicke aus markt kam in schnellem Tempo um die Kurve an der Bugenhagenstraße gefahren und sauste mit seinem Rade, nachdem Bürgersteig gefahren war, gegen eine dort befindliche Bewußtlos fiel Körnicke vom Rade. Mit dem Kraftwagen brachte man denselben nach dem hiesigen Krankenhaus, einen leichten Schädelbruch feststellte.

— Fahrraddiebstahl. Am 22. Januar wurde dem Arbeiter vor dem Grundstück Collegienstraße 62 ein Herrenrad gestohlen. Der Dieb ist unerkannt entkommen.

Radefeld-Freireda. Eine Bescherung der Jugendabteilung der hiesigen „Freien Turnerschaft" fand gestern abend statt. In gut proletarischer Form wurde sie durchgeführt. Genosse Schring als technischer Leiter hielt eine Ansprache an die Kinder und Eltern und zeigte an Hand von Zahlen, wieviel Kinder im letzten Jahre durchschnittlich an den Turnstunden teilnahmen, daß ferner notwendig wäre, den Körper durch Körperübungen zu fühlen, um im erwachsenen Alter den gestärkten Körper zur Verfügung zu haben — denn das Leben des Proletariers heißt nur Kampf — die Bourgeoisie nutzbar zu machen. Hierauf sangen zirka 40 Turnerkinder ein sogenanntes Weihnachtslied revolutionären Inhalts. Am Schlusse wurde „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" gesungen, wobei alles mitsang. Anschließend wurden Würstchen mit Semmel, Pfefferkuchen und Aepfel verteilt. Ein gut proletarische Weihnachtsfeier.

Bauch. Lebhafte Gemeindevertretersitzung. Instandsetzung des Sportplatzes war wieder einmal aktuell. Die Gemeindekasse arge Löcher hat, will man es mit Notstandsarbeiten produktiven Erwerbslosenfürsorge versuchen und den Etat durch Notstandsarbeiten in Schuß bringen. Dieses Mal wurde bei der Arbeitsverteilung objektiver verfahren werden. Erwerbslosen müssen also die Augen offen halten.

Friedersdorf. Die letzte Gemeinderatssitzung beschäftigte wiederum mit einer Tagesordnung, welche Gesuche von Erwerbslosen zu erledigen hatte. Besonders hervorzuheben Welche („bürgerl.") die Kühnheit besaß, einem ausgesteuerten Erwerbslosen, wo, nebenbei bemerkt, die ganze Familie erwerbslos ist, und der Vater Invalide, pro Tag eine Mark zu bewilligen und der anderen Seite aber hatte Weschke der traurigen Mißwirtschaft zu bewilligen, um das Eisengitter am Kriegerdenkmal herstellen zu lassen. Es sei an dieser Stelle gesagt, daß diejenigen, die bei der Errichtung des Denkmals Interesse zeigten, doch auch so viel Interesse aufbringen mögen. Solche Steinhaufen Herrschaften mehr wert, als die Not der Erwerbslosen. 16. Februar findet die Neuwahl der Gemeindevertretung statt.

Die Arbeiterschaft wählt die Liste der Kommunisten Glockner, Keller.

Delitzsch-Torgau

„Wir gehen nicht bei die Roten"

Arbeiter von Wenzendorf und Umgegend, setzt Euch gegen die Geschäftsleute an

Vor kurzem hielt der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe Coßdorf, Lehndorf und Wenzendorf einen Theaterabend ab und hatte öffentlich bekannt gemacht. Unter dem Publikum befanden sich gerade zwei Geschäftsleute hier, obwohl es deren viele gibt wo die Arbeiter ihre Waren schaffen. Unter denen, welche nicht erschienen waren, befand sich auch Franz Thiele, welchen die Arbeiter erst kürzlich einen Kauf auf die Beine geholfen haben und er seine Existenz der Arbeiterschaft von Coßdorf und Umgegend zu verdanken hat. Bei Arbeitervereinen oder Arbeiterveranstaltungen ist Thiele seiner Gattin nicht zu sehen. Sind aber von Bürgerlichen Vergnügungen oder Militärkonzert, da fehlt Franz Thiele mit Gattin. Auch hat er mit geholfen, den Arbeiter-Turnverein einen Deutschen umzuwandeln und ist heute noch Mitglied. Auch einen erwähnten Theaterabend sei noch erwähnt, daß Franz Thiele gesuhert haben soll: „Sie gehen wohl mal zu den Roten?" und auf die Antwort bekam: „Natürlich, mit ist es gleich, worauf sie die Antwort bekam: „Na, wir gehen nicht bei die Roten!" usw. Arbeiter, merkt Euch das, zeigt diesen die Tür.

Kobershain (Kr. Torgau). LPL-Feier und Film. Freitag, dem 31. Januar, läuft der Film „Sturm über Asien". Die Arbeiterschaft muß erscheinen. Keiner geht zu den Kino, welche am 30. Januar ihre Wilhelms-Feier veranstalten. Geschlossen an den Film LPL-Feier. Arbeiter, sorgt für Besuch.

Märzdorf-Seifertsmühl. Vorsicht! In der letzten Zeit suchte ein Unbekannter, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Gelder in Höhe von 10 Mark an zu erschwinden. In jedem Falle ließ er als Sicherheit ein Herrenfahrrad zurück, welches sich festgestellt, auch erst gestohlen waren. Da zu den Kreisen der betrogenen lediglich Proleten gehören, wäre es angebracht, solche Elementen das Handwerk zu legen.

Filmtournee der JAH.

Hohenleipisch. Mittwoch, den 29. Januar, 20 Uhr, „Lichtspiele": „Namenlose Helden", verbunden mit LPL-Feier.

Mühlberg. Donnerstag, den 30. Januar, 20 Uhr, „Lichtspiele": „Namenlose Helden", verbunden mit LPL-Feier.

Bergmannssiedlungsgesetz im Wohnungsausschuß

Alle kommunistischen Anträge für die Bergmannssiedler mit Hilfe der SPD. abgelehnt

In der Mittwochsitzung des Wohnungsausschusses des Reichstages wurde das Bergmannssiedlungsgesetz in der ersten Beratung erledigt.

Nach diesem Gesetz soll der traurige Zustand, wonach die Treuhandgesellschaften mit den Bergarbeitern machen können, was sie wollen, beibehalten bleiben.

Es soll nur eine „Kontrollstelle" über die Treuhandgesellschaften errichtet werden. Die kommunistische Fraktion hatte einen umfassenden Abänderungsantrag zu dem Regierungsentwurf vorgelegt, der in seinem prinzipiellen Teil die Ueberführung des Bergmannssiedlungsvermögens in den Besitz der Kommunen forderte. Parallel damit lief die weitere Forderung, die Treuhandgesellschaften, die sich in der Vergangenheit als Einrichtungen zur schiefsächlichsten Behandlung der Bergarbeitersiedler gezeigt hatten, zu liquidieren.

Gegen diesen Antrag liefen alle Parteien, einschließlich der SPD., Sturm. Der Abg. Janschek (SPD.) erklärte sich als ausgesprochener Freund der Treuhandstellen, obwohl er selbst die von den kommunistischen Abgeordneten vorgetragenen Mißstände bei der Verwaltung durch die Treuhandstellen zugeben mußte. So hat die Treuhandstelle Essen

bei etwa 1300 Wohnungen zwei Direktoren, von denen einer 3100 und der andere 2400 Mark monatliches Gehalt bezieht. Nur um dieses Gehalt aufzubringen, müssen die Bergarbeitersiedler rund 5 Mark pro Monat und Wohnung aufbringen.

Den Bergarbeitersiedlern wird es verständlich sein, welche Gründe die Sozialdemokratie nach Kenntnisnahme dieses Falles leiten, unbedingt an den Treuhandstellen festzuhalten. Alle Einwendungen der kommunistischen Redner, die völlig der Stimmung der Bergarbeitersiedler entsprechen, waren erfolglos, und so wurde der Antrag der Kommunisten, Ueberführung des Vermögens in den Besitz der Kommunen und Auflösung der Treuhandgesellschaften abgelehnt.

Zu § 3 des vorliegenden Gesetzes lag von der kommunistischen Fraktion ein Antrag vor, der forderte, das Bergmannssiedlungsvermögen nur zur Schaffung von Wohnungen, in denen vorwiegend Bergarbeiter unterzubringen sind, verwandt werden kann. Als wohnberechtigt kann auch gelten, wer wegen Invalidität aus der Beschäftigung im Kohlenbergbau ausscheidet, sowie die Witwen und Waisen der bisherigen Wohnungsinhaber. Wer aus Rationalisierungsgründen aus dem Bergbau ausscheidet, darf nicht zur Räumung der Wohnung gezwungen werden, auch wenn er in einer anderen Berufsgruppe Arbeit findet. Sollten durch diese Gründe und durch Abzug von Bergarbeitern Siedlungswohnungen frei werden, können die Wohnungen auch an andere Arbeiterkategorien vermietet werden.

Die Kommunisten forderten in einem weiteren Paragraphen, daß die Mieten nicht höher sein dürfen, als zur wohnungsmäßigen Instandhaltung und Verwaltung der Häuser notwendig ist. Die Verwaltung ist eine ehrenamtliche und erfolgt durch die von den Mietern zu wählenden Ausschüsse. Insgesamt dürfen die Mieten aber 15 Prozent des Einkommens des Wohnungsinhabers nicht übersteigen.

Auch gegen diese Anträge fand sich eine einheitliche Front von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Die Beratung hat gezeigt, daß die berechtigten Wünsche der Bergarbeitersiedler in der Gesetzesvorlage keinerlei Berücksichtigung fanden. Schuld daran war in erster Linie das Verhalten der Sozialdemokraten, die in dem bisherigen Zustand der Treuhandstellenwirtschaft einen Idealzustand für schwer bezahlte Direktoren erblicken.

Die Kommunisten werden bei der zweiten Beratung entsprechend der jetzt geänderten Situation neue Anträge vorlegen.

Zu gleicher Zeit ergeht aber der Ruf an die Bergarbeiter, die kurze Spanne Zeit bis dahin auszunutzen, in Versammlungen der Bergmannssiedler ihre Forderungen in Protesten und Resolutionen zum Ausdruck zu bringen!

Bitterfeld-Wittenberg

Eindrucksvolle LPL-Feier der KPD. in Wittenberg

Das russische Balalaika-Orchester spielt vor 600 Besuchern — Die Versammelten sagen Severing und Grzesinski den Kampf an

Die am 17. Januar in Muths Festsälen durch die KPD. veranstaltete LPL.-Feier gestaltete sich zu einer Massenkundgebung. 600 Arbeiter und Arbeiterinnen füllten den mit rotem Tuch und leuchtendem Sowjetstern dekorierten Saal. Spannend lauschten die Versammelten dem Balalaika-Orchester und ein jeder hat die Kunst der russischen Genossen zu würdigen gewußt. Großen Beifall haben die russischen Brüder geerntet. Im Mittelpunkt stand die Ansprache des Genossen Nybarczyk. Nach der Ehrung der gemeuchelten Revolutionäre Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und der Tausende namenloser Helden verstand es Genosse Nybarczyk, in markanten Worten den Leidensweg des deutschen Proletariats aufzuzeigen. Aufmerksam folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten. Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Rufe: **Nur es ernst meint mit der Ehrung unserer toten Führer und Genossen, der reihe sich ein in die Kommunistische Partei.** Am Schluß der Veranstaltung wurde nachfolgende Entschließung einstimmig, gegen drei anwesende SAJ.-Genossen, angenommen:

Die am 17. Januar in Muths Festsälen versammelten Arbeiter und Angestellten protestieren auf das schärfste gegen die Freiheitsberaubung durch den Ausnahmezustand der Innenminister Severing und Grzesinski gegenüber der hungernden Arbeiterklasse. Die Versammelten geloben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich das Recht, auf der Straße zu demonstrieren, zu erzwingen. Das Proletariat kann durch solche Maßnahmen in seiner Kampffront nicht geschwächt werden. **Erst recht auf die Straße. Kampf gegen den Terror der Staatsgewalt gegenüber dem Proletariat.**

Für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!
Für höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit!
Kampf allen Unterdrückern und ihren Henkersknechten!
Für die Sowjetunion!
Für die Diktatur des Proletariats!

Zum Schluß verabschiedeten sich die Versammelten von ihren russischen Genossen mit einem kräftigen dreifachen „Rot-Front"!

Erwerbslose haben SPD. und Bürgerliche gegen sich

Etwas über die letzte Gemeindevertretersitzung in Zschornewitz

Auffallend war die Geschlossenheit der Gemeindevertreter in zwei Punkten des Dringlichkeitsantrages der Erwerbslosen. Ueber das Ersuchen um eine einmalige Winterbeihilfe in Höhe von 20 Mark wurde gar nicht abgestimmt, nicht einmal diskutiert.

Ferner wurde der Antrag auf einen monatlichen Mietszuschuß in Höhe von 10 Mark, zu dem die Arbeitslosen sich bereit erklärten, ihn abzuverdienen, wohl besprochen, jedoch nicht zur Abstimmung gebracht. Sollten tatsächlich alle Gemeindevertreter die beiden Punkte verschwitzt haben? Es sind einige Neulinge im Gemeindeparlament, bei denen mag so etwas angehen. Wir haben sogar einen Arbeitslosen im Parlament — Herr Scheibenpflug (SPD.) —, dem mußte es als barer Interessierter bestimmt auffallen. Zschornewitzer, wofür habt Ihr Eure Vertreter gewählt, wenn sie Eure Anträge noch nicht einmal beraten. Arbeiter, besucht die Gemeindevertretersitzungen, zwingt Eure gewählten Vertreter, Eure Interessen zu vertreten.

Herr Gemeindevorsteher Baudi äußerte sich: „Es sei ihm zu Ohren gekommen, der Erwerbslosenausschuß habe sich selbst gewählt." Mag er in unsere nächste Versammlung kommen und unsere Kollegen fragen. Selbstverständlich sind unsere Anschauungen andere, als die des Herrn Baudi. Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse, das veratzt so mancher, wenn seine soziale Frage gelöst ist. Auf das Eingesandt vom Montag, den 15. Jan., gab er zur Antwort: „Die beiden Mitglieder des Erwerbslosenausschusses, die sich an der Sammlung für die Erwerbslosen beteiligten, haben dieses getan, ehe sie Mitglieder des Erwerbslosenausschusses waren. Es hat zur Zeit der Sammlung noch kein Erwerbslosenausschuß bestanden. Sie sind in den Ausschuß gewählt worden, da uns Arbeitslosen der Fall nicht bekannt war. Als uns der Fall bekannt wurde, sind beide ausgeschlossen worden. Die beiden in Frage kommenden ehemaligen Ausschußmitglieder sind parteilos. Die Kommunistenhetze wird auch hier in geschlossener Front von rechts bis zu den Sozialfaschisten betrieben. Die Arbeiterschaft hat aber längst erkannt, daß nur die KPD. die Interessen der Werktätigen vertritt und steht fest hinter ihr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0006

Zweierlei Maß

Ein ehemaliger Roter Frontkämpfer schreibt uns:

Im Mai vorigen Jahres wurde zum Schutze der Deutschen Republik eine Organisation der Arbeiterschaft verboten, und zwar der Rote Frontkämpfer-Bund. Auch hier in Solingen wurde bei den Mitgliedern dieses Bundes rigoros Haussuchung gehalten. Alles, was den Stempel dieser Organisation trug, wurde beschlagnahmt, „zum Schutze der Republik". Auch eine Zeitung hatte der Bund, die „Rote Front", mit der geballten Faust als Zeichen, herausgeben, die man aber nicht verbieten kann: denn es ist die Faust der Abrechnung, die allen Ausbeutern und Verbietern dereinst vor die Nase gehalten wird. Wo man nur ein Exemplar der „Roten Front" witterte, wurde hingerannt und es beschlagnahmt. Die Tollte kommt aber noch. Im vorigen Jahre wurde bekanntlich auch der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" (?), für Rheinland und Westfalen verboten. Wer aber glaubt, daß auch die Auflösung dieses Bundes, „Der Stahlhelm", verboten würde, der hat sich gewaltig. Alle ehemaligen Frontkämpfer können sich an dem Zeitungskiosk davon überzeugen, daß das nicht der Fall ist. Es wird das Organ des verbotenen Stahlhelms noch immer verboten.

Arbeiter, denkt daran! Wir werden dereinst am Tage der Abrechnung mit allen Feinden der Arbeiterklasse nicht mit zweierlei Maß messen, sondern nur mit einem.

Verzweiflungstat eines entlassenen Dienstmädchens

Einen zweijährigen Knaben mit Lysol vergiftet

Montagabend hat die 20 Jahre alte Martha Nelkel aus Arnstadt, die seit etwa 14 Tagen bei einem Erfurter Kaufmannsehepaar in Stellung stand, in Abwesenheit der Eltern den zweijährigen Knaben ihrer Herrschaft mit Lysol vergiftet. Das Mädchen, dem das Ehepaar kein gutes Zeugnis ausstellt, sollte entlassen werden. Da es in Erfurt bleiben wollte, wo sein Bräutigam weilt, scheint es die Tat aus Verärgerung begangen zu haben. Die Täterin hatte zwar angegeben, daß das Kind sich selbst vergiftet habe.

Gera (Reuß) (Mulde). Explosion in der Hotelküche. In der Küche eines hiesigen Hotels explodierte ein an den großen Gasofen angeschlossener Gasofen, weil sich das Gaszuführungsrohr verstopft hatte. Mehrere Fensterscheiben gingen in Trümmer. Ein junges Mädchen trug Brandwunden im Gesicht davon.

Großes Schadenfeuer — Drei Familien obdachlos

Auf dem Grundstück der Spielwarenfirma Otto Zetzmann in Neudorf brach ein größeres Schadenfeuer aus, das bald die Gebäude in Schutt und Asche legte. Es wurden das Wohnhaus, die Werkstatt, der Stall und eine Scheune vernichtet. Drei Familien sind durch den Brand obdachlos geworden und haben ihr ganzes Hab und Gut verloren. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht bekannt.

Die Kindesentführung in Zerbst

Zu der Kindesentführung wird noch bekannt:

Sonntag vormittag erhielt der Zimmermeister Raschke die Mitteilung, daß sich sein Kind in Hagenow i. Mecklbg. befinde. Der Vater ist daraufhin noch nach Hagenow und holte sich sein Kind, das bei einer Familie gut untergebracht worden war, ab. Auffallend wurde der Aufenthaltsort des Kindes dadurch, daß sich der Kutscher des Mietwagens, in dem das Kind entführt wurde, nach dem Aufruf der Behörden hin bei der Polizei meldete. Die Täter selbst sind noch unbekannt. Zimmermeister Raschke, ein vermögender Mann, hatte vor etlicher Zeit einen Erbschaftsprozeß gewonnen. Es wird vermutet, daß die Gegenpartei aus politischen Gründen das Kind entführt hatte.

Zeitz (Kr. Schweinitz). Selbstmord durch Erhängen. Hier hat der 27jährige Maurer Richard Horst. Ueber die Gründe der Tat ist nichts bekannt. — Aus Uebermut wird sich wohl keiner erhängen.

Appell des RFMB. an seine Bundesmitglieder:

Der RFMB. ist die Wehrorganisation proletarischer Frauen

Bundesmitglieder!

Wir rufen Euch vor die Front! Die täglichen Massenentlassungen erfordern eine gesteigerte Abwehr der Arbeiterklasse. Viele Betriebe werden stillgelegt. Ueber drei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen liegen bereits auf der Straße. Hunderttausende von Erwerbslosen erhalten keine Unterstützung. Ihre Familien hungern und leiden bitterste Not. Das revolutionäre Proletariat muß ihnen den Weg des Kampfes zeigen.

Der RFMB. muß den Arbeiterinnen und proletarischen Frauen erklären, wie sie gegen ihre Ausbeuter und deren Regierung, gegen die Faschisten und Sozialverräter kämpfen müssen.

Die bürgerlichen Frauenvereine versuchen den Frauen klar zu machen, daß die Steuern und Zölle, daß der jetzt beschlossene Young-Plan schwere Lasten für das deutsche Volk mit sich bringen und auf die Schultern aller verteilt werden müssen. Sie erziehen die Frauen zur Wehrhaftigkeit für die Verteidigung des „Vaterlandes" und unterstützen die Kriegsrüstungen der deutschen Regierung.

Der RFMB. muß die Frauen belehren, daß nur die arbeitende Bevölkerung allein die Lasten der erhöhten Steuern und Zölle, der Preissteigerungen und Kriegsrüstungen tragen muß.

Die deutsche Regierung, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen, hat infolge des Young-Planes bereits die **Erhöhung der Mieten, die Steigerung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise** beschlossen.

Neue Gesetze zur Knebelung und weiteren Unterdrückung wird der Reichstag beschließen.

Ueberall, wo die Arbeiterschaft gegen diese Verschlechterungen und den drohenden Weltkrieg, der sich gegen unser wahres Vaterland, die Sowjetunion, richtet, kämpft, wird sie von der Polizei überfallen, niedergetrampelt, Arbeiter und Frauen werden in die Gefängnisse geschleift, in Demonstrationen wird hineingeschossen.

In vielen Städten ist wiederum Arbeiterblut geflossen. Tote und Schwerverletzte in Hartmannsdorf und Worms. Schwere Zusammenstöße in vielen Städten Deutschlands. Ueber Preußen ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Unsere Führerin, die Kommunistische Partei, wird verfolgt, ihre Presse beschlagnahmt.

Nicht nur in Deutschland, in allen Ländern wächst die Unterdrückung des Proletariats. **Es wächst auch der Kampfwille und die Kraft der Arbeiterklasse.**

Bundesmitglieder! Während der revolutionäre Teil der deutschen Arbeiterschaft sich zur Wehr setzt, stehen Millionen abseits, unter ihnen ein großer Teil Arbeiterinnen, proletarische Frauen und Jugendliche. Sie gilt es aufzurütteln, denn alle Lasten, die auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, bleiben schließlich auf den Schultern der Frau liegen. Sie trägt doppelt und dreifach die Lasten des Lebens in ihrer Sorge um die Familie und den proletarischen Haushalt.

Bundesgenossinnen! Zu all diesen Frauen müssen wir gehen. Wir müssen sie gewinnen für den revolutionären Klassenkampf. Wir müssen sie einreihen in die rote Front!

Darum entfaltet der RFMB. im Monat Februar eine große

Werbetätigkeit

unter folgenden Losungen:

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Schützt und verteidigt die Sowjetunion!

Kampf gegen den Hunger- und Unterdrückungsfeldzug des Unternehmers und seiner Hungerregierung!

Die Frauen in vorderster Reihe in allen Kämpfen und Demonstrationen — macht Euch wehrhaft!

Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März, dem Kampftag für die Befreiung und Gleichberechtigung der Frauen!

Heraus aus den bürgerlichen Frauenorganisationen, den Schützern und Helfershelfern der Ausbeuter!

Kampf dem Faschismus im Betrieb und auf der Straße!

Hinein in den RFMB., der einzigen proletarischen Frauenorganisation Deutschlands!

Jedes Bundesmitglied an die Arbeit! Wir wollen uns zum Ziel setzen die Gewinnung von

5000 Frauen und Mädchen als neue Kämpferinnen für den RFMB.,

das ist die Parole der nächsten Wochen.

Bundesgenossinnen! Ihr habt gelernt, daß nur der organisierte Kampf des Proletariats die Macht des Kapitalismus überwinden kann. Ihr wißt, daß das siegreiche russische Proletariat die Freiheit und Gleichberechtigung der Frauen herstellte. Je mehr Frauen sich einreihen in die rote Klassenfront, desto leichter wird der unausbleibliche Endkampf sein. Darum zögert keine Minute. Heran die Arbeit!

Jedes Bundesmitglied erfüllt seine revolutionäre Pflicht!

Jedes Bundesmitglied ein Agitator!

Jedes Bundesmitglied ein unermüdlicher Werber für die Organisation!

Jedes Bundesmitglied ein vorbildlicher Klassenkämpfer!

Es lebe der Zusammenschluß der werktätigen Frauen aller Länder!

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf des Weltproletariats!

Bundesleitung des RFMB.

Die Partei Lenins wächst

Der alltägliche Zustrom

Annaburg	42	neue Parteimitglieder
Gr.-Werther	5	„
Eckartsberga	4	„
Torgau	3	„
Dieskau	5	„

Düsseldorfer Mörder in Magdeburg „beinahe" gefaßt

Falsche Gerüchte über den Düsseldorfer Mörder

Hier waren Gerüchte verbreitet, daß hier der Düsseldorfer Mörder verhaftet worden sei. Diese Gerüchte sind falsch und ganz unbegründet. Irgendwelche Anhaltspunkte, daß der Düsseldorfer Mörder sich in Magdeburg aufhalten könnte, sind nicht vorhanden.

Rationalisierungsopfer

100 Bergleute entlassen

Vom Kaliwerk „Bismarckshall", das zum Wintershallkonzern gehört, werden 100 Arbeiter entlassen. Die Entlassung wird auf den völlig unzureichenden Absatz zurückgeführt.

Gasvergiftung infolge Rohrbruchs

Im Stadtteil Großschocher bei Leipzig wurde am Freitag nachts vor dem Grundstück Buttergasse 5 ein starker Gasgeruch wahrgenommen. Man drang in die Wohnung des Anspänners Walter H. ein und fand Frau H. und ihre beiden 6 und 10 Jahre alten Kinder vergiftet vor. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche mittels Sauerstoffapparat hatten Erfolg. Die Bewußtlosen konnten gerettet werden.

Das Gas war aus einem undicht gewordenen Rohr von der Straße aus in die zu ebener Erde gelegene Wohnung eingedrungen. Als der Schaden durch Aufreißen der Bruchstelle gehoben werden sollte, kam es zu einer Gasexplosion durch Funkenflug. Weitere Personen wurden glücklicherweise nicht gefährdet.

Durch Leichtsinn in den Tod

Infolge unverantwortlichen Leichtsinns mußte der 13jährige Schüler Hans Pönack sein Leben lassen. Er fuhr mit dem Rad freihändig und eine Mundharmonika spielend die Straße entlang, als ihm in Langenschade ein Auto aus Rudolstadt entgegenkam. Er prallte gegen das Auto, dessen Führer zwar bremste, aber nicht verhindern konnte, daß der Junge überfahren wurde und einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er im Landeskrankenhaus gestorben ist.

Magdeburg. Schwere Schlägerei. Während einer Schlägerei in der Lüneburger Straße wurde der Tankwart Herdt von dem Chauffeur Pfeiffer mit einem schweren Werkzeug so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustand im Krankenhaus darniederliegt. Die Ursache des Streites ist noch unbekannt.

Reformistische Spalterarbeit im 7. Bezirk

Kommunistenhetze im Arbeitersport

Es bleibt die vielgepriesene politische Neutralität im ATuSB.? — Elende Demagogie der SPD.

Die reformistischen Spalter im Arbeitersport betonen andauernd ihre Absicht, parteipolitisch neutral zu sein. Das ist aber nur Heuchelei, um die parteilosen Mitglieder zu täuschen. Fest steht, daß in allen Arbeiter-Turn- und Sportvereinen der Bundesleitung mit sozialdemokratischen Funktionären in Verbindung steht. Von ihnen laufen die Fäden, wo die Maßnahmen beschlossen werden, jegliche oppositionelle Regung mit organisatorischen Mitteln zu erledigen. Hundertfältige Beispiele könnten angeführt werden.

Die Mansfeldischen faßt die Opposition immer mehr Boden.

Der größte Arbeiter-Turnverein im 7. Bezirk, Ludwig Jahn Eisleben, wurde vom Bundesvorstand ausgeschlossen. Das „Material" zu Ausschluß lieferten einige verbissene Sozialschaftsten. Als sich die Spaltung des Vereins nicht gelang, gründeten sie einen neuen Verein. Ihm traten restlos nur sozialdemokratische Mitglieder bei. Gellert zögerte nicht eine Minute, diesen Parteiverein im ATuSB. aufzunehmen. In vielen Orten werden Arbeitersportabteilungen als eigene Sparten aufgenommen. Gegen haben die Turnerfaultionäre, die politisch der SPD. angehören, nichts einzuwenden. Im Gegenteil, sie forcieren den Einzug der Reichsbannerleute, um sie als Stoßtrupp gegen die Opposition zu verwenden.

Bei den Tagungen dagegen reiten die reformistischen Spalter Attacken gegen die Opposition, da sich dieselbe zur Kommunistischen Partei bekennt. Wer in den Geruch kommt, kommunistischer Ideenanhänger zu sein, wird im Bunde „geächtet". Das beweist folgender Satz aus einer Resolution, die auf dem Handball-Bezirkstag des 7. Bezirks in Klostermansfeld angenommen wurde:

„Wer für die politischen Umtriebe der Kommunistischen Partei eintritt und deren Bestreben fördert, ist ein Feind der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung."

Eine schlimmere Verhetzung der Arbeitersportler im Interesse der arbeiterverräterischen Politik der SPD. ist kaum denkbar. Die proletarischen Massenorganisationen werden vor den Parteikarren der SPD. gespannt. Jede Opposition dagegen wird mit Ausschlüssen geahndet. Das darf aber die Mitglieder nicht beirren, ihre Protestbewegung schließlich einzustellen. Jetzt heißt es, erst recht vorstoßen gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen, die Verbürgerlichung des Arbeitersportes herbeizuführen. Speziell in Helbra gibt es eine Anzahl Sportler, die mit dem Bürgertum verwachsen sind. Politisch gehören sie zur SPD.

Mansfelder Arbeitersportler, revidiert in Euren Versammlungen den Beschluß der Funktionäre. Reiht Euch ein in die Front des Klassenkampfes. Nun erst recht Opposition gegen die Versuche der SPD.-Sport-Funktionäre, die Mitglieder politisch zu korrumpieren.

Wählt Delegierte zur Landeskonferenz, die am 7. und 8. Februar im „Volkspark" in Halle tagt.

Bergarbeiterfrauen! Heraus zum Kampf! Euren Forderungen und Interessen wird die Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition größte Aufmerksamkeit schenken. Auch die Front der kämpfenden Frauen muß formiert werden

Delegiert Arbeiterinnen und Jungarbeiterinnen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0007

Stadt Halle

29. Januar 1930

Wer nie bei Vater Philipp saß . . .

der kann sich keinen Begriff von dem unmenschlichen Strafvollzug in den Gefängnissen der deutschen Republik machen. Die Arbeiter bekommen diesen Strafvollzug häufig zu spüren und können ein Liedchen davon singen. Heutzutage braucht man ja nur zu versuchen, sich eines Gummiknüppelhiebes zu erwehren und man wird „wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt" hinter Schloß und Riegel gebracht. Dort erwarten einem bekanntlich fortgesetzte Schurigeleien und vor allen Dingen ein meistens ungenießbarer Fraß. Die völlig ungenügende Verpflegung in den deutschen Strafanstalten hat uns bekanntlich schon wiederholt Anlaß zum Protest gegeben. Wenn das preußische Justizministerium jetzt verfügt hat, daß in den preußischen Strafanstalten „eine größere Mannigfaltigkeit in der Speisenfolge" ermöglicht werden soll, so ist das nichts weiter als das Eingeständnis der gegenwärtig vollkommen ungenügenden Ernährung der Strafgefangenen.

Das hält aber die „Saale-Tante" nicht davon ab, die Verfügung des preußischen Justizministeriums mit folgender Verhöhnung der Strafgefangenen zu kommentieren:

„Noch einige Verfügungen mehr für die Gefangenenanstalten, und wir haben auch in unserer Gefangenenanstalt „Am Kirchtor" eine bessere Pensionsanstalt."

Der hohnvolle Schmierlatz von der „Saale-Zeitung", mag sich ja einmal dorthin pensionieren lassen!

Die „Handelsfirma" an „ihre" Arbeiter

Fischer, Schöbel u. Ko. „unterrichten" mit einem Male „ihre" Belegschaft

Unsere Mitteilungen am Donnerstag voriger Woche über die Entwicklung der innerorganisatorischen Auseinandersetzungen im Allgemeinen Konsumverein in Halle sind den Herren Fischer und Schöbel scheinbar stark auf die Nerven gefallen. Wir stellten in unserem Bericht fest, daß diese beiden alleinigen Vorstandsmitglieder der Genossenschaft Hand in Hand mit den Bürokraten der Hamburger zentralen Genossenschafts-Instanzen rücksichtslos und ohne jedes Bedenken gegen die Rechte der Mitgliedermassen vorgehen, auf die Beschlüsse der Mitglieder und der Vierfünftel-Mehrheit der gewählten Vertreter pfeifen. Sie bilden sich ein und sie handeln,

als wäre die Genossenschaft nur der Zweimänner-Vorstand

und als wären die Einrichtungen, das Eigentum und die Beschäftigten sowie die Massen der Mitglieder der Genossenschaft nur für sie da.

Indem sie sich mit ihrem halben Dutzend Postenjägern seit Monaten in offenkundigen Gegensatz zu den Mitgliedermassen der Genossenschaft stellten, haben sie den Boden, auf welchem allein im hallischen Konsumverein die Leitung existieren und arbeiten kann,

den Boden der proletarischen Massenbewegung verlassen.

Sie haben ein um so festeres Bündnis geschlossen mit den Bürokraten in Hamburg und im Magdeburger Unterverbandsvorstand, wie sie auch mit der sozialdemokratischen Fraktion der Genossenschaft von Halle aufs engste verbunden sind bei der Durchführung der Klage vor dem bürgerlichen Richter zur Auflösung der neugewählten Vertreterversammlung. Am Freitag teilten die beiden nun in einem Rundschreiben der Belegschaft neben einer Unmenge von leeren Phrasen mit, sie dem Aufsichtsratsvorsitzenden Härtel einen Brief geschrieben hätten, in welchem sie ihre Opposition gegen Neuwahlen der Vertreterversammlung beschlossen hat, aufgegeben hätten. Begründet aus ihrem Brief an Genossen Härtel einen einzigen Satz heraus, um der Belegschaft weismachen, daß sie, die Engel und als solchen sie sich sie dem Willen der Vertreterversammlung zu genügen.

Wir legen jedoch Wert darauf, die Belegschaft und ihr natürlich auch die Mitgliedschaft aufzuklären

über das, was tatsächlich in dem Brief zum Ausdruck gebracht wurde. Deshalb bringen wir nachstehend den Wortlaut des Briefes:

Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden Otto Härtel.

In der gemeinschaftlichen Sitzung am 10. Januar 1930 mit Mehrheit beschlossen, die Ausschreibung von Neuwahlen der Vertreterversammlung vorzunehmen. Der Vorstand hat dieser Sitzung Bedenken geäußert, die für ihn auch heute bestehen.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß durch Neuwahlen in ein schwebendes Verfahren eingegriffen werden kann. Diese Tatsache soll von dem Vorstand mit diesem Schreiben noch einmal unterstrichen werden.

Sollte sich der Aufsichtsrat auch jetzt noch nicht von der Unmöglichkeit bzw. Unzweckmäßigkeit der Neuwahl überzeugen lassen und auf diesem Beschluß bestehen bleiben, so wird der Vorstand der Ausschreibung einer Neuwahl keine Hindernisse in den Weg legen.

Seine Ansicht über die ganze Angelegenheit würde er auch dann noch die gleiche sein.

Allgemeiner Konsumverein Halle. gez.: Fischer. P. Schöbel.

Also an „Herrn" Härtel und ohne „genossenschaftlichen Gruß!" — Das ist schon kennzeichnend für die Herren Fischer und Schöbel!

Die fettgedruckten Zeilen zeigen klar und deutlich, wie wir mit welchen juristischen Kniffen sie sich wie zwei Glücksritter die Neuwahlen wehren.

Diese Art ihres Widerstandes haben sie sich erst ausdrücklich der Hamburger Rechtsberatung der Genossenschaftsinstanzen vormachen lassen, nachdem sie, wie festgestellt, der Klage gedeiten haben.

Der Belegschaft haben sie allerdings nur den Satz zur Kenntnis gebracht, beiden von uns fettgedruckten, also von: „Sollte ... bis ... mitgeteilt. Natürlich

das Ganze nur, um eine falsche Auffassung und Unkenntnis der Belegschaft zu erzeugen.

Diese juristischen Kniffe und Täuschungsmanöver werden ebensowenig helfen, wie ihre Hamburger Geldtreuhänder.

Die Massen der Mitglieder und mit ihnen die revolutionären Organisationen des Proletariats von Halle und Umgebung lassen sich nicht von zwei Krämern an die Spitze der Bürokratie und damit an den Kapitalismus verschachern.

In der Belegschaft mögen bei einzelnen Wetterfahnen vielleicht Schwankungen vorhanden sein, ob sie sich für oder gegen die Krämerseelen einstellen sollen. Sie müssen sich bald entscheiden

für oder gegen den Massenwillen und die Massenintereßen!

Es gibt dort einzelne, die nicht sehen, daß die Bedeutung der Geschäftsführung bestimmt wird von der Bedeutung der Massenbewegung und der Massenkraft, die die Mitglieder darstellt, und daß die leitenden Personen nichts ohne die Mitgliedschaft im hallischen Bezirk!

Im Grunde genommen und im großen und ganzen gesehen es nur noch einige Formalitäten, dünne Zwirnsfäden, die Spießbürgerlichkeiten, die den beiden Krämern als Mittel dienen. Aber auch diese Zwirnsfäden zerreißen sie selber mit Tölpelhaftigkeit. Das Vertrauen der Massen zu ihnen ist gänzlich dahin und die Belegschaft läßt sich nicht durch verräterischen „Aufruf an mein Volk" vor den Karren Saboteure der Massenbewegung spannen.

Das Vertrauen der Arbeiterschaft zum hallischen Konsumverein ist aber gerade in dem Maße gestiegen, als die Opposition der Verwaltung den Kampf gegen diese Krämer aufgenommen und durchgeführt hat.

Die Vierfünftel-Mehrheit der Vertreterversammlung steht auf dem Boden der revolutionären Opposition. Sie kann nicht mit den Interessen der Massen der armen Genossen spielen.

Sie wird die Genossenschaft vom Krämergeist der Fischer, Schöbel und ihres Anhanges säubern, sie wird vorwärts beim Ausbau und bei der Stärkung des „Allgemeinen Konsumvereins" mit allen Mitteln.

Sie wird es tun mit, auch ohne und, wenn es sein muß, gegen die Hamburger Bürokratie, auf die allein sich die Fischer-Schöbel-Clique stützt.

Die Genossenschaft der Proletarier im hallischen Bezirk ist nicht vom Krämertum zu kapern oder zu erschleichen!

Die Asylarbeiter unentwegt kampfbereit

Heftige Empörung gegen die Tariferhöhungen — Skandalöse Verhältnisse in der „Fürsorge"

Zwei Delegierte zum Bezirkskongreß der Gewerkschaftsopposition gewählt

In einer gut besuchten Versammlung der Zwangsarbeiter des Obdachlosenasyles erstattete Stadtverordneter Genosse Wadbel gestern abend Bericht über die letzten Stadtverordnetensitzungen, wobei er besonders auf die den Werktätigen von Halle diktierten Tariferhöhungen zu sprechen kam.

Gerade weil die Asylarbeiter zur ärmsten Schicht gehören, haben sie sehr gut begriffen und auch in der Vergangenheit bewiesen, daß sie nur im schärfsten Kampfe gegen die schamlosen Gesellen vom Bürgerblock bis zu den sozialfaschistischen Bonzen ihre Lage verbessern können. Das kam gestern auch in der Diskussion zum Bericht des Genossen Wadbel zum Ausdruck. Hier wurde wieder einmal von den unerhörten Schikanen berichtet, die vom Fürsorgeamt gegen diese Arbeiter ausgeübt werden. Da helfen alle Beteuerungen des Stadtrates Velthusen nichts, der erst kürzlich im Stadtparlament wieder meinte: „Was wollen Sie denn, es ist ja alles in Ordnung. Es kommen ja keine Beschwerden mehr."

Nun, wir glauben das gern. Denn diese gehen bereits auf dem Wege zum Papierkorb „verschütt".

In welcher „Ordnung" sich alles befindet, beweist der hahnebüchene Fall, daß sich bereits zwei Jahre lang ein 63jähriger Arbeiter im Asyl befindet. Als er kürzlich etwas Unterwäsche beantragte, kam die famose Fürsorgeschwester, um sich nach seinen „Vermögensverhältnissen" zu erkundigen. Er wurde dann mit der nichtssagenden Antwort abgespeist: „Ich werde sehen, was sich tun läßt."

So förderte die Diskussion

eine Reihe von Mißständen

zutage, die direkt zum Himmel schreien. Die unerhört schlechten Lebensverhältnisse der Asylarbeiter werden durch die geplanten Tariferhöhungen der Werks-A.-G. ins Unermeßliche gesteigert, so daß auch unter den Asylarbeitern eine berechtigte Empörung gegen diese neuen Massenbelastungen vorhanden ist.

In der Erkenntnis, daß der Kampf um die Besserung der Lage der Zwangsarbeiter und um ihre Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß nur in direkter Verbindung mit den Betriebsarbeitern geführt werden kann, wurden sofort zwei Delegierte zum Bezirkskongreß der Gewerkschaftsopposition gewählt,

der den Kampfweg für die mitteldeutschen Arbeiter aufzeigen wird. Die „unerläßliche" Zörgiebel-Polizei konnte es nicht unterlassen, schon lange vor Beginn der Versammlung zu beschnüffeln.

In der von glänzender Kampfstimmung getragenen Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 28. Januar bei Möhel tagtagende Versammlung der Asylarbeiter nimmt mit Entrüstung vom Verlauf der Sitzungen des Stadtparlamentes Kenntnis. Die Versammlung stellt fest, daß sich die Stadtverordneten vom Bürgerblock bis zu den Sozialfaschisten als die ärgsten Feinde der Erwerbslosen erweisen. Schon die Zusammensetzung des Fürsorgeausschusses beweist, daß man in keiner Weise gewillt ist, den berechtigten Forderungen der Asylarbeiter Rechnung zu tragen. Ferner betrachten wir die von den National- und Sozialfaschisten eingereichten Anträge zur Erwerbslosenfrage als eine elende Demagogie. Nur die Fraktion der Kommunisten hat einen ernsthaften Kampf für die Interessen der Asylarbeiter geführt. Wir geloben deshalb, unter Führung der Kommunistischen Partei den schärfsten Kampf gegen jede Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse zu führen. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Erhöhung der Gas-, Wasser, Strom- und Straßenbahnpreise durch die Werks-A.-G. Wir Asylarbeiter betonen besonders, daß die an sich unerhört schlechte Lebenslage sich um weiteres verschlechtern muß. Wir geloben deshalb, den schärfsten Kampf gegen die Ausplünderung der Arbeiterklasse zu führen."

Die große Wucherer-Koalition

gibt sich selber zu erkennen

Die Tarifwucherer vom Konzern-Schulz bis zum Sozialfaschisten Schaumburg werfen sich jetzt Schimpf und Schande vor. Obwohl man ursprünglich im trauten Kreise der Aufsichtsräte der Werks-A.-G. gegenseitige Verschwiegenheit gegenüber der Oeffentlichkeit versichert hatte, ist schon nach ganz kurzer Zeit stadtbekannt geworden, daß die Vertreter des Bürgerblocks und die Sozialfaschisten am Tarifwucher gleichbeteiligt sind. Sogar die bürgerlich-faschistische Presse regt sich über die „hohen Töne", die das „Volksblatt" jetzt anschlägt, auf und stellt ausdrücklich fest, daß die dem Aufsichtsrat der Werks-A.-G. angehörigen Sozialfaschisten für die Tariferhöhungen gestimmt haben.

Damit wird die im „Klassenkampf" schon vor längerer Zeit gemachte Feststellung, daß die Front der Tarifwucherer von Konzern-Schulz bis zu Schaumburg und deren Parteifreunden reicht, nur bestätigt.

Gegen diese ganze Wuchererfront wird die hallische werktätige Bevölkerung den Kampf aufnehmen.

Betriebsbelegschaften gegen den Tarifwucher

Die Belegschaft der Firma Winzer nahm in einer Betriebsversammlung durch den Stadtverordneten Genossen Lüttich den Bericht über die Maßnahmen des Magistrats und des Aufsichtsrats der Werks-A.-G. entgegen. Eingehend wurde die kommende Verteuerung von Gas, Wasser, Elektrizität sowie die Verteuerung der Fahrpreise der Straßenbahn behandelt. Die Kollegen sind mit dem Vorgehen der KPD.-Fraktion im Stadtparlament einverstanden und protestieren aufs schärfste gegen die Maßnahmen, die eine neue Ausplünderung der breiten Massen bedeuten.

JAG.-Funktionäre rufen zum Kampf

gegen die nationalistisch-sozialfaschistische Wucherkoalition

Die stark besuchte Funktionärsitzung der Internationalen Arbeiter-Hilfe vom 27. Januar 1930 erhebt im Interesse der werktätigen Bevölkerung gegen die beschlossene Erhöhung der Werkstarife für Gas, Strom, Wasser und Straßenbahn schärfsten Protest. Die Funktionäre begrüßen und unterstützen den Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, auf sofortige Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung und verlangen, daß diesem Antrage stattgegeben wird.

Haus- und Grundbesitzerverein als Blitzableiter

Die Empörung gegen die Tariferhöhung greift, wie wir schon mehrfach betont haben, bis in das bürgerliche Lager über. Heute abend tinden im „Mintergarten" eine Protestversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins statt, die nahezu kurios wirkt, weil die Vertreter der Haus- und Grundbesitzer, die der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angehören, im Stadtparlament sogar gegen den Antrag der KPD.-Fraktion gestimmt haben, worin konkrete Vorbeugungsmaßnahmen gegen Tariferhöhungen gefordert werden. Es ist deshalb sehr naheliegend, daß die heutige Versammlung nur zu dem Zwecke einberufen wurde, um die Proteststimmung im bürgerlichen Lager aufzufangen.

Bürgerkriegsübungen hinter dem Luisenbad

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Das Luisenbad am Hettstedter Bahnhof ist jetzt scheinbar ein Tummelplatz für Bürgerkriegsübungen der Hakenkreuzler und Hitler-Trupps geworden. Am Sonntagmittag gegen 3/12 Uhr sollen Hitler-Leute (ungefähr 40 Mann) hinter der Badeanstalt Exerzierübungen gehabt haben. Sie marschierten in Kolonnen zu vieren „Gewehr über" (natürlich probeweise mit Knüppeln).

Da ist keine Polizei zu sehen — oder hat der Besitzer das Bad jetzt manchmal an die Hakenkreuzler vermietet?

Arbeiter, geht nicht achtlos an solchen Stellen vorüber und merkt Euch, daß wir den Faschisten mit dem festen Zusammenschluß in den antifaschistischen Abwehrorganisationen antworten müssen.

Hallische Tageschronik

Stubenbrand in der Kellnerstraße. Am 28. Januar gegen 18.30 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Kellnerstraße gerufen. Dort war in einer Wohnung ein Stubenbrand entstanden. Die Gefahr wurde durch die Feuerwehr in anderthalbstündiger Tätigkeit beseitigt.

In der Mittwochnacht wurde in der Zwingerstraße die Tür eines Zigarrengeschäfts vom Hausflur aus gewaltsam geöffnet. Entwendet wurde nichts.

Verbraucher-Versammlungen in allen Stadtteilen

Die kommunistischen Stadtverordneten sprechen:

Kampf den Tariferhöhungen für Licht, Gas, Wasser, Straßenbahn!
Kampf gegen die Ausplünderung der Werktätigen durch Rive, Schaumburg u. Ko.!

Geht zur Versammlung am Freitag, den 31. Januar, 20 Uhr:

Osten: „Schloß Freiimfelde". Referenten: Stadtverordnete Lüttich-Strikner.

Süden: Loeß's Hof. Referenten: Stadtverordnete Härtel-Herbert.

Westen: Produktiv. Referenten: Stadtverordnete Günther-Tautz (verbunden mit LVZ.-Kundgebung).

Zentrum: Lokal Vögel, Unterberg. Referenten: Stadtverordnete Esselin-Müller.

Kommunistische Stadtverordneten-Fraktion Halle.

Arbeiter der städtischen Werke, holt Euch Aufklärung!

Für die Arbeiter der städtischen Werke findet am Freitag, dem 31. Januar, 16 Uhr, im Lokal Hübner, Kurze Gasse, eine außerordentlich wichtige öffentliche Versammlung statt, in der kommunistische Stadtverordnete über die Anträge im Stadtparlament und die Tariferhöhungen der Werke sprechen. Erscheint alle!

Jauche im Keller

Oeffentliche Anfrage an das hallische Gesundheitsamt

In dem Hause Merseburger Straße 53 (Blod Loeß's Hof) ist sich seit Wochen die Abortgrube in einem bedenklichen Zustand befindet. Die Jauche überschwemmt den Hof und dringt in die Keller. Auf energischen Auftreten eines Mieters wurde durch die Firma Bunse zum Auspumpen herangezogen. Es wurde aber nur einmal ausgeleert. Bei Ausschaltung des Saugschlauches das Ausgeleerte in die Grube zurück. Der alte Zustand besteht fort.

Was gedenkt nun der Magistrat gegen die unerhörten Mißstände zu tun? Das hahnebüchenste dabei ist, daß sich in diesem Hause ein Materialwarengeschäft befindet. Dasselbe hat sein Warenlager in demselben Keller. Es besteht die Gefahr, daß dort lagernden Lebensmittel durch die durchsickernde Jauche unfähig gemacht werden. Ist sich der Herr Fürster bei Loeß welche katastrophalen Auswirkungen das auf den gesundheitlichen Zustand der Bewohner von Loeß's Hof haben kann? Es ist nicht das erste- und letztemal, daß mit uns in den herrschenden Verhältnissen beschäftigen müssen. Wir fordern deshalb ganz entschieden von dem hallischen Gesundheitsamt, den gefährlichen Zustand abzuhelfen.

Ein neunjähriger Knabe hatte am 28. Januar gegen 17 Uhr die Eisdecke in einer Tongrube östlich vom Flugplatz Schkeuditz. Spielen betreten und brach ein. Er wurde wieder herausgezogen. Verletzungen hat er nicht erlitten.

Werbt für den „Klassenkampf"

Schmlk. Gummiwaren billigst ● Gummi

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0008

Domnitzer Schulskandal und kein Ende

Helm will sich mit Lügen helfen — Dubbick schuldig — Kinder bei 8 Grad Kälte vor die Tür gestellt

Es ist Tage hat die Domnitzer Stahlhelmgarde gebraucht, um einen Bericht über die öffentliche Versammlung am Sonntag, den 26. Januar, zusammenzustoppeln, in der der Skandal mit dem Lehrer Dubbick bekanntlich im vollen Umfange bestätigt wurde. Um solche truppeldicken Lügen auszuheucheln, wie sie im Bericht der Saale-Zeitung "enthalten sind, braucht man schon Fantasie. Wenn dort von einer „Pleite" der Kommunisten die Rede wird, so müssen wir schon sagen, daß wir eine solche Pleite noch recht oft erleben möchten, denn dann geht es den Stahlhelm dreckig.

Aus dem Bericht der „Saale-Zeitung" geht hervor, daß die Leitung der Versammlung durch den Stahlhelm von vornherein klar war, weil man die Wahrheit fürchtete. Das ist freilich die Deutung der übergroßen Mehrheit der Versammelten glatt nicht. Hinterher blasen sich nun die tapferen Helden vom Stahlhelm auf und faseln von einem Exempel, das sie mit den Kommunisten statuieren wollten und das angeblich nur durch die Anwesenheit von zwei Landjägerbeamten nicht ausgeführt wurde.

Es ist also mit dem Stahlhelm in Domnitz schon soweit, daß seinem ganzen Anhang das Herz in die Hosen rutscht, wenn zwei Gendarmen, und noch dazu zwei ganz loyale, erscheinen.

Sollen die 140 Teilnehmer angeblich bis auf ein Dutzend alle des Stahlhelms gestanden haben. Um so größer wäre die Feigheit des Stahlhelms. Aber die Stimmung der Versammlung war eben gegen die Stahlhelmkrakeeler, die auftraten, darum die Herrschaften nichts zu unternehmen. Wir geben gern zu, daß Arbeiter waren, die unsere Partei ergriffen. Wir sind froh darauf. Wenn aber die „Saale-Zeitung" behauptet, ein Zeuge gegen Dubbick sich gefunden hätte und andere ihre Aussagen widerriefen, so ist das ganz bewußter, faustdicker Lügenstoff. Wir unterstreichen noch einmal, daß in aller Oeffentlichkeit sämtliche sehr Fälle von Mißhandlungen durch Dubbick ganz bestätigt wurden, wobei lediglich im Falle Hennig eine Einschränkung gemacht wurde, jedoch einwandfrei festgestellt wurde, daß das Kind geschlagen worden ist. Im zweiten Falle wurde das Kind an den Beinen gefaßt und in die Luft hochgezogen, so daß der Kopf auf die Bank aufschlug. Lehrer Kupfer wurde in der Versammlung die Einsicht gemacht, es wären bei der Mißhandlung des Jungen Tropfen Blut aus der Nase gelaufen. Dies Kimmt nicht, dann es hat sich ein weiterer Zeuge gemeldet, der gesehen hat, wie das Kind nach der Schule auf der Straße getroffen hat, wo es immer noch blutete.

Die Herren Stahlhelmer können nicht umhin, zuzugeben, daß Dubbick „war streng", aber sehr „gerecht" sei. Die Gerechtigkeit des Stahlhelm-Rowdys kennen wir schon zur Genüge. Wir haben bisher veröffentlichten Tatsachen über die Erzieherin dieses vielleicht zum Viehtreiber, aber nicht zum Lehrer der Menschen auch heute wieder neue hinzu.

Er hat z. B. ein Kind bei 8 Grad Kälte über eine Stunde vor die Tür gestellt, bis schließlich der Vater das Kind eine Stunde nach Schulschluß abholte.

Auch Pause müssen die Kinder, als wären sie im Gefängnishof, herumgehen im Kreis gehen, eine Maßnahme, die wohl selten an einer Schule zu finden sein wird. In nächster Zeit werden noch eine größere Anzahl von Beispielen über die Erziehungsmethoden Dubbicks veröffentlicht werden.

Wenn die Domnitzer Stahlhelmmannen glauben, daß wir uns Domnitz nicht wiedersehen lassen, so haben sie sich schwer getäuscht. Man kann es ihnen nachfühlen, daß dieser Fall gern fürzte erledigt wäre, wie sie es in der „Saale-Zeitung" wünschen. Für uns aber ist er nicht erledigt, sondern geht erst recht weiter. Uebrigens schwindeln auch hier die Stahlhelmer wieder, denn sie haben eine neue Aktion für Dubbick unternommen, indem sie eine Liste im Orte herumgaben und die Einwohner mit den bekannten Stahlhelmmethoden zwangen, die windige Ehrenerklärung für Dubbick zu unterschreiben.

Dabei waren selbst die Beschränkten des Dorfes für die Unterschrift gut genug.

In den meisten Fällen wurde die Liste unterschrieben, ohne daß überhaupt der Unterschreibende den Inhalt kannte, weshalb eine Reihe von den Unterzeichnern die Unterschriften jetzt zurückziehen wollen.

Hildebrandts Frau hat früher immer gezittert, wenn Dubbick zu toben anfing. Jetzt aber ist Herr Hildebrandt mit der Unterzeichnungsliste herumgeschoben. Er will wohl, wie Wilke, Liebtind beim Stahlhelm und Kriegerverein werden! Weiß Wilke übrigens, wie die Steinbrucharbeiter nach und nach über ihn denken? Auch dem Fleischermeister Stein möchten wir noch ein Wort sagen. Wenn er jetzt nichts Besseres zu tun hat, als bei Dubbick über Hesse zu petzen, dann wollen wir ihn so sachte daran erinnern, daß er in der Hauptsache doch auf Arbeiter angewiesen ist mit seinen hallischen Geschäften. Ueberhaupt den

Terror des Stahlhelms in Domnitz gegen die Geschäftsleute

kennen wir sehr wohl und werden darauf gelegentlich ausführlicher zu sprechen kommen.

Jedenfalls sei dem gelamten reaktionären Lager von Domnitz gesagt, daß, nachdem sich der Schulskandal von Domnitz bestätigt hat und durch den Kampf des Stahlhelm noch erhärtet wird, die Sache erst recht nicht für uns erledigt ist, denn Dubbick ist und bleibt ein Tyrann über die Arbeiterkinder. Die Sache geht weiter, auch wenn es dem Stahlhelm nicht gefällt. Das frühere ähnliche Wirken des Herrn Dubbick an anderen Orten werden wir in nächster Zeit auch noch aufs Tapet bringen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit

möchten die Ammendorfer Sozialfaschisten mit dem Ordnungsblock tuhhandeln

Der Gemeindevertretungssitzung lag auch die Gesamtabrechnung des Umbaues des Rathauses vor. Wie bekannt, ist die Ammendorfer Schule zum Rathaus ausgebaut worden. Die Gesamtunkosten betragen 181 183,87 Mark. Davon sind gedeckt 180 000 Mark. Ungedeckt sind 1183 Mark. Hinzu kommt dann noch der Ausbau des Ratskellers mit 26 402,74 Mark. Hiervon sind gedeckt 20 000 Mark, so daß 6 402,74 Mark ungedeckt verbleiben. Der gesamte Rathausbau kostet demnach der Gemeinde Ammendorf 207 586,61 Mark.

Die neugeschaffenen Räume für die Angestellten sind in hygienischer Hinsicht einwandfrei und stehen den früheren Löchern wie Tag und Nacht gegenüber. Was zu bemängeln ist, wäre der Sitzungssaal mit seiner Zuhörer-„Tribüne". Hier hat das Bauamt zu wenig Ueberblick besessen. Luftabzug fehlt hier vollständig. Im Sommer ist es schon für die Vertreter im Sitzungssaal vor Temperatur kaum auszuhalten, noch viel weniger auf der Tribüne. Letztere ist von vornherein viel zu klein angelegt, so daß im höchsten Falle 40 Personen Sitzgelegenheit haben. Was will das besagen bei einer Gemeinde mit nahezu 14 000 Einwohnern?

Neuerdings hat nun der Gemeindevorsteher veranlaßt, weil die Tribüne immer von vielen Zuhörern besucht wird, nur eine ganz beschränkte Zahl zuzulassen. Es der Einwohnerschaft hat das große Empörung verursacht — und das mit Recht. Allen anderen voran hat der Gemeindevorsteher [illegible] sich noch zu den Arbeitern rechnete, diesen immer [illegible] wieder eingehämmert: Ihr müßt die Gemeindevertreter [illegible] wählen. Heute verbietet er ihnen den Zutritt. [illegible] auch die Vertretung nicht darüber, auf welche Art eine [illegible] vorgenommen werden könnte, sondern verfügt darüber eigenmächtig. Dadurch beschneidet er alle Steuerzahler um ihre Rechte und drückt Kommissionsmitglieder, welche keine Gemeindevertreter sind, an die Wand. Der Sitzungssaal ist groß genug, so daß Vorsehungen getroffen werden könnten, um dem Uebelstand abzuhelfen. Eine demnächst abzuhaltende Einwohnerversammlung wird sich damit näher befassen.

Rietleben. Alle Kinder, welche zu Ostern die Schule verlassen und an der Jugendweihe teilnehmen, melden sich beim Genossen Langheinrich im Konsum.

Dölnitz. Gemeindevertretersitzung. Am Freitag, dem 31. Januar, abends 8 Uhr, findet die fällige Gemeindevertretersitzung voraussichtlich im „Palmbaum" statt. Die Dölnitzer Einwohner müssen unbedingt zu dieser Sitzung erscheinen, damit sie das wahre Gesicht der National- wie Sozialfaschisten erkennen. Die Tagesordnung ist reichhaltig und wichtig. Besonders die Erwerbslosen müssen restlos erscheinen und Herrn Keitel vom „sozialfaschistischen Block" in die Ohren „flüstern", daß Erwerbslose keine „grünen Jungens" und „dumme Kerle" sind. Außerdem, Herr Keitel, ist uns ein grüner Zweig lieber, als ein dürrer. Ein grüner Zweig, die KPD., ein dürrer Zweig, die SPD. Von den jungen Erwerbslosen, „den grünen Zweigen der KPD.", darf keiner fehlen, denn die Sitzung verspricht interessant zu werden.

Könnern. Die revolutionäre Jugend von Könnern gedachte am Donnerstagabend ihrer drei toten Führer. Jugendgenosse Willi sprach über das Thema: Warum Karl und Rosa ermordet wurden. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß am kommenden Donnerstag eine Protestversammlung mit Lichtbildervortrag im „Bürgergarten" stattfindet. Jungarbeiter, erscheint in Massen, zeigt, daß Ihr mit uns kämpfen wollt!

Aus dem Saalkreis liegen noch eine Anzahl Berichte vor, die nacheinander veröffentlicht werden!

Stückgutschnellverkehr der Reichsbahndirektion Halle (Saale). Wie wir seinerzeit berichtet haben, hat die Reichsbahndirektion Halle (Saale) ab 5. August bzw. 14. Oktober 1929 Stückgutschnellverkehr durch Einlegung sogenannter Leig (leichter Güterzüge) von Leipzig nach Berlin und Halle (Saale) eingerichtet. Die Einrichtungen haben sich bewährt. Es verkehrt deshalb jetzt **ein neues (drittes) Leigpaar** von Leipzig nach Göttingen über Halle—Nordhausen und zurück, das in Nordhausen Anschluß an ein Leigpaar nach und von Kassel hat. Durch diese Stückgutschnellverkehre wird ermöglicht, daß Frachtstückgüter nach und von den vom Leig berührten Orten und den Nachbargebieten über Nacht befördert werden und in den ersten Vormittagsstunden des auf die Auflieferung folgenden Tages am Bestimmungsort greifbar sind.

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag: Bei schwachen südlichen Winden vorübergehend aufklärendes Wetter, später wieder Bewölkungszunahme und stellenweise etwas Schnee. Temperatur im Flachland nahe bei Null. Im Gebirge leichter Frost.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Beilagen; Fritz Benling, Halle, für Lokales und Sachliches; Franz Amende, Mücheln, für Provinz und Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Bezirks- und Gewerkschaftsleben; Fritz Kraus, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

SCHLAFZIMMER

Eiche, birke lackiert Mk. 280.—
Mk. 190.— 775.— 850.—
Mk. 18.— an
Mk. 7.50 an
Mk. 14.50 an
Mk. 68.— an
Mk. 47.— an
Mk. 80.— an
Mk. 75.— an
Mk. 68.— an
Mk. 47.— an
Mk. 22.50 an
Mk. 8.— an

VOLKSHOCHSCHULE HALLE
Trimesterbeginn: Montag, d. 3. Februar
Verkaufsstellen: Rathausstr. 11 (18—20 Uhr); Schulvermaltung, Gr. Märkerstr. 10 I; Reformhaus Stärke, Barfüßerstr. 11; Neudeutsche Bücherstube, Unter Fischerei 10; Verkaufsstellen der Saale-Zeitung, Mansfeldstraße 1b und Kleinschmieden 6; Geschäftsstelle der Volksbühne, Brüderstraße 14; Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstraße 27; Buchhandlungen von A. Neubert, Breiteweg 7, von Otto Hendel, Marktplatz 24, von C. Wolde, Steinweg 25, von E. Hermsdorf, Schmiedestr. 2; Steinter-Buchhandlung, Gr. Steinstraße 14—15; Akademische Buchhandlung Heller, Universitätsring 5; Verkehrsbüro Rote Turm; Bürerhaus am Reisch; Bernburger Str. 10; Merseburger Verkehrsbüro, Merseburg, Kleine Ritterstraße 3 479
46 Vortragsreihen u. Kurse

MODERNES THEATER
Letzte Woche
Das unerreichte Spielplanwerk
(171) Freitag, den 31. Januar
Maskenball
Heute Mittwoch 4-Uhr-Tee
Eintritt frei!

Bäckerlehrling
auch für Ostern
Jerdh. Ackermann,
Bäckermstr.
Teuchern,
Bahnhofstr. 19

Inseraten fordert Offerten über Drucksachen ein

Unmöglich ist es für jeden
jeglich denkenden Menschen, der klug und aufgeklärt sein will, an meiner verblüffenden, wahren, hilfebringenden Heilmethode zu zweifeln. Denn wenn täglich die Heilerscheinungen, die Wunder behaupten, u. a. gerichtsärztlich geprüften Heilerfolge nicht auf Wahrheiten beruhten, so gäbe es in keine Naturgesetze, sondern alles wäre Lug und Trug. (Morgenurin ist mitzubringen) 469
Sprechzeit: nur Montags vorm. 9—12 und nachm. 2—5 Uhr
C. Holle, Halle a. S., Reilstr. 87

Alleinstehender Mann, Mitte 30er, mit einem Alleinstehenden, 1. Wirtschafterin m. eine Bekanntschaft zwecks Heiratsrat an geschlossen. Offert. unter 41 B an den Verlag Kaufenkampf

Buchhandlung Merseburg
Schmale Straße 18
empfiehlt sich schlagfertigst
für Schreibmaterialien und Schulartikel
Annahme von Inseraten und Drucksachen aller Art

Lackierte Küchen auf Teilzahlung
Mark 190,—
Anzahlung Mk. 20,—
Wochenrate Mk. 3,—
Eichmann & Co
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 51
Gr. Ulrichstr. 36

Bekanntmachung

Erläuterungen zu den am 25. Januar 1930 veröffentlichten Strom-, Gas- und Straßenbahntarifen

1. Strom und Gas

Der Haushaltstarif, der nur für in sich abgeschlossene Wohnungen in Betracht kommt, wird auf Antrag gewährt; andernfalls erfolgt die Berechnung des Verbrauchs nach dem Kilowattstundentarif bzw. Einheitstarif, d. h. die Kilowattstunde zu 45 Rpfg. bzw. das Kubikmeter Gas zu 25 Rpfg.

Anträge auf Gewährung des Haushaltstarifs können mündlich oder schriftlich in der Werkstatt, Rathausstraße 1, oder in der Hauptverwaltung, Riebeckplatz 1, gestellt werden.

Bei der Festlegung der Anzahl der für den Leistungspreis maßgeblichen Räume sind auch diejenigen zu berücksichtigen, in denen keine Installation vorhanden ist oder kein Strom oder Gas verbraucht wird.

Es ist selbstverständlich angängig, beim Strom den Haushaltstarif zu wählen und beim Gas den Einheitstarif oder umgekehrt.

Wird für Strom und Gas der Haushaltstarif gewährt, so sind für beide die entsprechenden Leistungspreise nach der festgelegten Anzahl der Räume zu zahlen.

Die Berechnung der neuen Strom- oder Gaspreise erfolgt für alle Ablesungen, die planmäßig nach dem 15. Februar ausgeführt werden. Eine besondere Zwischenablesung geschieht nicht.

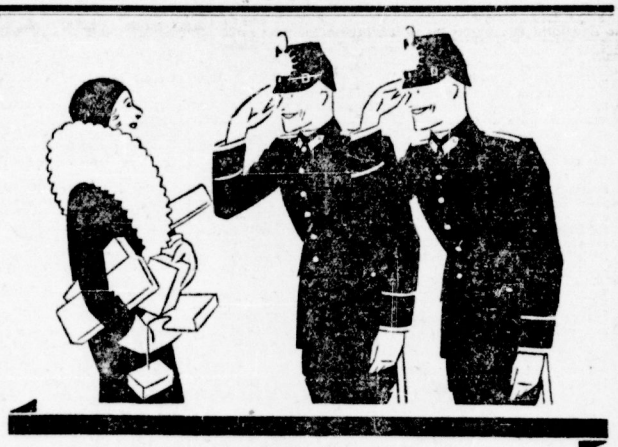
Bei der Einnahme von Gas aus Münggasmessern ist die Einführung des Haushaltstarifs nicht möglich. Die Gaslieferung und Berechnung regelt sich in diesen Fällen nach § 8 der „Bedingungen für die Entnahme von Gas aus Münggasmessern".

2. Straßenbahn

Am 16. Februar d. J. treten veränderte Fahrpreise in Kraft. Die bisherigen in Umlauf befindlichen Fahrscheinhefte sowie Wochenkarten verlieren mit dem 28. Februar d. J. ihre Gültigkeit. Für nicht abgefahrene Fahrscheine und Wochenkarten wird gemäß § 4 Abs. 5 der Beförderungsbestimmungen ein Ersatz des hierfür bezahlten Fahrgeldes nicht gewährt. 486

Halle, den 29. Januar 1930.

Werke der Stadt Halle (Aktiengesellschaft)



Fragen Sie die richtigen Leute ...

Schutzlos geht diese junge Dame durch die Großstadt. Mit Paketen beladen steht sie ratlos da, denn sie will ihrem Freund Cigaretten kaufen .. aber welche? — Sie fragt die richtigen Leute: Eckstein-Halpaus; die helfen einer schönen jungen Dame gern. Sie sagen ihr nur ein einziges Wort — und ihr fällt es plötzlich wieder ein: Natürlich ... es war ja Ulmenried. Für ihren Freund und auch für sie

ULMENRIED 5 Pfg.

ECKSTEIN-HALPAUS

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0009

Das Zündholzmonopol angenommen

Auch die „linken" Sozialdemokraten stimmen dafür

Nach kurzer Beratung wurde am Dienstag im Reichstage das Zündwarenmonopolgesetz in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 145 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Für das Gesetz stimmten alle Regierungsparteien. Auch die „linken" Sozialdemokraten, die noch am vergangenen Sonnabend in der sächsischen sozialdemokratischen Presse verkündeten, „die Sozialdemokratie kann sich unmöglich mit der Verantwortung für dieses Gesetz belasten", gaben bei der entscheidenden Abstimmung über sämtliche Paragraphen des Wuchergesetzes ihre Ja-Karte ab.

Die Kommunisten hatten zur Endabstimmung noch einmal ihre Anträge eingebracht. Sie forderten die Freiheit der genossenschaftlichen Produktion, eine endgültige Preisfestsetzung, um dem Streichholzwucher einen Damm zu setzen, forderten die Streichung der Monopolabgabe für die Genossenschaften und die Verteuerung der Kreugerschen Monopolgewinne. All diese Anträge wurden wiederum von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt. Von derselben Einheitsfront wurde auch der kommunistische Antrag auf Entschädigung der durch das Zündholzmonopol zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten in der Höhe eines Jahresverdienstes niedergestimmt.

☆

Die Verteilung der Zündholzproduktion

Der größte Teil der Zündholzindustrie ist in der Hand des Schwedentrusts, den der Zündholz-König Ivar Kreuger kommandiert. Für die 500-Millionen-Anleihe, die dieser dem kapitalistischen Deutschland gewährt, räumt man ihm bekanntlich das Monopol über die Zündholzproduktion und damit auch über die Preise der Zündhölzer ein. Diesem Preisdiktat durch den Trustmagnaten sind selbstverständlich alle in Deutschland hergestellten Zündhölzer unterworfen. Die neuen Lasten muß die werktätige Bevölkerung tragen.

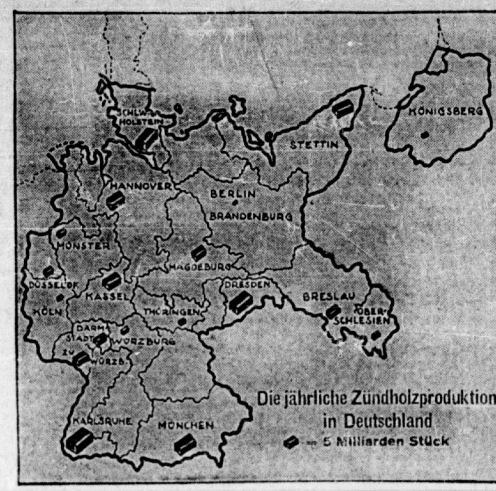
☆

Genosse Schröter ging noch einmal auf die entscheidenden Paragraphen des Wuchergesetzes ein. Dabei stellte er fest, daß selbst die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" am Sonnabend, dem 15. Januar, geschrieben hat, daß die Erhöhung der Preise für Zündhölzer von 25 auf 30 Pfennige nur bei 30 Prozent der Streichhölzer in Frage kommt. Die restlichen 70 Prozent der Zündholzproduktion erfahren eine Erhöhung auf 50 Prozent pro Paket. Diesem unerhörten Preiswucher kann von nun an nicht mehr durch die Genossenschaften entgegengetreten werden. Die Steigerung der genossenschaftlichen Zündholzproduktion betrug bisher pro Jahr etwa 20 Prozent auf Grund des Zündholzmonopols ist diese Produktionssteigerung nur noch auf 1 Prozent festgelegt. (Stürmisches Hört! Hört! b. d. Komm.)

Die Sozialdemokraten und Genossenschaftsbürokraten, die dem Zündholzmonopol zustimmen, haben also alle Grundsätze der Genossenschaften verraten.

Auch dieses Zündholzmonopol kennzeichnet den Regierungskurs der Hermann-Müller-Regierung. Die Abrechnung für diese Hungerpolitik rückt in greifbare Nähe. (Lebhafter Beifall b. d. Komm.)

Der Reichstag vertagte sich auf den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, zur Beratung der Ergebnisse der Haager Konferenz.



Betriebsrat Sander vom Leuna-Werk

Sozialfaschistische Achtgroschenjungens und Werkzeuge einen „Sieg"

Heute geht uns die Mitteilung zu, daß auch der Betriebsrat im Leuna-Werk endgültig seiner Funktion als Betriebsrat im Leuna-Werk durch das Landesarbeitsgericht Halle entkleidet ist.

Als Begründung wird eine vom Genossen Sander am 1. Maigefallenen gehaltene Rede herangezogen, durch die der Frieden im Betriebe im erheblichen Ausmaße gestört sei". Für das Landesarbeitsgericht diente ferner als Begründung Auskunftserteilung an verschiedene Arbeiter während der Streikzeit hinsichtlich der Möglichkeit, gegen ihre Entlassung zu erheben. Jeder Leuna-Arbeiter wird auf Grund dieser Tatsachen erkennen, daß die gemeine Pressehetze des Vorwärts gegen die roten Betriebsräte im Leuna-Werk

wohlorganisierter Angriff der Leuna-Giftkönige in Verbindung mit sozialfaschistischen Achtgroschenjungens

ist, der sich gegen die Kommunistische Partei richtet. Das „Volksblatt" von „zahmen, gefügigen Elementen" spricht von roten Betriebsräte gemeint sein sollen, so steht das in direktem Widerspruch der Maßregelung mit diesem bloden Gefasel in scheinbarem Widerspruch. Sozialfaschistische „Ordnungs"apostel werden die Leuna-Direktion niemals gemaßregelt, sondern eher gefördert. Wenn aber rote Betriebsräte kühn und energisch sind, Sozialfaschisten die Maske vom Gesichte reißen und den Giftkönige durchbrechen, dann werden sie die Opfer der Justiz, von ihnen „reinigt" man die Betriebe.

Den Sozialfaschisten Tenhagen, Walter und Genossen dieses billigen „Triumphes" der Kamm schwellen nun. Genossen Schmitt, Sander und Volkmann nach der Neuwahl des Betriebsratsstiftung der Werksleitung denunzierten, diese Leuna-Arbeiter bei der kommenden Betriebsrätewahl den Fußtritt gehen.

In nicht ferner Zeit wird der große Durchbruch in die Giftküchen von Leuna gelingen. Organisatoren dieses Sieges sind die roten Betriebsräte, die erbittertsten Feinde der Bourgeoisie und der mit dieser verbundenen Sozialfaschisten. Die Parole lautet:

Wählt nur rote Betriebsräte! Sie führen den Kampf zur Vernichtung kapitalistischer Ausbeutung und Versklavung!

Was geht hier vor?

Die Produktionsumstellungen im Leuna-Werk

Im Bericht der J. G. Farben über das letzte Wirtschaftsjahr ist neben der latten Selbstzufriedenheit über den Gesamtgang der Gesschäftsgang bemerkenswert, daß auch über die Umstellung in der Benzinerzeugung im Leuna-Werk berichtet wird. Während bisher in der Hydrieranlage das Benzin aus Kohlenverflüssigung hergestellt wurde, wird jetzt bei einem Zwischenprodukt der Kohle, dem Teer, erzeugt, und die Versuche zur direkten Kohleverflüssigung weiter.

Genau besehen dreht es sich hier um Vorgänge und Pläne die nichts anderes zum Ziel haben als die noch größeren Gewinne des Profites und die weitere Freisetzung von Arbeitern, weitere Entlassungen von Leuna-Arbeitern.

Ruhe und Ordnung

Roman aus dem Leben der nationalgesinnten Jugend

Ernst Ottwalt (2

Copyright 1929 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin

Es war wunderschön. Denn ich bin ein gebildeter Mensch und habe einen ästhetischen Genuß an der entfesselten Wildheit menschlicher Leidenschaften. Wie ich aufstehe, geht mir der Sophokles-Vers im Kopf herum: „Vieles Gewaltige lebt, doch nichts ist gewaltiger als der Mensch."

Die Straßen zeigen die lähmende Erschlaffung eines Neujahrsmorgens. Die wenigen Spaziergänger haben rote Augen und sind unrasiert. Alles ist ruhig, es fällt kein Schuß mehr. Abteilungen von Landesjägern ziehen demonstrierend durch die Straßen.

Die geplünderten Läden werden schon mit Brettern verschalt. Sie werden bald wieder aufgemacht werden.

An einen solchen Bretterverschlag kleben ein paar Soldaten ein buntes Plakat an: Ein idealisierter Kleinbürger mit achtundvierziger Schlapphut und edlen Zügen schleudert eine Handgranate gegen ein kriechendes rotes Untier, das sich über einen einstürzenden Häusenblock wälzt. Darunter steht mit greuroten Schrift: „Bürger erwache!" Und dann die Adresse eines neugebildeten „Freikorps Halle" und einer Einwohnerwehr.

Revolutionssoldaten

Wie ich am nächsten Morgen zur Schule gehen will, treffe ich Döring. Er ist ganz aufgeregt: „Ich will nur noch zur Penne, um mich auf vier Wochen abzumelden. Ich gehe zum Freikorps."

Ich beneide ihn glühend: „Wirst Du denn auch angenommen?" frage ich zweifelnd.

Döring lachte verächtlich: „Ein Kompanieführer ist ein Bundesbruder von mir aus dem Wandervogel. Willst Du nicht auch mit?"

Ich werde ganz rot vor Erregung: „Meinst Du, daß das geht?"

„Selbstverständlich, ich werde das schon machen."

In der Schule geht dann alles viel leichter, als wir es uns gedacht haben. Wir melden uns bei Professor Sorge. Er ist ein feiner Kerl, ein schwerfälliger Mensch, der zudem noch stark schwerhörig ist. Aber trotzdem machen wir in seinen Stunden keine Dummheiten, wir haben ihn gern, und er imponiert uns. Vielleicht deswegen, weil er im Feld Bataillonskommandeur war und den Hohenzollern hat, vielleicht auch nur deshalb, weil er jetzt schwer krank sein soll.

Er versteht nicht recht, was wir von ihm wollen. Dann starrt er eine Weile vor sich hin und sieht uns so merkwürdig an, daß uns etwas unbehaglich wird. Er zuckt seufzend die Achseln und wendet sich ab.

„Sprechen Sie mit dem Direktor!" brüllt er uns dann plötzlich an.

Der empfängt uns liebevoll, sieht uns mit seinem militärischen Blick prüfend und ernst an, legt mir schwer die Hand auf die Schulter und kräht schneidig: „Machen Sie meiner Anstalt Ehre!"

Wir verbeugen uns höflich und gehen. Wir sind fünf Mann, die ins Freikorps eintreten wollen. Auch ein Jude ist dabei. Er hat rote Haare und schwarze Fingernägel und heißt Waldmann. Döring ist ganz erregt: „Das geht natürlich nicht. Juden können sie da nicht gebrauchen." Aber wir wissen nicht, wie wir Waldmann loswerden sollen.

Die Kompanie, bei der wir uns melden wollen, liegt draußen in einer Brotfabrik in der Nähe der Artilleriekaserne. Der Posten vorm Tor läßt uns passieren. Döring geht vor und kommt nach einer Weile wieder. „Leutnant Roth heißt er!" flüstert er wichtig. Und wir stehen bald darauf in einem kahlen Zimmer vor einem schlanken jungen Mann. Ein schmales energisches Gesicht. Er trägt keine Achselstücke.

Er wendet sich zuerst an Waldmann: „Sie wollen bei uns eintreten?"

Waldmann bejaht schüchtern.

„Sind Sie ausgebildet?"

Waldmann lächelt verlegen und wendet sich zu uns, aber wir können ihm auch nicht helfen. Also sagt Waldmann leise: „Nein".

„Dann können wir Sie hier nicht brauchen", sagt Leutnant Roth kühl. „Da müssen Sie sich bei der Einwohnerwehr melden."

Waldmann dreht sich linkisch um und verschwindet. Wir anderen werden angenommen.

„Holen Sie sich Ihre Zahnbürsten von zu Hause und kommen Sie am Nachmittag wieder her."

Wir bekommen einen Ausweis, daß wir Angehörige des Freikorps Halle sind. Draußen auf der Straße schlagen wir uns gegenseitig auf die Schulter vor Freude und rennen den langen Weg nach Hause, denn die Straßenbahnen fahren noch nicht wieder.

Zu Hause nimmt man meine Mitteilung mit gemischten Gefühlen auf. Mein Onkel, bei dem ich in Pension bin, fühlt sich eigentlich meinen Eltern gegenüber verantwortlich, aber er kann mich ja so gut verstehen. Er stellt mir sogar seine Reitstiefel zur Verfügung, die er im Felde als Divisionspfarrer getragen hat. Schon früh am Nachmittag bin ich wieder in der Fabrik.

Ich bekomme einen Stahlhelm, Uniform, Karabiner, Patronen, Handgranaten und ziehe mich langsam um. Ich weiß mit dem Karabiner nicht Bescheid und fingere verlegen am Schloß herum. Ein Kamerad beobachtet mich und zeigt mir gutmütig die nötigen Handgriffe. Zur Probe lade und sichere ich. Es gelingt mir auch, das Schloß auseinander zu nehmen, und ich fühle mich nun als kompletter Soldat. Von zehn bis zwölf soll ich sogar schon Posten stehen vorm Fabriktor.

Wir liegen auf Strohsäcken in einem Speicher über den Kontorräumen der Fabrik. Es ist furchtbar heiß, denn nebenan sind die Backöfen. Alles ist weiß von Mehlstaub, und überall stehen und liegen Waffen herum. Mein Strohsack liegt dicht neben einer Kiste mit Stielhandgranaten. Diese Nachbarschaft ist mir unheimlich, aber ich bezwinge meine Furcht, da ich sehe, wie sachlich und unbefümmert hier jeder mit den Waffen umgeht.

Mir gegenüber spielt ein junger Mensch in der Uniform eines Fähnrichs zur See mit einer riesigen Artilleriepistole. Er beugt seinen Kopf tief über die Waffe, die er anscheinend sehr liebt findet. Plötzlich geht der Schuß los. Die Kugel schlägt in der Handgranatenkiste in einen Mehlsack. Einige lachen, meisten lachen. Ich bin blaß vor Schreck geworden, ich darüber und lache daher um so lauter mit.

Es ist ein ewiges Kommen und Gehen. Viele von denen kenne ich von früher her, bevor sie eingezogen wurden. Fahnenjunker eingetreten sind. Es sind junge Kaufleute, Schüler, die in einem Kriegsteilnehmerkursus das Abitur erreichen wollen. Nur ganz vereinzelt ist ein älterer dazwischen. Meist ein ehemaliger aktiver Unteroffizier, der sich an das bürgerliche Leben gewöhnen kann.

Offiziere werden in unserer Kompanie aus irgendwelchen Gründen nicht eingestellt. Die gehen alle zur ersten. Dort, wo man mir sagt, furchtbar fein. Die Leute nennen sich „Kam'rad" und „Sie", und wer nicht mindestens bis Oberleutnant wird nicht für voll angesehen. Bei uns ist es viel gemütlicher.

Und schon aus den ersten Gesprächen erfahre ich zu meinem geringen Stolz, daß unsere — die zweite — Kompanie eine Herde entschlossener und verwegener Kämpen zum Rufes erfreut.

Bei uns wird auch viel getrunken: zum Abendbrot bekommt außer einem halben Pfund Butter, das bis morgen reicht, und einem Pfund Wurstkonserven pro Mann einen Schnaps, der wie Feuer die Kehle hinunterläuft. Ich kann nicht trinken und verschenke meinen Anteil.

Brot liegt überall herum. Aber wir essen nur ganz wenig, wir uns immer direkt aus den Backstuben holen. Es wird sehr schnell hart in der Hitze unseres Speichers, und dann es fort. Auch Butter haben wir zuviel: mein Nebenmann aufmerksam sein Gewehrschloß damit.

Ich habe lange nicht so gut gegessen, denn zu Hause bin ich noch knapp, und der gelbe amerikanische Speck ist ein Traum bissen.

Mit Wehach zusammen, jenem jungen Menschen, der so liebenswürdig die Geheimnisse des Gewehrschlosses erklärte, beziehe ich den Posten vor dem Tor. Es ist trostlos Straße. Nur dann und wann gellt in der Ferne ein Schuß und grüne Leuchtraketen steigen und fallen. Die Straßen sind acht Uhr an für Zivilpersonen gesperrt, und wir haben achten, daß kein Unbefugter dieses Verbot übertritt.

Es ist sehr langweilig, so stumlos vor dem Tor zu stehen, das beseligende Gefühl, eine richtige Uniform zu tragen, darüber nicht wegheilen. Es steht mich ja doch kein Mensch gähnt und legt sich im Torweg schlafen. Ich soll ihn ablösen, etwas passiert.

Ich fühle süß die Verantwortung für die Kameraden auf dem Speicher schlafen, und meine Hände krampfen sich Schaft des Karabiners.

Eine halbe Stunde vergeht, Abteilungen, die zu den Unternehmungen in die Stadt marschieren, kommen vorbei, beneide sie glühend. Sie dürfen etwas erleben, dürfen sogar schießen! Aber ich gehöre doch zu ihnen, ich rufe möglichst tiefer Stimme „Viel Vergnügen" zu, wenn sie vorbeigehen und mir wird freundlich geantwortet.

(Fortsetzung folgt.)

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Süden. Donnerstag, 30. Januar, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Unterkassierersammlung. Alle Unterkassierer haben mit Kassenbuch bestimmt zu erscheinen, ebenso die Mitglieder der Stadtleitung.

Halle. Stadtteil Westen. Straßenzelle 6. Mittwoch, 29. Januar, bei Bendlin, Böllberger Weg: Weingärten, Böllberger Weg, Leostraße.

Halle. Stadtteil Westen. Straßenzelle 7. Mittwoch, 29. Januar, bei Bendlin, Böllberger Weg: Ludwigstraße, Westschulerstraße, Mittelstraße, Gelentzstraße, Thalwiesstraße.

Stadtteil Süden. Donnerstag, 30. Januar, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Sitzung aller Betriebs- und Straßenzellenfunktionäre. Alles muß unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Donnerstag, 30. Januar, 20 Uhr, im „Adler" Delegiertenversammlung. Referent Gen. Gutjahr.

Schkeuditz. Freitag, 31. Januar, 19.30 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent Gen. Mädig.

Lettin. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, in der „Erholung" öffentliche Landarbeiter-Versammlung. Referent Gen. Schrumpf, Mönlich.

Diesdorf. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, bei Zieger Diskussionsabend. Referent Gen. Steinbach.

Reideburg. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, bei Schrader öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Gen. Silberberg.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, in der „Sonne" BGL.-Feier. Referent Gen. Häbig.

Braunsdorf. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, bei Seipicke öffentliche Einwohnerversammlung. Referent ist anwesend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Mutschau. Donnerstag, 30. Januar, im Lokal Pusche öffentliche Versammlung für die Orte Kötschau, Döbris und Mutschau. (Thema: EPWG.) Ref. der BL. Zeitz. Freitag, den 31. Januar, 20 Uhr, in der „Händlerbörse" Versammlung der Zellengruppe 4.

Dössnitz. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, im Lokal Moye Schulungskursus für die Orte Dössnitz, Gladitz, Kretzschau.

Unterbezirk Mansfeld

Leßaden. Donnerstag, 30. Januar, 20 Uhr, bei Dolge öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Gen. O. Gierisch.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Donnerstag, 30. Januar, 20 Uhr, auf Turnplatz Friesen Beginn des Elementarkursus. Referent der BL.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Süden. Freitag 20 Uhr Lichtbildervortrag im „Schloß Dieskau" **Halle. Norden.** Freitag 20 Uhr im „Kolksport" Mitgliederversammlung.

Ammendorf. Freitag 20 Uhr Elperanto.

Könnern. Donnerstag 20 Uhr im Gasthof Reinsdorf Gruppenabend.

Unterbezirk Merseburg

Dürrenberg. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Post".

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Donnerstag 19 Uhr Zusammenkunft der „Roten Jungen" in der Jugendheim.

Weißenfels. Donnerstag 20 Uhr im Jugendheim Mitgliederversammlung.

Zeitz. Freitag 19.30 Uhr im Jugendheim Turnabend.

Pirk. Sonnabend im Gasthof Müllner Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Mansfeld

Teutschenthal. Donnerstag 20 Uhr im „Bürgerhof" Gruppenabend.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag Gruppenabend.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Freitag 20 Uhr im „Volksheim" Funktionärsitzung.

Roter Frauen- und Mädchen-Tag

Sangerhausen. Generalversammlung Mittwoch, 29. Januar, 20 Uhr. Genossin Jakob, Altes Schloß. Referentin der Gauleitung.

Eisleben. Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Kolksbos" Frauenabend. Thema: Die Wehrhaftmachung der Arbeiterklasse. Genossin restlos und bringt Gäste mit.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilungen der BL.

Alle Gruppen führen sofort die Reichskontrolle durch. Alle ausgefüllten Kontrollbogen sofort zurückschicken. Die Reichskontrollmarken sind den Genossen gegen Entrichtung von 10 Pfg. einzukleben und sofort an die BL. abzurechnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0010

Wählt noch heute Delegierte zum Bezirkskongreß

Vorwärts Marsch, revolutionäre Opposition

Setzt Euer Kampfprogramm durch gegen den Hungerkurs der Sozialfaschisten und der Bourgeoisie!

Der Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist entscheidender Auftakt zur verstärkten Mobilisierung der sächsischen Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Hunger- und Unterdrückungspolitik des deutschen Trustkapitals, seiner Koalitionsregierungen und der mit ihnen verbündeten sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Wie denn ja ist es notwendig, daß sich das Proletariat zur Verteidigung seiner Lebensinteressen, zur Gegenoffensive zusammenschließt gegen die Offensive der Young-Reaktion,

gegen den kriegslüsternen Dreibund: Unternehmertum, Staat und Gewerkschaftsbürokratie!

Nicht nur, daß der Young-Plan ungeheure Lasten auf die Schultern der Werktätigen wälzt, das Massenelend verschärft, ist er auch das Fundament, auf dem sich die Kapitalisten und Sozialfaschisten anschicken in die imperialistische Kriegspolitik gegen die Sowjetunion. Der Young-Pakt ist die letzte Etappe der Vorbereitungsmaßnahmen des internationalen Imperialismus zum Kriege gegen Sowjetunion.

Seit 1923 war die Situation noch nie so ernst wie heute. Auf der ganzen Front rückt die Bourgeoisie vor, um die Lebenslage der werktätigen Massen weiter zu verschlechtern. Zur Durchführung ihrer kapitalistischen Kampfparolen „Förderung der eigenen Kapitalbildung", „Senkung der Produktionskosten" werden in ganz Deutschland und besonders im Bezirk tagtäglich Tausende von Arbeitern aus den Betrieben herausrationalisiert.

24 Millionen Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte liegen bereits heute arbeitslos auf der Straße, davon allein in Halle über 10 000.

Wagen, die noch in den Betrieben verbliebenen Arbeiter und Angestellten führen die Unternehmer Schlag um Schlag. Die Löhne werden brutal abgebaut. (In der Textilindustrie Sachsens bis zu 37 Prozent!)

Stampfen an den Maschinen, Stoppuhr, tausendes Band, ein bis ins feinste ausgefeiltes raffiniertes Antreibesystem, ungeheure Steigerung der Arbeitsleistung des Proletariats sichern den Kapitalisten immer höhere Profite, pumpt die Proletarier bis zum letzten Blutstropfen aus.

Im Gleichschritt mit der verschärften Unternehmeroffensive in den Betrieben marschiert die allgemeine und politische Reaktion.

Politische Knebelung der Arbeitermassen, blutiger Polizeiterror, Belagerungszustand durch das geplante Republikschutzgesetz des Sozialdemokraten Severing, die offene Ankündigung des Verbots der Kommunistischen Partei und Presse durch die Sozialfaschisten, Hetzer der Sozialpolitik, Erhöhung der Massensteuern, Senkung der Arbeitslosen, Zollwucher, schwärzeste politische, soziale und kulturelle Reaktion kennzeichnen die Lage.

In einer Zeit wachsender Klassengegensätze und Klassenkämpfe, in der Zeit des wachsenden Kampfwillens der Arbeitermassen, wo der Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staates rüstschärfer, wo die Proletarier eingesetzt wird, wo kapitalistische Rationalisierung und faschistischer Terror in den Betrieben wütet, versuchen die Sozialfaschisten zu einem Schlag gegen das Proletariat auszuholen.

Der Arbeitermord in Hartmannsdorf beweist erneut, daß dort, wo die Sozialfaschisten die Massen durch ihre verbrecherische Bestialpolitik nicht zurückhalten können, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, sie alle Mittel des Staates einsetzen und den blutigen Polizeibüttel-Terror des 1. Mai fortführen. Als Einpeitscher des Young-Planes versuchen sie die wachsende Kampfstimmung der Arbeiter gegen die Massenausplünderung zu ersticken.

Unter Streikbruch, Hinauswurf aller revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften und Sportorganisationen, rücksichtslose Spaltungskurs dort, wo es ihnen nicht gelingt, ihre „Säuberungs"aktion durchzuführen, Zerschlagung der Klassenorganisationen des Proletariats, Terrorisierung der Mitbestimmungsmassen, Mißachtung des Mitbestimmungsrechtes derselben, offener Widerstand Einsetzung der Polizeigewalt, das sind die Mittel, mit denen sich die sozialfaschistische Bürokratie zur Preiskrechterin des Kapitalismus macht.

Gegen diese Hunger-, Unterdrückungs- und Kriegspolitik des Dreibundes: Staat, Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie, für die Verteidigung und den Schutz der Sowjetunion erhebt sich die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Ungeachtet aller Drohungen, allem Polizei- und Justizterror zum Trotz, mobilisiert die revolutionäre Opposition unter Führung der Kommunistischen Partei die Arbeiterklasse zum Kampfe um Lohn und Brot, für die Beseitigung des kapitalistischen Staates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Der Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition stellt sich die Aufgabe, die Beschlüsse des Reichskongresses vom Dezember 1929 in die Tat umzusetzen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Organisiert mit uns den Kampf
für Wehrhaftmachung der Arbeiterschaft;
gegen den imperialistischen Krieg;
für die Verteidigung der Sowjetunion;
für den Siebenstundentag;
für die sofortige Erhöhung der Löhne;
für gleichen Lohn der Jugendlichen und Frauen wie die Männer;
für die sofortige Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen;
für die sofortige Einreihung der Erwerbslosen in die Betriebe;
für die Erhöhung der Bezüge aller Sozialrentner und Kriegsopfer!

Dafür wird der Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter Führung der Kommunistischen Partei seinen Kampfplan aufstellen und die Kampfleitung schaffen.

Arbeiterinnen, Arbeiter!
Stellt Euch geschlossen hinter die Beschlüsse dieses Kampfkongresses!

Kein Betrieb ohne rote Betriebsräte!
Kein Betrieb mehr ohne roten Vertrauensmännerkörper!
Kein Betrieb mehr ohne rote Frauendelegierte!
Kein Betrieb mehr ohne revolutionäre Kampfleitung!

Erkennt, daß nur der Kampfesweg der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Weg, den die KPD. Euch zeigt, der Offensive des Trustkapitals und dem Sozialfaschismus Einhalt gebieten kann.

Formiert die roten Bataillone zum Kampfe gegen den Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie und Sozialfaschisten!

Geht zum Angriff über!

Organisiert in allen Betrieben den wirtschaftlichen und politischen Massenstreik!

Unter dieser Losung wird das Proletariat kämpfen und siegen!

Eine Lehre für uns alle:

Wie stand es auf Grube „Cäcilie"?

Trotz Streikbeschluß treten die Kumpels nicht in den Kampf — Jede Regung des Proletariats steht unter Polizeiterror — Bessere revolutionäre Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist notwendig

Von zögernden Anfängen zu entscheidenden Klassenkämpfen

Die Massenkündigungen im Braunkohlenbergbau haben eine ungeheuer erregte Stimmung unter den Bergarbeitern hervorgerufen. Besonders in den Belegschaften, in denen sich der Unternehmerangriff am brutalsten auswirkt. Das ist besonders auf der „Cäcilie" der Fall. Zweihundertvierzig Kumpels, das ist über die Hälfte der Belegschaft, sollen auf die Straße geworfen werden. Teilweise Entlassungen sind schon erfolgt. Die Belegschaft der „Cäcilie" hat sofort in einer Versammlung zu den Dingen Stellung genommen und eine Streikleitung gewählt. Eine weitere Versammlung beschloß einmütig (gegen zwei Stimmen) den Kampf. Am gestrigen Dienstag früh sollte der Streik einsetzen. Die Forderungen der Opposition, Siebenstundentag und Lohnerhöhung waren als Kampfziele gestellt.

Morgens gegen 4 Uhr standen bereits die Streikposten, ungefähr 40 bis 50 Kameraden, alle Ausgänge des Werkes, der Grube und des Abraums waren besetzt.

Gleichzeitig hatte sich zur frühen Morgenstunde auch die Krüger-Polizei eingefunden! Sechs Mann hoch stiefelten sie vor dem Haupteingang auf und ab. Immerfort die Streikposten provozierend. Radfahrerpatrouillen fuhren auf und ab, um jederzeit Verstärkung heranholen zu können. Die Trustbourgeoisie hatte ihre Söldlinge mobilisiert, und die Grünen haben ihre Pflicht getan...

Von 5 Uhr an kamen die Kumpels, die nicht in der Versammlung gewesen waren, sie wurden informiert. „Streik" schallte es ihnen entgegen. „zeigt Rückgrat und bleibt draußen, die Schlotbarone sollen sich Arbeiter backen lassen." Einige Kumpels kehrten um. „Nein, Streikbrecher wollen wir nicht machen", erklärten sie. Aber andere und das war die große Mehrheit, ging in die Betriebe hinein. Manche erklärten, sie wollten nur sehen, ob **alle** herausgehen. Die Streikposten wiesen nachdrücklichst auf die verderbliche, schwankende Haltung der einzelnen Kumpels hin, aber sie konnten sich nicht durchsetzen, noch erkannten die Kollegen nicht die Notwendigkeit des sofortigen aktiven und revolutionären Kampfes. Es gab harte Auseinandersetzungen.

Die Polizei hetzte die Arbeiter direkt auf, nicht in den Streik zu treten, sie drohte mit Verhaftung der Streikposten.

Wörtlich sagte ein Polizeihäuptling: „Es ist gar kein Streik beschlossen, geht nur hinein in die Betriebe, wir machen auf der Straße schon Luft." Die Polizei war also informiert, daß es sich um einen sogenannten „wilden Streik" handelt. Sicher von den Bonzen. Höhnisch grinste ein Werksspitzel, der, von einem Hund beschützt, das Tor zu bewachen hatte, als er das provokatorische Auftreten der Polizei wahrnahm.

Die unentschiedene Haltung der Kumpels wirkte sich für den Ausbruch des Kampfes entsprechend aus. Ein Kamerad ging nach dem anderen in den Betrieb. So mancher biß die Zähne dabei zusammen. „Wir müssen noch einmal zusammenkommen und den Streikbeschluß fassen", das war die Meinung, die viele vertraten. Es gab natürlich auch anders gerichtete, solche, die gar nicht antworteten, die heimlich mit krummem Buckel auf Seitenwegen nach ihrem Arbeitsplatz schlichen. Das waren die Blüten der Werksgemeinschaft, das waren die, die ganz richtig als Streikbrechergesindel bezeichnet werden und die überhaupt nicht kämpfen wollen. Hatten doch schon drei dieser Blüten einige Tage vorher tatsächlich den Obersteiger gebeten, die ausgesprochene Kündigung zurücknehmen. Die Kumpels wissen, über diese Elemente muß es hinweggehen.

Sechs Uhr! Die Schicht begann. Die letzten Zögernden begaben sich auf ihre Arbeitsstelle. Sechs Kameraden blieben außerhalb des Betriebes. Sie erklärten: „Wir fangen nicht wieder an. Wenn im Laufe der nächsten Tage kein Streik zustande kommt, dann holen wir die Papiere, mag kommen, was da will."

Mit diesen sechs ist also zum zweiten Male eine revolutionäre Kerntruppe von der Belegschaft „Cäcilie" aus dem Betriebe gegangen.

Während der letzten Lohnbewegung gingen bekanntlich dreizehn Mann heraus, von denen wurden zehn gemaßregelt. Diese Tatsachen kennzeichnen am allerbesten, daß im Revier wirklich revolutionäre Arbeiter vorhanden sind, daß vor allen Dingen auch Kampfwille da ist, daß es aber trotzdem an Entschlossenheit bei großen Teilen der Belegschaft fehlt. Das Gären im Betrieb muß bewußt in die Bahnen des revolutionären Kampfes geleitet werden. Jeder klassenbewußte Prolet muß da voll und ganz seinen Mann stehen, dann ist es auch möglich, die Belegschaft zum Kampfe zu führen.

Die Vorgänge auf der Grube „Cäcilie", insbesondere das schnelle Einsetzen des kapitalistischen Staatsapparates (Polizei schon vor Beginn eines Lohnkampfes), kennzeichnen am besten die Verschärfung der Klassengegensätze in unserer Hindenburg-Hunger-Republik, kennzeichnen, daß alle ökonomischen Kämpfe von vornherein politischen Charakter tragen. Die Massenverelendung und Massenausbeutung wird noch schärfere und brutalere Formen annehmen, deshalb steht der Kampf für die Geiselkumpels, wie überhaupt für die mitteldeutschen Bergarbeiter, noch auf der Tagesordnung. Keineswegs ist das diesmalige Zurückweichen der Belegschaft der „Cäcilie" als Niederlage zu bezeichnen, im Gegenteil, es sind durch diese Vorgänge die Symptome hervorstehender großer Klassenkämpfe sichtbar geworden. Stellen wir uns darauf ein. **Leisten wir gute revolutionäre Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, mobilisieren wir die Belegschaften besser und gründlicher, organisieren wir die rote Kampffront gegen Trustbourgeoisie und Sozialfaschismus. Vorwärts, mit voller Kraft ans Werk!**

Zum Verrat die Niedertracht

Die Leuna-Sozialfaschisten hetzen gegen rote Betriebsräte, um ihre Schandtaten zu vertuschen — Mit schmutzigen Lügen und Verdrehungen versuchen sie „ihre Betriebsratswahlen" vorzubereiten...

S. Unter der Ueberschrift: „Arbeiterverrat im Arbeiterrat" schrieb im Organ der Zörgiebel-Sozialisten, dem „Volksblatte", ein Artikel, der sich unter anderem mit den Vorgängen in den letzten Arbeiterratssitzungen im Leuna-Werk beschäftigt. Dem Artikelschreiber, dem scheinbar der Mut fehlt für die gemeinen Verleumdungen in diesem Artikel verantwortlich zu zeichnen, ist offenbar die starke Frühlingssonne der letzten Tage zu Kopf gestiegen. Man könnte die gemeine Sudelei zu den übrigen Schmutzereien in das Fach legen: „Einheitsfront der Sozialfaschisten und Leuna-Profithänen", wenn es sich nicht um außerordentlich niederträchtige Verleumdungen handeln würde. Im Interesse der 10 000 roten Betriebsräten verbundenen Massen der Leuna-Werke sind ein paar Klarstellungen notwendig.

Wenn der Artikelschreiber im „Volksblatt", der niemand anders als der Sozialfaschist Tenbagen ist, behauptet: Irgend etwas Gutes ist durch den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Walter und seine ihm ergebene Mehrheit im Arbeiterrat gegen Entlassungen nicht getan worden, so ist das bewußte Lüge! Wahr daß in der ersten Betriebsratssitzung dieses Jahres

die Vertreter der Opposition ganz klar und scharf den Siebenstundentag mit Lohnausgleich forderten.

Ein diesbezüglicher Antrag der roten Betriebsräte konnte leider nicht zur Abstimmung gestellt werden, da Walter, der reformistische Betriebsratsvorsitzende einen bestellten Antrag auf Schluß der Debatte einbringen ließ. Und höhnisch dazu die Erklärung des Genossen: „Im Betriebsrat diktieren wir, dort haben wir die Mehrheit."

Wenn den freien Gewerkschaften auch nur im entferntesten etwas an der Beseitigung des ungeheuren Massenelends gelegen war, hier hätten sie die Gelegenheit zu handeln.

Statt Kampfmaßnahmen gegen die Leuna-Könige, Beruhigungspillen für die Belegschaft in Form einer Bekanntmachung, die der Lohnkürze beigelegt wurde.

Von Warnung, vor „verantwortungslosen Elementen", das war das, die die sozialfaschistischen Helfer der Werksleitung fertigten.

Nur kurze Worte zu der vom Genossen Sander in der Arbeiterratssitzung abgegebenen Erklärung zur Frage der Tarifkontrolle. Genosse Sander wandte sich in scharfen Worten gegen die Leibesvisitation beim Passieren der Pförtnerstellen und belegte das mit drastischen Beispielen. Wörtlich führte er aus: „Es ist zu verstehen, daß sich im Werk so viel Diebstähle ereignen, geschehen diese doch vielfach aus Not." Der Genosse Sander machte seine Ausführungen in Gegenwart des Leuna-Staatsanwalts Mathern, der auf dessen Feststellung, daß viele Diebstähle im Werk stattfänden, erwiderte:

„Das gesamte kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln ist zusammengeräubert, geplündert und gestohlen worden."

Während der fast halbstündigen Beratung über die Frage der Torkontrolle haben die Sozialfaschisten nicht ein Wort zu dieser für alle Leuna-Arbeiter wichtigen Frage geäußert. Das nennt man dann wahre Interessenvertretung der „Arbeiterschaft". Im Anschluß an eine spätere Arbeiterratssitzung wurden die Sozialfaschisten Tenbagen und Walter aufgefordert, zu einer am gleichen Tage in Merseburg in einer stattgefundenen öffentlichen Belegschaftsversammlung zu erscheinen. Die „tapferen Helden" zogen es vor, nicht zu erscheinen.

Wir stellen fest: Die Sozialfaschisten sind zu feige, sich offen mit den roten Betriebsräten zu messen, sie wagen es auf Grund ihrer Katastrophenpolitik nicht, sich vor den Leuna-Arbeitern zu rechtfertigen. Die Leuna-Arbeiter werden diesen Elementen bei der nächsten Wahl zu dem erhofften „Sieg" verhelfen, und diese hoffnungslos verkommenen Verräter auf den politischen Misthaufen befördern.

Die Amtsentheben sowie Entlassung des Genossen Lehmann, die Amtsentheben des Genossen Sander, die jetzt vor dem Landesarbeitsgericht Halle erfolgte endgültige Amtsentheben des Arbeiterratsvorsitzenden Genossen Schmitt, gegen die es keinerlei Berufung mehr gibt, öffnet auch dem letzten Arbeiter die Augen darüber, wer die Freunde und wer die Feinde der Werkleitung sind.

Die roten Betriebsräte sind jederzeit bereit, in engster Verbindung mit den Massen der Betriebsarbeiter alle Lebensfragen des Proletariats zu lösen, und sie wünschen nichts sehnlicher, als die Tenbagen, Walter Fischer und Ko. einmal als Gegner in ihren öffentlichen Leuna-Arbeiterversammlungen zu haben. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Unsere Genossen rechnen ab und meinen: Auf Wiederhören, Herr Tenbagen!

„Nuri" schreibt Artikel . . .

Die DMV.-Ortsverwaltungswahl in Herzberg hat eine reformistische Leuchte veranlaßt, im Blättchen für den Kreis Schweinitz einen ellenlangen Bericht herunterzuschmieren. Wirklich, es ist wohl noch nie so etwas Sichtes, Oberflächliches von einem sogenannten Gewerkschaftler geschrieben worden. Der Held, der das Ding verbrochen hat zeichnet auch noch mit dem lieblichen Pseudonym „Nuri". „Nuri-tutsch, die Kommunisten sind futsch". Das ist der Inhalt des Berichtes. Irgendeine Gewerkschaftsfrage wurde darin nicht angeschnitten. „Nuri" hat einen schlechten Schulaufsatz geschrieben. Die oppositionellen Kollegen haben nur Nutzen davon, denn so mancher Metallarbeiter kommt zur Einsicht, daß er mit vielkloren revolutionären Kollegen marschieren muß. Nur weiter so, dann sagen sie bald alle: „Nuri" ist: ..rr...

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Steinarbeiterverband, Zahlstelle Halle! Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 17 Uhr, im „Volkspark", außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder aller Sektionen müssen bestimmt erscheinen

Schuhmacher Weißenfels. Am Mittwoch, 29. Januar, 20 Uhr, findet im Stadttheater die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher statt. Mitgliedsbücher sind unbedingt mitzubringen.

Holzarbeiter Weißenfels. Am 1. Februar, 20 Uhr, findet im Restaurant „Zur Eisenbahn" die Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes statt. Keiner darf fehlen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0011

Arbeiter-Sport

Nr. 23 — Mittwoch, 29. Januar 1930

Was geht bei den hallischen Arbeiter-Samaritern vor?

Mit knapper Mehrheit gelang es den Sozialdemokraten, zur Generalversammlung der hallischen Kolonne der Arbeiter-Samariter, den Vorstand wieder an sich zu reißen. Es fehlte nicht viel und sämtliche fraktionelle Vorarbeiten der Sozialdemokraten waren zerstört. Die Liste für den Vorstand brachten die Ferchlandt, Bernhardt und Mollnau fix und fertig mit in die Versammlung. Das ist ein Beweis dafür, daß alle Reden von der parteipolitischen Neutralität im ASB. nur ein Gesunkene darstellen.

Die Sozialdemokraten nützen weidlich ihre Positionen im ASB. zu parteipolitischen Zwecken aus. Politisch Andersdenkende werden von ihnen als Menschen zweiter Klasse behandelt. So fand am Sonntag, dem 18. Januar, im „Volkspark" eine Vorstandssitzung statt, zu der einige Arbeiter-Samariter geladen waren, die während ihrer Dienststunden von Schupos Schläge erhalten hatten. Die Vorfälle sollten zu Protokoll gegeben werden. Befremdend war schon das Verhalten des Schriftführers Mollnau, der bei Erscheinen der Genossen einfach das Zimmer verließ. Als die Ausjagen von den überfallenen Arbeiter-Samaritern gemacht waren, wurde der Genosse Michael aufgefordert, noch im Zimmer zu bleiben. Ein anderer jugendlicher Arbeiter-Samariter machte dazu eine Bemerkung, die den Sozialdemokraten Bernhardt sofort in Harnisch brachte.

Mit Redensarten gemeinster Art, als Dreckschwein, Ochse, ich haue Dich in die Fr . . . ., warf er um sich.

Ein älteres Arbeiter-Samariter-Mitglied, der den hallischen Verein mit gegründet hat, machte den Vorsitzenden Ferchlandt auf das unprofetarische Verhalten von Bernhardt aufmerksam und forderte Ferchlandt auf, dagegen einzuschreiten. Dieser hielt es aber nicht für nötig, sondern las die Zeitung weiter. Also geschahen diese Kübeleien des Sozialdemokraten Bernhardt im Einverständnis seiner Parteifreunde. Selbst den alten Veteran der hallischen Arbeiter-Samariter-Kolonne bedrohte Bernhardt, dieser üble Bursche von einem Sozialdemokraten. Er verstieg sich in seiner Wut so weit, daß er die gemeinen Machinationen des sozialdemokratischen Vorstandes gegen politisch andersdenkende Genossen in der hallischen Kolonne preisgab. So drohte er, daß verschiedene Ausschlüsse bei dem Bundesvorstand zur Erledigung liegen. Uns wird durch eine Zufälligkeit bekannt, daß bereits ein Mitglied vom hallischen Verein ausgeschlossen ist.

Gegen diese sozialdemokratische Willkür müssen die Mitglieder energisch Front machen. Das Verhalten des Vorstandes hat bewiesen, daß sie dieselben Knüppelmethoden wie die Schupo gegen die Mitglieder anwenden. Arbeiter-Samariter, wehrt Euch dagegen!

Nun erst recht Delegierte zur Landeskonferenz

Gestern veröffentlicht das „Volksblatt" „freudestrahlend" eine Notiz, daß die Gauvorstandsmitglieder im Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", die Genossen Landgraf und Lorenz, ihre Unterschrift zum Aufruf der Landeskonferenz in Halle zurückgezogen haben. Mit dieser Meldung wollen die reformistischen Spalter eine Verwirrung unter der Opposition im Arbeiter-Radfahrer-Bund herbeiführen. Es wird ein Fehlschlag für die Reformisten werden. Nun erst recht müssen die Ortsgruppen zu dem Spaltungskurs der Reformisten Stellung nehmen und Delegierte zur Landeskonferenz schicken. Wie wir mitgeteilt bekommen, soll die Notiz im „Volksblatt" gar nicht auf Wahrheit beruhen.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Donnerstag, den 30. Januar, 20 Uhr, Vorstandssitzung im Lokal Polzin. Der Vorstand. J. A.: Wahbel.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Bitterfeld

Hierdurch werden alle Vereine und Delegierten zur Generalversammlung für Donnerstag, den 30. Januar, 20 Uhr, nach dem „Volkshaus" geladen. Erscheinen ist Pflicht. Tagesordnung: 1. Verlesen der Anwesenheitsliste. 2. Berichte: a) Vorsitzender, b) Schriftführer, c) Kassierer und Revisoren. 3. Stellungnahme zur Landeskonferenz aller Sportvereine der Provinz Sachsen. 4. Anträge. Verschiedenes. Der Vorstand. J. A.: P. Kißig, 1. Vors.

2. Kreis, 8. Bez. Handball-Spiele zum 2. Februar

Serienspiele

11 Uhr Adler 1. — Dieskau 1. — Schönherr, F. Ammendorf

Gesellschaftsspiele

10 Uhr Eisdorf 1. — Sennewitz 1. — Kittelmann, Bennstedt
10 Uhr Mötzellig 1. — F. Ammendorf 1. — Bornstedt, Othalla
15 Uhr Passendorf 1. — Bennstedt — Kraule, Reideburg
½13 Uhr Canena 1. — Schraplau 1. — Kraule, Zwintschöna
15 Uhr Beesen 1. — Schw. Ammendorf 1. — Schaaf, Würmlitz
11 Uhr Rössen 1. — Nall, Schaafheim
½10 Uhr Lettin 1. — Fichte 1. — Kleinschmargar, Raundorf
15 Uhr Othalla 1. — Reideburg 1 — Chemnitz, Fichte
14 Uhr Brachstedt 1. — Trotha 1. — Steppe, Sennewitz
10 Uhr Merseburg 1. — Raundorf 5. M. 1. — Mötzelling
15 Uhr Teutschenthal 2. — Kanena 2. — Stedten
15 Uhr Teutschenthal 1. — Kanena 1. — Stedten
10 Uhr Nauendorf (S.) 1. — Schafstädt 1. — Löbejün
13 Uhr Würmlitz 2. — F. Ammendorf 2. — Adler
14 Uhr Passendorf 2. — Benndorf 2. — Brachstedt
11 Uhr Löbejün 2. — Dieskau — Dieskau
10 Uhr Beuchlitz 2. — Passendorf
½15 Uhr Queis 2. — Fichte 2. — Reideburg

Jugend

11 Uhr Reideburg — Raundorf — Zwintschöna
10 Uhr Rössen — Raundorf 5. M. — Raundorf 5. M.
10 Uhr Merseburg — Raundorf 5. M. — Mötzelling

Die Spiele mit Rössen finden in Kötschen statt.

Mittwoch, 5. Februar, 19 Uhr, im „Volkspark":

Handballbörse.

Adolf Berge, Börsenleiter.

2. Kreis, 8. Bezirk. Achtung, Kinderturnen! Aus technischen Gründen muß der Beginn der Kinderturnen vom 9. Februar auf den 23. Februar verlegt werden. Der Beginn ist gleich 8.30 Uhr in Ammendorf (Turnhalle Radewell). Benötigte bringend alle Adressen der Kinderturnerinnen. Bereitet Euch für das Kreiskinderfest vor. Willi Grabe, Bezirks-Kinderturnwart, Ammendorf, Waldstraße 45.

2. Kreis, 6. Bezirk, Turner. Achtung, Bezirkstage. Am Sonnabend, 1. Februar, 1/2 8 Uhr, findet im „Volkspark" in Halle unsere erste Uebungsstunde und anschließend Sitzung statt. Jeder Genosse muß anwesend sein. Es fehlen noch eine Anzahl Fragebogen, welche sofort eingesandt werden müssen, da sonst der Gesamtübungsbetrieb nicht statistisch festgelegt werden kann. Ich bitte die Bezirksvereine, dies zu beachten. Gruppenfragebogen fehlen noch von den Genossen Mitteg, Schkeuditz, und Genossen Mücheldorf, Oberröblingen.

Kurt Winter, Technischer Leiter, Canena, Neue Straße 9.

Hinweg mit den Schandreversen

der reformistischen Spalter. Lehnt sie ab in Euren Versammlungen. Laßt Euch nicht das Selbstbestimmungsrecht berauben. Reiht Euch ein in die Kampffront der Opposition.

Wählt Delegierte zur Landeskonferenz am 7. und 8. Februar im „Volkspark" in Halle

Die Arbeiter-Kegler gegen Spaltungskurs

Wählt Delegierte zur Landeskonferenz

Eine Anzahl oppositioneller Vereine sollen ausgeschlossen werden — Organisiert die Abwehr

Der Deutsche Arbeiter-Kegler-Bund wurde am 24. und 25. Oktober 1924 in Berlin aus kleineren und größeren Keglergruppen aus dem Reiche, wie Leipzig, Dresden, Chemnitz, Halle, Erfurt, Gera usw., gegründet. Auf dem Gründungstag wurde von allen Rednern betont, daß ein scharfer Trennungsstrich zwischen bürgerlichem und Arbeitersport gemacht werden muß. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der DAKB. auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Das war auch ein Grund mit, warum sich der Freie Keglerbund, Berlin, nicht mit anschloß. Dieses Bekenntnis zur revolutionären Arbeiterbewegung konnte man auf allen Konferenzen und Bundestagen hören. Anders wurde es nun aber auf dem letzten Bundestag, wo wir der ZK. angeschlossen waren.

Da redete man nicht mehr von Klassenkampf, sondern nur immer davon, daß man sich von jetzt an den Richtlinien der ZK. zu fügen habe.

Fünf Jahre hat die ZK. gebraucht, um den DAKB. aufzunehmen. Warum geschieht das aber jetzt erst? Früher hieß es immer, wir können Euch nicht aufnehmen, denn Ihr seid ein Gauklub, Ihr treibt keinen Sport. Jetzt auf einmal laufen die Kegler nicht mehr und treiben Sport. Der Grund, daß wir jetzt aufgenommen wurden, ist ein anderer. Durch die Ausschlußkampagne der ZK. sind ihre Reihen gelichtet. Dieses Loch mußte wieder zugestopft werden, und dazu nahm man den DAKB. auf. Daß nur die ZK. auf unseren Bundesvorstand einwirken will, um auch bei den Keglern Ausschlüsse vorzunehmen, war uns schon auf dem letzten Bundestag klar. Es ist dies öfters von uns betont worden. Die Richtlinien und den Anschluß an die ZK. wurden von uns geleehnt. Daß wir recht hatten, bestätigte sich sehr schnell dem man

den Bezirken Halle und Berlin den Ausschluß androhte,

weil sie sich nicht den Richtlinien der ZK. und dem Beschluß des Bundestages in der Frage der ZK. fügen wollen.

Sportgenossen, am 8. und 9. Februar findet in Halle eine Landeskonferenz aller Arbeitersportvereine der Provinz Sachsen und Anhalt statt. Es ist unbedingte Pflicht jedem Vereins- und Sportklubs, einen Delegierten zu dieser Konferenz zu schicken. Es macht sich notwendig, daß wir den anderen Sportgenossen zusammengehen, um die Ausschlußpolitik Reformisten niederzuringen. Der Bezirk Halle und Gera hat den Weg gezeigt. Auf diesem muß weiter geschritten werden.

Also auf nach Halle am 8. und 9. Februar zur Landeskonferenz!

Korruption im Deutschen Arbeiter-Kegler-Bund

Jetzt wird bekannt, daß der erste Vorsitzende des Arbeiter-Kegler-Bundes, Walter Lippmann in Chemnitz, der politisch zur Opposition gehört, in mehreren Fällen Gelder vom Bunde sich unrechtmäßig angeeignete. Einige hundert Mark betragen die Unterschlagungen. Lippmann war derjenige, der gegen die Opposition im Arbeiter-Kegler-Bund in aggressivster Weise vorging. So drohte er, verschiedenen größeren Ortsgruppen den Ausschluß an. Mit bewundernswerter Frechheit glaubte er seine gemeinen Verschiebungen verdecken zu können. Dieses ist ihm nicht gelungen. Sein Bestreben geht dahin, unbedingt Angestellter im Bunde zu werden. Bis jetzt hat er seine Mitgliedschaft immer verhindert.

Wenn Lippmann an seinen Unterschlagungen gestürzt ist, so werden die Mitglieder nicht glauben, daß die anderen sozialdemokratischen Bundesvorstandsmitglieder einen anderen Kurs im Arbeiter-Kegler-Bund einschlagen werden. Auch sie werden versuchen, die oppositionelle Bewegung im Bunde mit den schärfsten organisatorischen Maßnahmen zu unterdrücken.

Arbeiter-Kegler, wehrt Euch dagegen und kämpft mit der Opposition anderer Sportvereine gegen den reformistischen Spaltungskurs!

Heraus zum internationalen Athletentreffen

Am 7. Februar d. J. veranstaltet die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport im großen Saal des „Volksparl", abends 8/8 Uhr,

einen Ring- und Boxabend

russischer, englischer, französischer und deutscher Arbeiter-Schwerathleten.

Sorgt für Massenbesuch! Kämpft für die Einheit!

Der 6. Bezirk gehört der Oppositio

Männer-Turnverein Eisdorf, Minerva-Halle, Sportlust-Halle und Sportverein Brachstedt i für die Einheit — Weitere Solidaritätsspiele in Nietleben, Gutenberg, Weißenfels und Möck

Unaufhaltsam ist die Opposition auf dem Vormarsch. Das mußte selbst, so bitter es auch ist, das „Volksblättchen" zugeben. Wieder stoßen vier Vereine des ATuSV. zu den Ausgeschlossenen, so daß dessen 6. Bezirk, insbesondere die Fußballsparte, bald aufgehört hat, auch nur ein Wörtchen mitzureden. Minerva 1. Halle, die im August 1928 bereits ausgeschlossen waren, finden den Weg zurück. Sportlust beschloß in seiner letzten Versammlung, Solidaritätsspiele auszutragen. Sportverein Brachwitz sieht ebenfalls, genau wie Männer-Turnverein Eisdorf, ein, daß die Opposition den richtigen Weg geht. In Können schloß man einige Fußballer aus, viele schlossen sich solidarisch an, und wieder kämpfen zwei Mannschaften mehr um die Einheit im Arbeitersport. Wir begrüßen die Vereine und erwarten, daß sie tatkräftige Mitglieder der Opposition bleiben.

Sonntag, den 2. Februar, finden folgende Freundschaftsspiele statt:

57	½10 Uhr	Trotha Jgd. — Löbejün Jgd.		D. Kißing, Gröbers
				Fr. König, Löbejün
58	½11 Uhr	Trotha 3. — Löbejün 3.	P. Wengel, A. Schöne, Gröbers	
59	12 Uhr	Trotha 2b — MSC. 2.	W. Werner, E. Schöne, Gröbers	
60	½14 Uhr	Trotha 2. — Löbejün 2.		Richter, Brachwitz
61	15 Uhr	Trotha 1. — Löbejün 1.		Krüger, Teutonia
62	10 Uhr	93 Weißenfels 2. — Bruckdorf 2.		Union Weißenfels
63	13 Uhr	93 Weißenfels Jgd. — Bruckdorf Jgd.		Union Weißenfels
64	14 Uhr	93 Weißenfels 1. — Bruckdorf 1.		Union Weißenfels
65	½15 Uhr	Lettin Jgd. — Gröbers Jgd.		Mokonia
66	½14 Uhr	Lettin 2. — Gröbers 2.		Cröllwitz
		Lettin 1. — Gröbers 1.		Henze, Löbejün
68	11 Uhr	Teutonia 3. — Ciran 2.		Tiemig
69	13 Uhr	Teutonia 2. — Tiemig 2.		MSC.
70	½15 Uhr	Teutonia 1. — Tiemig 1.		Pühl, Viktoria
71	½14 Uhr	Brachwitz 2. — Union Weißenfels 2.		Thieme, Teicha
72	15 Uhr	Brachwitz 1. — Union Weißenfels 1.		Thieme, Teicha
73	13 Uhr	Mokonia 2. — Cröllwitz 2.		MSC.
74	½15 Uhr	Mokonia 1. — Cröllwitz 1.		Stone, Trotha
75	½14 Uhr	Viktoria Jgd. — Reideburg Jgd.		Lettin
76	15 Uhr	Viktoria 3. — Reideburg 3.		Bruckdorf
77	½14 Uhr	Viktoria 2. — Sportlust 2.		Giebichenstein
78	15 Uhr	Viktoria 1. — Sportlust 1.		Teutscher, Reideburg
79	½14 Uhr	Tiemig Jgd. — Mokonia Jgd.		Wilhelm
80	½15 Uhr	MSC. 1. Jgd. — Fichte Jgd.		Mokonia
81	½10 Uhr	Minerva Jgd. — Viktoria Jgd.		Sportbrüder
82	½11 Uhr	Minerva 1. — Reideburg 1.		Pegold, Cröllwitz
83	14 Uhr	Reideburg 2. — Minerva 2.		Teutonia
84	15 Uhr	MSC. 1. — Frisch Auf Leipzig 1.		Hillebrecht, Minerva
85	½14 Uhr	Bruckdorf 2. — Mötzlich 2.		Gnelk, Trotha
86	15 Uhr	Bruckdorf 1. — Mötzlich 1.		Gnelk, Trotha
87	13 Uhr	Könnern 2. — Giebichenstein 2.		Förster, Lettin
88	½15 Uhr	Könnern 1. — Giebichenstein 1.		Förster, Lettin
89	13 Uhr	MSC. 2. Jgd. — Brachwitz Jgd.		Viktoria

Nach Brehna: Sportbrüder 1. und 2.
Nach Sandersdorf: Teicha 1. und 2.

Alle Spiele sind laut letztem „Sachsensport" umgestellt. Dies allen Vereinen zur Kenntnis. — Erstgenannter Verein beim. — Spiele Nr. 77 und 78 finden auf dem Sandacker statt. — Spiele Nr. 81 und 82 finden Platzes halber eine halbe Stunde früher statt (wie gemeldet). — Spiel Nr. 83 findet in Reideburg statt. — Spiel Nr. 84 findet auf dem Cröllwitz-Platz statt. — Mannschaften wie Schiri haben pünktlich anzutreten. **Achtet auf Ausfahrzeiten! Ohne Fälle keine Spielbereitschaft.** — Spiele Nr. 57 bis 89 beim Ersatzspiele und Laufen der Preisfrage mit Uhr und Pfeife in Sportkleidung anzutreten.

J. A.: O. Schönfeld.

Handballspiele am 2. Februar

½13 Uhr	Eisdorf 2. — Seeben 2.		Ernst Berger, Cröllwitz
½14 Uhr	Eisdorf 1. — Cröllwitz 1.		Müller, Seeben
14 Uhr	Seeben 2. — Unterröblingen 2.		Missalla, Nietleben
15 Uhr	Gutenberg 1. — Nietleben 1.		G. Radtke, Seeben
16 Uhr	Seeben 1. — Unterröblingen 1.		Ernst Sturm, Nietleben
12 Uhr	Gutenberg 2. — Reinsdorf 2.		Schmuhl, Seeben
11 Uhr	Gutenberg Jgd. — Reinsdorf Jgd.		Schmuhl, Seeben
10 Uhr	Eisleben Jgd. — Unterröblingen		Seiffert, Schwimmer
10 Uhr	Schwimmer 1. — Achilles 1.		Förster, Cröllwitz

In Leipzig-Möckerling

13 Uhr	Möckerling Jugend — Domünde Jugend	
14 Uhr	Möckerling 2. — Domünde 2.	
15 Uhr	Möckerling 1. — Domünde 1.	

Alle abgeschlossenen Spiele mit Gutenberg finden in Seeben statt.

Folgende Vereine haben bis 5. Februar Quartalsbeiträge, Unfallversicherungsbeiträge und Kopfsteuern an den Genossen Förster zu bezahlen: Weißen, Reinsdorf, Achilles, Seeben, Eisleben, Unterröblingen, Bitterfeld, Freier Wassersportverein Halle.

Die Bundesvereine Nietleben, Domünde, Eisdorf haben Montag, den 3. Februar, zwecks Neuteilung der Versicherung und Fälle zu erscheinen. Weiter das Bundesvorstand der Handballsparte zur Sitzung um 20 Uhr zu erscheinen.

Domünde fährt mit dem Zug ab Halle 10.17 Uhr bis nach Wedau. Es werden für den Leipziger Gerichten abgeholt.

Durch das Anwachsen unserer Handballbewegung macht sich eine nähere Zusammenarbeit notwendig, und zwar am Mittwoch, dem 5. Februar, um 20 Uhr, bei den Vereinsspielleitern zur Kenntnis.

Alle Vereine haben bis Mi . . . dem 5. Februar (nicht wie es heißt, den 17. Februar), alle Meldeschegen zu den Verbandsspielen namentlich einzusenden. Weiter haben alle Fälle zur Kontrolle bei dem Schriftführer vorzulegen: Bitterfeld, Reinsdorf, Handballabteilung Cröllwitz. Einsicht eines jeden Gesamtmitgliederbestand an den Schriftführer bis 10. Februar.

2. Kreis, 8. Bezirk, Schiedsrichter (Opposition)

Spiele am 2. Februar

½13 Uhr	Lettin 2. — Gröbers 2.	Karl Bahner, Bitterfeld
14 Uhr	Lettin Jgd. — Gröbers Jugend	Dieke, Bitterfeld
15 Uhr	Lettin 1. — Gröbers 1.	Dieke, Bitterfeld
10 Uhr	Sandersdorf 2. — Teicha 2.	Schäfer, Bitterfeld
15 Uhr	Sandersdorf 1. — Teicha 1.	F. Mittmann, Bitterfeld
11 Uhr	Niemegk Jgd. — Holzweißig Jgd.	F. Kriesel, Bitterfeld
13 Uhr	Niemegk 2. — Holzweißig 2.	F. Kriesel, Bitterfeld
½15 Uhr	Niemegk 1. — Holzweißig 1.	Emil Mann, Bitterfeld
13 Uhr	Mühlbeck Jgd. — Greppin Jgd.	Rechner, Bitterfeld
14 Uhr	Mühlbeck 1. — Greppin 1.	Rechner, Bitterfeld
12 Uhr	Pretzsch Jgd. — Bitterfeld 03 Jgd.	Fischer, Bitterfeld
13 Uhr	Pretzsch 2. — Bitterfeld 03 2.	Fischer, Bitterfeld
½15 Uhr	Pretzsch 1. — Bitterfeld 03 1.	Kohlmann, Bitterfeld
13 Uhr	Brehna 2. — Sportbrüder Halle 2.	F. Mittmann, Bitterfeld
½15 Uhr	Brehna 1. — Sportbrüder Halle 1.	F. Mittmann, Bitterfeld

Erinnere nochmals an die am Sonnabend, dem 1. Februar, im „Bitterfeld" stattfindende Schiedsrichtervollversammlung. Anfang 19 Uhr. Alle Kassisten zu erscheinen. Schriftliche Prüfung. Der mündliche Teil wegen Hitze ich um zahlreiche Beteiligung. Schiedsrichterkarten mitbringen.

Löbejün 1. — VC. Diemitz 1. 6:1 (1:0)

Mit Anstoß von Diemitz entwickelt sich ein sehr flottes Spiel. Zwei Ecken bringen nichts ein. Wieder liegt U. im Angriff, ein Elfmeter wird gegeben, welcher unhaltbar eingeschossen wird. Nach Halbzeit nimmt der Spiel zu. Spielt auf Ausgleich, können aber das Schlußtorchen nicht finden. Trotz guten Tor hat nicht Löbejün einen kleinigen Vorsprung. Nach Sturm kann fast weitere Tore buchen, dem D. nur eine entgegenhalten. Somit nahm das jederzeit flotte und feine, dem Arbeitersport verbundene 500 Zuschauern sein Ende. Löbejün 2. — Diemitz 2. 0:2. Löbejün 1. 2:3. Löbejün Jgd. — Diemitz Jgd. 0:3.

Lettin Jugend — Mokonia Jugend 4:2.

Aunaburg 1. — Zickachau 1. 6:2

Zickachau kämpft tapfer gegen überlegenen Gegner, der eine sehr gute Elf hat. Aunaburg Jugend — Zickachau Jugend 1:0.

Reinsdorf 1. — Wolfen 1. 4:0 (1:0). Reinsdorf 2. — Achilles 2. 1:0.

Fußball-Großkampftag auf dem „Meilenstein" am 2. Februar

Ein Großkampftag zwischen Bruckdorf (Bundessportler) und 93 Weißenfels (Gesellschaftsspiel). Es wird eine spartische Delikatesse, denen den Besten gegenüberstehen. Bereits um 10 Uhr treffen sich die 2. Mannschaften. Um 12 Uhr spielen beide Jugendmannschaften und anschließend die 1. Mannschaften. Es ist für jeden bewußte Arbeitersport zeigt ihre Solidarität durch einen Besuch.

Erdeborn 1. (Handball) — Teutschenthal 1. 4:1

Erdeborn spielt von Anfang an überlegen und kann das Halbzeitergebnis beim Halbzeitergebnis zeigt ein gutes Spiel, wobei sich besonders gut Hintermannschaft von Erdeborn. Nach Halbzeit bringt es Teutschenthal. Dem Erdeborn nach einem Tiefer entgegensetzt. Erdeborn 2. — Teutschenthal 2. 2:1.

Vereinsgang der Arbeiter-Fotografen, Ortsgruppe Halle. Der 8. Februar findet wieder am Freitag statt. Beginn 20 Uhr. Thema: „Das Entwickeln." Interessenten willkommen.

Vereinsmitteilungen

93 Weißenfels (Fußballabteilung). Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Meilenstein". Sehr wichtige Spielerfragen. U. a. Unterschriftsleistung. Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen.

93 Weißenfels 2. Sonntag, 2. Februar, noch einen Gegner. Angebote an Albert Holschuh, Weißenfels, Nikolaistraße 16.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität, Ortsgruppe Halle. 31. Januar, Mitgliederversammlung im „Volkspark". Wichtige Tagesordnung.

Achtung, Spielleiter des Freien Wassersportvereins. Montag, den 3. Februar, 19.30 Uhr, im Bade Versammlung. Instrumente und Noten mitbringen. Inventur.

FTV. Trotha. Sonnabend, 1. Februar, 20.30 Uhr, Mitgliederversammlung. Erscheinen muß.

Frisch auf Nietleben. Sonnabend, 1. Februar, 20 Uhr, in der Gerne Versammlung. Keiner darf fehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300129-11/fragment/page=0012